

offen-siv

Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

9-2022

Spendenempfehlung: 4,00 €

Ausgabe November-Dezember 2022

Redaktionsnotiz.....	3
Die Grünen und der Ukrainekrieg.....	5
Heinz Ahlreip: Die Grünen, oder: Hofreiters Ritt gen Osten.....	5
Die russischen Bourgeoisie über ihre Strategie.....	7
Redaktion offen-siv: Funktionen und Bedeutung Sergei Karaganows in Russland.....	7
Sergej Karaganow: Von der konstruktiven Zerstörung bis zum Neuaufbau.	7
Sergej Karaganow: Vom Nicht-Westen zur Weltmehrheit. Russland entfernt sich von der euro-atlantischen Weltanschauung.....	27
Lenin zur Kriegsfrage.....	42
Heinz Ahlreip: Lenins Kriegstheorie im Zusammenhang mit dem am 24. Februar 2022 ausgebrochenen Ukrainekrieg.....	42

Der Ukraine-Krieg und die Differenzen in der kommunistischen Bewegung	69
Leander Michel: Um was kämpft Russland in der Ukraine?.....	69
Zeitung der Arbeit (PdA Österreichs): Abschluss des internationalen Treffens kommunistischer und Arbeiterparteien.....	75
22.IMCWP in Havanna, Kuba, 27.-29.10.2022: Beitrag der Sozialistischen Bewegung Kasachstans (SMK).....	80
Menschenrecht und Völkerrecht – Bedeutungen und Verletzungen	84
Jürgen Geppert: Einige Aspekte zum Völkerrecht.....	84
Christine Melcher: Zur Menschenrechtssituation in den USA.....	88
Jugendfront der PdA Österreichs gegründet.....	110
Moritz Pamminer: Rede beim Gründungskongress der Jugendfront der PdA Österreichs, Linz, 15. Oktober 2022.....	110
Tibor Zenker, Vorsitzender der Partei der Arbeit Österreichs (PdA): Rede am Gründungskongress der Jugendfront der PdA.....	115
Aus der Leser/innen-Post.....	122
Vitali K.: Die Artikel des Gen. Jacobs waren die Interessantesten, aber auch die schwierigsten.....	122
Genosse Günterowitsch: Meine Meinung zu dem Artikel „Folgen des Ukraine-Krieges, Zur Widerlegung einiger unhaltbarer Behauptungen bezüglich des Krieges“ von T.Spanidis und R.Vermeloh in „offen-siv“ 8/2022.....	123
Walter Haberkorn: Leserbrief zur offen-siv 7-2022 „Das Geheimnis des Krieges – Der deutsche Imperialismus und der Ukraine-Krieg“.....	127
I.J. Ondracek: Sehr geehrter Genosse!.....	131

Impressum

offen-siv, Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

Herausgeber: Frank Flegel

Geschäftsführung, Redaktion, Satz, Herstellung, Schreibbüro: A. C. Heinrich und F. Flegel

Druck: Druckservice orbital, Rielasingen/Worblingen.

Bezugsweise: unentgeltlich, Spende ist erwünscht.

Adresse: Red. offen-siv, F. Flegel, Gerhart-Hauptmann-Str. 14, 37194 Bodenfelde-Wahmbeck,
Tel.u.Fax: 05572-999 22 42, Mail: redaktion@offen-siv.com, Homepage: www. offen-siv.net

Spendenkonto:

Konto Frank Flegel bei der Sparkasse Hannover, IBAN: DE07 2505 0180 0910 4774 77

BIC: SPKHDE2HXXX; Kennwort Offensiv.

Redaktionsnotiz

Nun geht das Jahr 2022 demnächst zu Ende. Für die weltweite kommunistische Bewegung war es sicherlich stark geprägt vom Krieg in der Ukraine, der in der kommunistischen Bewegung fast überall auf der Welt zu sehr differierenden Einschätzungen des Charakters dieses Krieges und in dem Zusammenhang auch des Charakters des heutigen Russland geführt hat. Es kam zum Teil zu heftigen Auseinandersetzungen – auch ganz grundsätzlich um die Imperialismustheorie. Wie weit verbreitet diese Auseinandersetzungen sind, zeigen u.a. auch die Statements der Mitgliedsparteien bei „solid.net“. Am Wochenende 27.-29. Oktober fand in Kuba das 22. Treffen kommunistischer und Arbeiterparteien statt. Die dort gehaltenen Beiträge zum Thema unterscheiden sich diametral voneinander. (Siehe SolidNet.org, 22. International Meeting of Communist & Workers Parties)

Auch wir, die Redaktion offensiv (also Anna und Frank), haben zu Beginn des Krieges rund zwei Wochen gebraucht, die voll waren mit Arbeit an dem Thema Russland und Ukrainekrieg, um Klarheit zu bekommen – eine Tatsache, die nur zeigte, dass wir das Thema Russland, die dortige Ökonomie und Politik sowie die Strategien des US-/EU-/BRD-Imperialismus vorher sträflich vernachlässigt hatten. Zum Glück aber haben weder wir beide uns zerstritten noch wir mit dem Autorenkreis der offen-siv.

Nun zu diesem Heft: Natürlich geht es auch hier noch immer um den Ukrainekrieg. Dabei möchten wir Euch besonders die Ausführungen von Sergej Karaganow empfehlen (was natürlich nicht heißt, dass alles andere nicht lesenswert wäre...) denn dort breitet die russische Bourgeoisie ihre Zukunftspläne aus. Sicherlich ebenso interessant ist ein Blick auf die Grünen, aber auch das Statement der kasachischen Partei beim Treffen in Kuba sowie der Artikel der Zeitung der Arbeit (PdA Österreichs) zum Abschluss der Konferenz in Kuba, die Fragen des Völkerrechts und der Menschenrechte sowie die Informationen über die Gründung der Jugendfront der PdA Österreichs.

Bei den Leserbriefen findet ihr ein buntes Sträußlein unterschiedlichster Themen und Anschauungen. Keine Angst, wir frönen ansonsten nicht dem Pluralismus, haben ihm hier aber etwas Platz eingeräumt. Und das haben wir

nicht ohne Hintergedanken getan, zeigen einige Leserzuschriften doch, wie sehr sich manche Genossen in ihren Argumentationen bei Fragen der Ethik und Moral, bei rein Politischem oder gar bei ethnischen Fragen, kurz gesagt im Überbau aufhalten. Wir hielten es für besser, sich an der Ökonomie zu orientieren, wie Marx im Vorwort seiner Arbeit „Zur Kritik der politischen Ökonomie“ schreibt: *„Die Produktionsweise des materiellen Lebens bedingt den sozialen, politischen und geistigen Lebensprozess überhaupt. Es ist nicht das Bewusstsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt, ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewusstsein bestimmt. ... Man muss stets unterscheiden zwischen der materiellen, naturwissenschaftlich treu zu konstatierenden Umwälzung in den ökonomischen Produktionsbedingungen und den juristischen, politischen, religiösen, künstlerischen oder philosophischen, kurz, ideologischen Formen, worin sich die Menschen dieses Konflikts bewusst werden und ihn ausfechten. Sowenig man das, was ein Individuum ist, nach dem beurteilt, was es sich selbst dünkt, ebensowenig kann man eine solche Umwälzungsepoche aus ihrem Bewusstsein beurteilen, sondern muss vielmehr dieses Bewusstsein aus den Widersprüchen des materiellen Lebens, aus dem vorhandenen Konflikt zwischen gesellschaftlichen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen erklären. (Marx, Werke Bd.13, S. 8f.)*

Wir müssen leider recht eindringlich auf unser Spendenkonto hinweisen. Die Papierpreise und die Druckkosten steigen noch immer, Standgebühren bei Veranstaltungen und Anzeigenkosten (z.B. junge Welt) schlagen zu Buche, ebenso wie der gesamte Büro- und Verschickungsbedarf, denn auch hier steigen die Preise, das Porto für das Postvertriebsstück Inland ist angehoben worden und für eine Auslandssendung der offen-siv zahlen wir inzwischen 3,70 € Porto pro Heft. Bitte helft uns.

Spendenkonto Offensiv:

Konto Frank Flegel bei der Sparkasse Hannover,

IBAN: DE 07 2505 0180 0910 4774 77

BIC: SPKHDE2HXXX; Kennwort: Offensiv.

Die Grünen und der Ukrainekrieg

Heinz Ahlreip: Die Grünen, oder: Hofreiters Ritt gen Osten

Durch den Kriegsausbruch am 24. Februar 2022 hat sich weltweit die Dominanz der Sicherheitspolitik gegenüber der Klimapolitik ergeben. Hieß es im Koalitionsvertrag der Berliner Ampelregierung noch ‘Friede, Freude, Eierkuchen’, so hat der 24. Februar Mars zum Weltregenten emporsteigen lassen, und zwar blitzartig. Die Welt hat über Nacht ein anderes, grimmiges Gesicht bekommen, aber die Ampelpolitikerinnen und Politiker müssen weiterhin lächeln, durch die Inflation immer teurer werdenden Eierkuchen backen, um als Freunde des Friedens und der Freude ihr Gesicht zu wahren. In keinem Land der Welt gibt es eine größere Diskrepanz zwischen Wahrheit und Lüge als in Deutschland. Die Masken sind doch längst gefallen. Noch nie war es in der deutschen Geschichte so einfach, Lenins Hinweis zu beachten, bürgerliche Politiker nicht nach ihren Worten, sondern nach Ihren Taten zu beurteilen. Die Verarschung des deutschen Volkes ist in einem Ausmaß vorhanden, zu dem sich in seiner Geschichte kein Seitenstück finden lässt. Alle führenden bürgerlichen Politiker haben den Panzer an erster Stelle gesetzt, mögen auch noch so viele kahle Fußballfelder ins Amazonasgebiet geschlagen werden.

Die Grünen in Deutschland lassen es zu, dass Habeck, ein Philosoph mit Hochschulabschluss, das in einer Zeit immer rascher zunehmender Globalisierung sinnleere Wort vom ‘ökologischen Patriotismus’ geprägt hat. Studium für die Katz, kann man da nur sagen. Dieses Heulen mit den kapitalistischen Wölfen zwingt heute auch die deutschen Grünen mit doppelter Zunge zu sprechen, vorzugeben, eine Partei des Friedens zu sein und wie Anton Hofreiter gegen die russischen Völker “eine Realpolitik in ihrer brutalsten Ausprägung“ zu fordern, ohne dass die Forderung nach Parteiausschluss dieser Canaille laut wird. Ohne es selbst zu wissen, schreit Hofreiter den ganzen Frust der grünen Bewegung heraus, aus einem Einknicken vor dem Klassenfeind beim Abflauen der 68er Bewegung geboren worden zu sein. Seitdem ist diese Bewegung eine des permanenten Kotaus vor dem Kapital, sie hat an der Hürde sozialer Emanzipation vorbeigegriffen.

Der imperialistische Krieg ist die Politik des internationalen Finanzkapitals und dessen Realpolitik in ihrer brutalsten Ausprägung ist eben der Einsatz von Nuklearwaffen, seien es nun taktische oder strategische. Der Grüne Hofreiter erweist sich als feines Früchtchen, er ist aber auch ein Beleg, dass die Grünen ein Sammelbecken von Unfähigen sind, *unfähig, den Krieg gegen die Umweltzerstörung mit dem Krieg gegen den imperialistischen Krieg zu verbinden.*

Aus der mit Pfaffenkindern durchseuchten kleinbürgerlichen Meute der 68er Bewegung, die sich als unfähig erwies, die Frage der Überwindung der Klassenkämpfe in der BRD zur Zeit des Vietnamkrieges militant zu lösen, ist eine widerliche, kleinbürgerliche grüne Plärre hochgekocht, die zu Bäumen in der Dunkelheit der Wälder Zuflucht nahm und nimmt, Wotan anruft, und der ein muslimischer Ziegenbauer in der 'Äußeren Mongolei' mental viel näher steht, als ihr Wohnungsnachbar, der sich bei VW durch Schichtarbeit seine Gesundheit ruiniert. Wer wie die Grünen und andere kleinbürgerliche und bürgerliche Parteien dem Finanzkapital den kleinen Finger reicht, den frisst das Finanzkapital mit Haut und Haaren, der wird innerhalb kurzer Zeit einer Gehirnwäsche unterzogen, die darauf hinausläuft, aus Menschen Wölfe zu machen und die Dinge mit den Augen der Imperialisten zu sehen. Eine entmenschte Welt, eine sich ausschließlich aus Wölfen bildende. Stalin pflegte zu sagen, die kapitalistischen Wölfe schlafen nicht.

Das ist ja das Positive am imperialistischen Krieg, er kitzelt die faschistischen Seelen aus den bürgerlichen Bälgern heraus. Aus der Grünen Baerbock, aus dem Grünen Hofreiter, aus der Liberalen Strack-Zimmermann, aus dem Christen Friedrich Merz, der durch die Sanktionspolitik den industriell-militärischen Komplex Russlands das Rückgrat brechen möchte. Man bedenke, dass das Millionen Menschen in Russland an den Hungerstab bringen würde, allein in Moskau sind durch die Schließung ausländischer Firmen 200.000 Menschen aufs Pflaster geworfen worden.

Die russischen Bourgeoisie über ihre Strategie

Redaktion offen-siv: Funktionen und Bedeutung Sergei Karaganows in Russland

Wir bringen hier zwei Veröffentlichungen von Sergei Karaganow. Damit ihr die Bedeutung Karaganows einordnen könnt, vorweg einige Auszüge aus der Vorstellung seiner Person bei wikipedia:

Sergei Alexandrowitsch Karaganow (geb. 10.9.1952) ist ein russischer Politikwissenschaftler, der den russischen Rat für Außen- und Verteidigungspolitik leitet. Er ist außerdem Dekan der Fakultät für Weltwirtschaft und internationale Angelegenheiten an der Wirtschaftshochschule Moskau. Karaganow war ein enger Mitarbeiter von Jewgeni Primakow sowie auch Berater der Präsidenten Boris Jelzin und Wladimir Putin. Er soll sowohl Putin wie dem Außenminister Sergei Lawrow nahestehen. Seinen Vorstellungen wird eine enge Verbindung zur Außen- und Sicherheitspolitik Putins und zum Konflikt um die Ukraine zugeschrieben. Er ist seit 1998 Mitglied der Trilateralen Kommission. Seit 1983 ist er stellvertretender Direktor des Europa-Institutes an der Russischen Akademie der Wissenschaften. Karaganow ist Mitglied des wissenschaftliche Beirats des Sicherheitsrates der Russischen Föderation, des wissenschaftliche Beirat des russischen Außenministeriums und des Menschenrechtsrat beim russischen Präsidenten.

Sergej Karaganow: Von der konstruktiven Zerstörung bis zum Neuaufbau

16.02.22, Quelle: <https://globalaffairs.ru/articles/ot-razrusheniya-k-sobiraniyu/>

Anmerkung des Übersetzers:

Auf diesen Artikel wurde ich aufmerksam durch den Newsletter von Dr. Horst Leps, Lehrer und Friedensaktivist aus Hamburg.

Die RT Quelle ist nicht mehr abrufbar. Leps verweist auch auf eine weitere deutschsprachige Kommentierung auf Telepolis (<https://www.heise.de/tp/>)

features/Eine-Strategie-fuer-Putin-Weltmachtstatus-durch-konstruktive-Zerstoerung-6527756.html?seite=all).

Ich habe hier die russische Originalquelle „Россия в глобальной политике“ (Deutsch: Russland in der Weltpolitik, Englisch: Russia in Global Affairs) genommen, in dem der Artikel Karaganows in voller Länge erschienen ist. Die Zwischenüberschriften und Hervorhebungen sind aus dem Original übernommen. Verweise des Autors sind als Fußnoten am Ende des Textes zu finden.

Übersetzer: Marc Galwas, Wilhelmshaven

Im Jahr 2021 beginnt für Russland offensichtlich eine neue Phase seiner Außenpolitik. Nennen wir es "konstruktive Zerstörung" des bisherigen Modells der Beziehungen zum Westen. Elemente einer solchen Linie haben sich seit anderthalb Jahrzehnten herausgebildet - im Grunde seit Wladimir Putins berühmter Rede in München im Jahr 2007. Die vorherrschenden Tendenzen in Politik und Rhetorik sind jedoch die verbleibenden Versuche, sich in das westliche System zu integrieren und gleichzeitig eine defensive Haltung beizubehalten.

Konstruktive Destruktivität ist nicht aggressiv. Russland wird niemanden angreifen oder unterminieren. Es gibt einfach keinen Grund, dies zu tun. Aus rein geopolitischer Sicht hat die Außenwelt bisher immer günstigere mittelfristige Perspektiven für die Entwicklung des Landes geschaffen. Mit einer großen Ausnahme schafft die Fortsetzung der NATO-Erweiterungspolitik und die formelle oder informelle Einbeziehung der Ukraine in den Block eine inakzeptable Sicherheitslage für Russland.

Bislang befindet sich der fiktive Westen nach innen und außen und auch wirtschaftlich auf einer langsamen, aber sicheren Talfahrt. Dieser Niedergang nach fast fünf Jahrhunderten weltpolitischer, wirtschaftlicher und kultureller Vorherrschaft und insbesondere nach dem scheinbar endgültigen Sieg in den 1990er und Mitte der 2000er Jahre ist der Hauptgrund dafür, dass der Westen einen neuen Kalten Krieg entfesselt hat. Nach meiner Einschätzung¹ wird sie

¹ Siehe: Karaganov S. "Der dritte Kalte Krieg" // Russland in der Weltpolitik. 2021. T. 19. № 4. С. 21-34. URL: <https://globalaffairs.ru/articles/o-tretej-holodnoj-vojne/> (Zugriffsdatum: 7.02.2022).

diese wahrscheinlich verlieren und die Führungsrolle im globalen System abgeben. Dies wird sie wahrscheinlich zu einem konstruktiveren Partner machen. Gerade dann, wenn Russland ein befreundetes, aber zunehmend mächtigeres China gegenüberstehen wird.

Im Moment befindet sich der kollektive Westen in einer verzweifelten, rhetorisch aggressiven Abwehrhaltung. Sie versucht, sich zu konsolidieren und ihre verbliebenen Trümpfe zu nutzen, um den vorherrschenden Trend umzukehren. Eine davon ist, die Ukraine zu benutzen, um Russland zu schaden, um ihm die Hände zu binden. Es ist wichtig, diese krampfhaften Versuche nicht zu einer umfassenden Konfrontation eskalieren zu lassen und den USA und der NATO nicht zu erlauben, die derzeitige Politik fortzusetzen. Sie ist für alle nachteilig und gefährlich, aber bisher relativ kostengünstig für die Initiatoren. Es bleibt, den Westen davon zu überzeugen, dass diese Linie für ihn selbst kontraproduktiv ist.

Ein weiterer Trumpf ist die institutionelle Dominanz des euro-atlantischen Sicherheitssystems, das sich nach dem Ende des letzten Kalten Krieges im Kontext eines starken Rückgangs der Gesamtmacht Russlands entwickelt hat. Diese Struktur sollte systematisch zerstört werden, vor allem indem man sich nicht an ihr beteiligt und sich weigert, nach ihren überholten und von Natur aus nachteiligen Regeln zu spielen. Die westliche Richtung sollte für Russland so bald wie möglich zweitrangig werden und die eurasische Richtung stärken. Eine Integration in Groß-Eurasien wäre unter der Voraussetzung konstruktiver Beziehungen zu den Ländern am westlichen Ende des Kontinents günstiger. Aber das System der Institutionen, das aus der Vergangenheit übriggeblieben ist, hindert uns daran, solche Beziehungen aufzubauen. Wir sind also nicht daran interessiert, sie zu erhalten.

Es wäre wünschenswert gewesen, dies später zu tun. In den dreißig Jahren seit dem Zusammenbruch der UdSSR hat sich jedoch gezeigt, dass es den meisten postsowjetischen Ländern nicht gelungen ist, sich zu leistungsfähigen Staaten zu entwickeln. Und einige von ihnen werden wahrscheinlich nicht mehr staatsfähig bleiben. Die Gründe dafür sind vielfältig. Und sie müssen analysiert werden. Vorerst beschränke ich mich auf eine, die an der Oberfläche liegt: Die Mehrheit der lokalen Eliten hat keine historische, kulturelle Erfahrung mit dem Aufbau von Staaten. Sie hatten nie die Chance, eine Nation zu gründen. Es waren die kleinen Länder, die durch den

Zusammenbruch des geistigen und kulturellen Raums des Reiches am meisten verloren. Der Zugang zum Westen, der erschlossen wurde, konnte diesen Raum nicht ersetzen. Das Fehlen eines staatsbildenden Rückgrats führte zu einem extremen Krämergeist/Kompradoren-Wesen² an der Spitze.

Die meisten dieser Staaten werden sich entweder einer externen Kontrolle unterwerfen, wie es die baltischen Staaten getan haben, oder sie werden weiter zerfallen. Die Somalisierung unserer Nachbarländer ist unannehmbar gefährlich.

Es bleibt abzuwarten, wie das "Sammeln" für Russland effektiver und profitabler gestaltet werden kann, mit Blick auf die Handlungen der zaristischen und vor allem der sowjetischen Regierungen, die ihren Einflussbereich über ein vernünftiges Maß hinaus ausdehnten und diese Gebiete dann auf Kosten der einheimischen russischen Bevölkerung beibehielten.

Wir werden in anderen Artikeln darüber nachdenken, wie wir mit dieser von der Geschichte auferlegten "Ansammlung" umgehen können. Hier geht es um die objektiv überfällige, aber auch schwierige Politik der "konstruktiven Zerstörung".

Etappen des zurückgelegten Weges

Dieser neuen Phase der russischen Außenpolitik gingen drei weitere voraus. Die erste war eine Periode der Schwäche und der Illusion, die in den späten 1980er Jahren begann. Wir hatten keine Kraft zum Widerstand, wir wollten glauben, dass die Demokratie und der Westen uns helfen würden³. Diese

² Anmerkung Übersetzer: Das „Kompradoren-Wesen ist eine Geschäftsform, bei der Profit aus Aktivitäten gezogen wird, die die nationale Wirtschaft des betreffenden Landes untergraben und ihre Wachstums- und Entwicklungsfähigkeit verringern. Beispiele für solche Aktivitäten sind die Interessenvertretung für ausländisches Kapital im eigenen Land und die Unterstützung ausländischen Kapitals im Wettbewerb mit einheimischem Kapital. Quelle: Onlinewörterbuch dic-academic-ru

³ Siehe: Zubok V. "Der Westen wird uns helfen...". // Russland in der Weltpolitik. 2021. T. 19. № 6. C. 30-43. URL: <https://globalaffairs.ru/articles/zapad-nam-pomozhet/> (Datum des Zugriffs: 7.02.2022).

Periode endete 1999, als der kollektive Westen nach den ersten, als perfide empfundenen Erweiterungswellen der NATO so etwas wie eine Gruppenvergewaltigung der Reste Jugoslawiens durchführte.

Im Stillen und heimlich (lächelnd und sich in der Öffentlichkeit verbeugend) begann Russland die Phase des "Aufstehens von den Knien". Der Wiederaufbau des Staates begann. Und nachdem die USA aus dem ABM-Vertrag ausgestiegen waren und damit ihren Wunsch signalisiert hatten, die strategische Überlegenheit wiederzuerlangen, wurden schicksalshafte, für ein immer noch mittelloses Land schwierige Entscheidungen getroffen, um eine Reihe von Waffensystemen zu entwickeln, die den amerikanischen Hoffnungen ein Ende setzen sollten. Die Münchner Rede, der Krieg in Georgien, die Einleitung einer tiefgreifenden Reform der allgemeinen Streitkräfte, parallel zur beginnenden Weltkrise, die auch das Scheitern des westlichen liberalen, globalistischen und imperialistischen Modells signalisierte (ein Begriff, den ich von dem bemerkenswerten englischen internationalen Gelehrten Richard Sakwa übernommen habe), markierten eine neue Phase in der russischen Politik: die Rückkehr zu einer großen Weltmacht, die in der Lage ist, ihre Souveränität und ihre Interessen zu verteidigen. Zu den Meilensteinen auf diesem Weg gehören die Krim, Syrien, die militärische Konsolidierung, die konsequente Einschränkung der Einflussmöglichkeiten des Westens auf die russische Innenpolitik und die Vertreibung - auch durch geschickte Ausnutzung der westlichen Reaktionen auf diese Aktionen - kompradorischer Elemente aus der russischen Führungsschicht. In Zeiten zunehmender Feindseligkeit wird es unrentabel, sich am Westen zu orientieren und dort Geld zu halten.

Der spektakuläre Aufstieg Chinas, der Aufbau einer De-facto-Allianz zwischen Moskau und Peking, die in den 2010er Jahren begonnene Hinwendung zum Osten und das Abgleiten des Westens in eine multidimensionale Krise haben zu einer starken Umverteilung der politischen und geökonomischen Kräfte zu Gunsten Russlands geführt. Dies ist besonders in Europa zu beobachten. Wurde Russland noch vor einem Jahrzehnt als schwacher Rand des Kontinents wahrgenommen, so kämpft die EU heute verzweifelt um eine geopolitisch und geökonomisch kaum erreichbare Position in der Welt.

Die Phase der "Rückkehr zur Größe" endete zunächst in den Jahren 2017-2018. Danach erreichten wir ein Plateau, auf dem die Modernisierung stattfand, allerdings mit einer schleppenden Wirtschaft, die in eine Abwärtsspirale zu geraten drohte. Dieser Schluckauf irritierte viele, darunter auch den Verfasser dieser Zeilen, der zu befürchten begann, dass Russland zum x-ten Mal in seiner Geschichte " eine Niederlage dem Sieg noch entreißen würde ". Aber wie sich herausstellte, war dies eine weitere Etappe im Aufbau von Stärke, vor allem im militärischen Bereich.

Mit dem Ultimatum Russlands an die USA und die NATO, den Bau militärischer Infrastruktur in der Nähe der russischen Grenzen und die Osterweiterung des Blocks zu stoppen, begann Ende 2021 genau diese "konstruktive Zerstörung". Die Aufgabe besteht nicht nur darin, die schwindende und dennoch äußerst gefährliche Kraft der geostrategischen Offensive des Westens zu stoppen, sondern ernsthaft damit zu beginnen, die Grundlagen für eine Veränderung des Verhältnisses zu legen, welches sich in den 1990er Jahren zwischen Russland und dem konventionellen Westen entwickelt hatte.

Russlands militärische Stärke, ein zurückkehrendes Gefühl der moralischen Rechtschaffenheit, die Aufarbeitung vergangener Fehler und die engen Bündnisbeziehungen zu China lassen hoffen, dass sich der kollektive Westen, der sich selbst zum Gegner ernannt hat, (bei allem unvermeidlichen Zögern) vernünftig verhalten wird. In einem Jahrzehnt, hoffentlich schon früher, wird eine Periode des gemeinsamen Aufbaus eines neuen Sicherheits- und Kooperationsystems beginnen, jetzt im Großraum Eurasien, eine Modernisierung des globalen Systems auf der Grundlage der Vereinten Nationen und des Völkerrechts und nicht auf der Grundlage einseitiger "Regeln", die in den vergangenen Jahrzehnten aufgestellt wurden.

Aufarbeitung von Fehlern

Ich sollte gleich zu Beginn sagen, dass ich die russische Diplomatie der letzten 25 Jahre für brillant halte. Moskau spielte mit sehr schwachen Karten, vermied es zunächst, sich "unterkriegen" zu lassen, behielt seine formale Position als großes Land im UN-Sicherheitsrat und sein Atomwaffenarsenal bei und nutzte dann die Fehler und Schwächen seiner Konkurrenten und die Stärke seiner Partner, um seine Position in der Welt Schritt für Schritt zu

stärken. Der Aufbau einer engen Partnerschaft mit China war ein großer Erfolg. Russland hat eine bessere geopolitische Position als die UdSSR. Es sei denn, sie strebt die ruinierte Rolle einer globalen Supermacht an.

Aber wir sollten die Fehler, die wir gemacht haben, nicht vergessen, damit wir sie nicht wiederholen. Unsere Schwäche, Denkfaulheit und bürokratische Trägheit haben dazu beigetragen, dass das derzeitige ungerechte und unhaltbare System der europäischen Sicherheit entstanden ist und fortbesteht.

Die 1990 unterzeichnete großartig klingende Pariser Charta für ein neues Europa enthielt eine Klausel über die Bündnisfreiheit der Länder, die in der Helsinki-Akte von 1975 noch undenkbar war. Da der Warschauer Pakt bereits im Schwinden begriffen war, bedeutete dies die Freiheit, die NATO zu erweitern. Auf dieses Dokument wird immer noch Bezug genommen, auch in unserem Land. Im Jahr 1990 konnte der Nordatlantikblock aber immerhin als Verteidigungsbündnis betrachtet werden. Seitdem hat diese Organisation und die überwiegende Mehrheit ihrer Mitglieder eine Reihe von Aggressionen begangen - gegen die Überreste Jugoslawiens, gegen den Irak, gegen Libyen.

Boris Jelzin unterzeichnete 1993 nach herzlichen Gesprächen mit Lech Walesa ein Dokument, in dem "Russlands Verständnis für Polens Pläne, der NATO beizutreten", festgehalten wurde. Nachdem der damalige russische Außenminister Andrej Kosyrew 1994 von den Plänen zur NATO-Erweiterung erfahren hatte, begann er ohne Zustimmung des Präsidenten, die Bedingungen auszuhandeln, unter denen Russland dieser Erweiterung zustimmen würde. Die andere Seite verbreitete sofort die Nachricht, dass die Russen feilschten, also waren sie damit einverstanden. 1995 trat Moskau auf die Bremse, aber zu spät - der Damm war gebrochen und diejenigen im Westen, die an der Zweckmäßigkeit der Erweiterung zweifelten, wurden zurückgedrängt.

1997, in einer Situation verzweifelter wirtschaftlicher Schwäche und Abhängigkeit vom Westen, stimmte Russland der Unterzeichnung der NATO-Russland-Grundakte zu. Dabei wurden einige Zugeständnisse gemacht - die Zusage, keine großen Militärkontingente in den neuen Mitgliedstaaten des Bündnisses zu stationieren. Dieses Versprechen wird nun schon seit mehreren Jahren gebrochen. Außerdem wurde vereinbart, dort keine Atomwaffen zu stationieren. Dies war jedoch nicht im Interesse der Vereinigten Staaten, die seit langem (gegen den Willen ihrer Verbündeten) bestrebt waren, sich so weit

wie möglich von einem potenziellen Atomkonflikt in Europa fernzuhalten, der fast unweigerlich zu einem Atomschlag gegen die Vereinigten Staaten führen würde. Mit diesem Dokument wurde die Erweiterung des Blocks de facto legitimiert.

Es gab kleinere Fehler, aber die waren peinlicher. Russland nahm am Programm "Partnerschaft für den Frieden" teil, dessen Hauptzweck darin bestand, den Eindruck zu erwecken, dass der Block bereit war, auf Russland zu hören, und so seine weitere Existenz und Expansion zu rechtfertigen. Ein noch peinlicherer Fehler wurde später begangen, als Russland nach der NATO-Aggression gegen Jugoslawien dem NATO-Russland-Rat mit einem fabelhaft unsinnigen Themenkatalog beitrug, der zur Diskussion stand. Das einzige Thema, das hätte besprochen werden müssen - die Verhinderung der Ausweitung des Bündnisses und seiner militärischen Infrastruktur in Richtung der russischen Grenze - stand nicht auf der Tagesordnung. Die Arbeit des Rates wurde auch nach der Aggression der meisten Mitgliedstaaten gegen den Irak und sogar gegen Libyen im Jahr 2011 fortgesetzt.

Es ist schade, dass wir die NATO bisher nicht als das bezeichnet haben, was sie geworden ist: ein Aggressor, der zahlreiche Kriegsverbrechen begangen hat. Ich denke, es wäre eine ernüchternde Dusche für viele politische Kreise in Europa, z.B. Finnland, Schweden, die über einen NATO-Beitritt sprechen. Und auch für alle anderen, die gewohnheitsmäßig das Mantra vom defensiven Charakter des Bündnisses singen, von der Notwendigkeit, es zu stärken, um imaginäre Feinde abzuschrecken.

Ich verstehe diejenigen im Westen, die sich an das derzeitige System gewöhnt haben, das es den Amerikanern erlaubt, sich den Gehorsam der Juniorpartner zu erkaufen - und zwar nicht nur im militärischen Bereich -, während letztere bei der Sicherheit sparen, indem sie einen Teil ihrer Souveränität aufgeben. Aber wozu brauchen wir dieses System? Zumal sie nun offensichtlich zur Reproduktion und sogar Verschärfung der Konfrontation an unseren westlichen Grenzen und in der Welt insgesamt führt.

Gleichzeitig ist der Block von Natur aus gefährlich für seine Mitglieder. Indem sie eine Konfrontation provoziert, garantiert sie keinen Schutz. Die Behauptung, dass Artikel 5 des Nordatlantikvertrags eine kollektive Verteidigung im Falle eines Angriffs vorsieht, ist unzutreffend. Es gibt keine

automatischen Garantien. Ich kenne die Geschichte des Blocks und die Debatte in den USA im Zusammenhang mit seiner Gründung und kann mit nahezu hundertprozentiger Sicherheit sagen, dass die Vereinigten Staaten unter keinen Umständen Atomwaffen einsetzen würden, um ihre Verbündeten in einem Konflikt mit einer Atommacht zu "schützen".

Die Organisation für Zusammenarbeit und Sicherheit in Europa (OSZE) hat ihren Nutzen längst überlebt. Die vorherrschende NATO- und EU-Mehrheit nutzt sie, um die Konfrontation zu verlängern oder - glücklicherweise - um moderne westliche politische Werte und Normen immer weniger wirksam durchzusetzen. Mitte der 2010er Jahre hatte ich die Gelegenheit, in der pathosbeladenen Gruppe der "Weisen" bei der OSZE zu arbeiten, die der Organisation ein neues Mandat geben sollte. Ich hatte schon vorher meine Zweifel an ihrer Nützlichkeit, aber nach eingehender Beschäftigung mit dem Thema bin ich zu der festen Überzeugung gelangt, dass sie böse ist. Sie hat ihren Nutzen längst überholt und trägt nur noch zur Erhaltung dessen bei, was veraltet ist. In den 1990er Jahren wurde die OSZE benutzt, um russische und nicht nur russische Versuche zur Schaffung eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems zu untergraben; in den 2000er Jahren wurde sie im Rahmen des so genannten Korfu-Prozesses benutzt, um Russlands neuen Vorschlag für ein solches System zunichte zu machen⁴.

Die UN-Gremien wurden faktisch vom Kontinent verdrängt. Die UN-Wirtschaftskommission für Europa, ihr Menschenrechtsrat und ihr Sicherheitsrat. Die OSZE wurde einst als nützliche Erweiterung und Weiterentwicklung des UN-Systems für einen wichtigen Subkontinent angesehen. Das hat sich nicht bewahrheitet.

Die Linie in Bezug auf die NATO ist für mich klar - die moralische und politische Delegitimierung des Blocks, die Einstellung der institutionellen Zusammenarbeit, die sich als kontraproduktiv erwiesen hat, Beibehaltung der Kontakte nur zwischen den Militärs. Und selbst dann, zusätzlich zum Dialog mit dem US-Militär, mit den Verteidigungsministerien der führenden europäischen Länder. Alle wichtigen Entscheidungen im militärischen Bereich werden ohnehin nicht in Brüssel getroffen.

⁴ Näheres zum Korfu-Prozess: <https://www.osce.org/de/mc/87584>

Die Politik gegenüber der OSZE sollte ähnlich sein - mit der Korrektur, dass diese Organisation zwar eher schädlich ist, sich aber nicht direkt der Aggression, der Ausrottung von Menschen und der Destabilisierung schuldig gemacht hat. Daher die Reduzierung der Beteiligung an diesem Programm auf ein absolutes Minimum. Manchmal heißt es, dies sei der einzige Ort, an dem sich ein russischer Außenminister mit seinen Kollegen treffen kann. Das ist nicht der Fall. Es gibt viele solcher Stellen im UN-System. Auf jeden Fall sind Dialoge auf bilateraler Basis viel effektiver als solche Zusammenkünfte, bei denen eine Blockdisziplin herrscht. Die Entsendung von Beobachtern und friedensschaffenden Kräften über das UN-System wäre wesentlich effektiver.

Der begrenzte Platz dieses Artikels erlaubt es uns nicht, auf die Politik gegenüber anderen europäischen Organisationen - der EU, dem Europarat - einzugehen. Der allgemeine Ansatz könnte jedoch derselbe sein: kooperieren, wo und wann es sich lohnt, und sich fernhalten, wo es sich nicht lohnt.

Dreißig Jahre Erfahrung haben überzeugend bewiesen, dass die Beibehaltung des derzeitigen Systems der Institutionen in Europa schädlich ist. Die Trägheit, die sie aufgebaut haben und die zur Reproduktion und Verschärfung von Konfrontationen, ja sogar zu einer militärischen Bedrohung auf dem Subkontinent und in der ganzen Welt führt, ist für Russland von Nachteil. Einst hätte man davon träumen können, dass sie zur Stärkung der Sicherheit und zur politischen und wirtschaftlichen Modernisierung des Landes beitragen würden. Sie unterlaufen die Sicherheit. Sollen wir also das zunehmend dysfunktionale politische System des Westens kopieren? Brauchen wir die neuesten westlichen Werte?

Wir müssen die Expansion begrenzen, indem wir die Zusammenarbeit verweigern und zur Erosion des Systems beitragen, die bereits stattfindet. In der Erwartung, dass harter Widerstand und die Möglichkeit, im eigenen Saft zu schmoren, die Elite der westlichen Zivilisationsnachbarn zu einer weniger selbstmörderischen und fremdgefährdenden Politik führen wird. Natürlich sollte man dieses Beziehungssystem verlassen und damit dessen Selbstzerstörung beschleunigen, wobei man den unvermeidlichen Kollateralschaden für sich selbst so weit wie möglich begrenzen sollte. Sie aufrecht zu erhalten ist allerdings schlichtweg gefährlich.

Politik für morgen

In dieser bröckelnden Welt wäre es besser, für längere Zeit in der neo-isolationistischen "Festung Russland" zu verharren und an der inneren Ordnung des Landes zu arbeiten. Aber die Geschichte verlangt, dass Entscheidungen schneller getroffen werden. Viele meiner Vorschläge für die Konturen dessen, was ich üblicherweise als "konstruktive Zerstörung" bezeichne, ergeben sich aus der vorangegangenen Analyse.

Wir sollten uns nicht einmischen und versuchen, die internen Prozesse des Westens zu beeinflussen, dessen Eliten in ihrer Verzweiflung einen neuen Kalten Krieg gegen Russland entfesselt haben. Es gilt, ihnen Einhalt zu gebieten, auch mit militärischen und notfalls sogar militärisch-technischen Instrumenten⁵, um die Tendenzen des moralischen, politischen und wirtschaftlichen Verfalls des westlichen Systems zu verstärken. Dies wird unweigerlich zu einer Stärkung der geopolitischen, geoökonomischen und geoidologischen - kulturellen - Position des Nicht-Westens führen, dessen wesentlicher Bestandteil historisch gesehen Russland ist.

Die westlichen Partner versuchen vorhersehbar, die russischen Forderungen mundtot zu machen und den Prozess zu nutzen, um die Lebensdauer ihrer Strukturen zu verlängern. Es gibt keinen Grund, das Gespräch und die Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft, Politik, Kultur, Bildung und Gesundheit aufzugeben, wo es sich lohnt. Parallel dazu muss jedoch der militärisch-politische, psychologische und sogar militärisch-technische Druck erhöht werden, und zwar nicht so sehr auf die Ukraine, die zum Kanonenfutter für einen neuen Kalten Krieg gemacht wurde, sondern auf den kollektiven Westen, um ihn zur Vernunft zu bringen und von der Politik der letzten Jahrzehnte abzurücken. Es gibt keinen Grund, eine Eskalation der Konfrontation zu fürchten. Diese hat sich aufgebaut, obwohl wir versucht haben, den Westen zu beschwichtigen. Dennoch ist es notwendig, auf die unvermeidliche Verschärfung der Gegenmaßnahmen vorbereitet zu sein und

⁵ Anmerkung Übersetzer: Über die militärisch-technische Zusammenarbeit der Russischen Föderation mit ausländischen Staaten. Verabschiedet von der Staatsduma am 3. Juli 1998, Artikel 3, „Die Hauptziele der militärisch-technischen Zusammenarbeit der Russischen Föderation mit ausländischen Staaten sind: Stärkung der militärpolitischen Positionen der Russischen Föderation in verschiedenen Regionen der Welt“

eine langfristige Alternative anzubieten – eine neue Politik des Friedens und der Zusammenarbeit.

Natürlich sollte man immer wieder darauf hinweisen, dass es eine Alternative gibt, die für alle von Vorteil ist. Mit einer vernünftigen und proaktiven Politik, nicht zuletzt im eigenen Land, wird es möglich sein, eine weitere Welle westlicher Feindseligkeit relativ friedlich zu überstehen. Ich habe geschrieben, dass wir eine gute Chance haben, diesen kalten Krieg zu gewinnen.

Auch unsere eigenen historischen Erfahrungen stimmen uns optimistisch: Mehr als einmal ist es uns gelungen, imperiale Ambitionen zu unserem eigenen Nutzen und zum Nutzen der gesamten Menschheit zu zähmen und ihre Träger zu relativ gedeihlichen und angenehmen Nachbarn zu machen - Schweden nach Poltawa, Frankreich nach Borodino, Deutschland nach Stalingrad und Berlin.

Der Slogan für Russlands neue Politik gegenüber dem Westen könnte ein Vierzeiler aus Bloks brillantem und heutzutage sehr passendem "Skythen" sein: "Komm zu uns! Aus den Schrecken des Krieges / Komm in eine friedliche Umarmung! / Bevor es zu spät ist - legt das alte Schwert nieder, / Kameraden! Wir werden - Brüder!".

Aber wenn man versucht, die Beziehungen zum Westen (auch mit bitterer Medizin) zu verbessern, muss man bedenken, dass der, der uns kulturell nahesteht, seit zwei Jahrzehnten eine vorübergehende Natur ist. Dort gilt es, den Schaden zu begrenzen und nach Möglichkeit zu kooperieren. Die eigentlichen Perspektiven und Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft liegen jedoch im Osten und Süden. Und wir dürfen nicht zulassen, dass die Verschärfung und Intensivierung des Kurses gegenüber dem Westen uns von Russlands weiterer Hinwendung zum Osten ablenkt. Und diese Entwicklung, insbesondere die Entwicklung der Trans-Ural-Gebiete, hat sich in den letzten zwei oder drei Jahren verlangsamt.

Wir müssen verhindern, dass die Ukraine zu einer Quelle der militärischen Bedrohung wird. Es ist jedoch kontraproduktiv, zu viele Management-, politische und vor allem wirtschaftliche Ressourcen darauf zu verwenden. Wir müssen die Instabilität in den Griff bekommen. Der größte Teil dieses Gebiets ist von der eigenen antinationalen Elite und dem Westen verschmutzt und mit dem Bazillus des militanten Nationalismus infiziert worden.

Es ist viel effektiver, in den Osten zu investieren, in die Entwicklung Sibiriens. Durch die Schaffung vorteilhafter Arbeits- und Lebensbedingungen werden wir nicht nur Russen, sondern auch andere Bewohner des ehemaligen Russischen Reiches, einschließlich Ukrainer, anziehen. Sie haben bereits einen großen Beitrag zur Entwicklung Sibiriens geleistet.

Ich wiederhole, was ich bereits in anderen Artikeln geschrieben habe: Es war die Annexion Sibiriens unter Zar Iwan Wassiljewitsch dem Schrecklichen, die Russland zu einer Großmacht machte, und nicht die Annexion der Ukraine unter dem "stillen" Alexej Michailowitsch. Es ist an der Zeit, dass wir aufhören, die schlaue und von polnischer Genetik getriebene Behauptung von Zbigniew Brzezinski zu wiederholen, Russland könne ohne die Ukraine keine Großmacht sein. Viel näher an der Wahrheit ist die gegenteilige Behauptung: Russland kann keine Großmacht sein mit einem zunehmend unerträglichen ukrainischen Joch, das von Lenin geschaffen und unter Stalin auf den Westen ausgedehnt wurde.

Die vielversprechendste Richtung ist natürlich der Ausbau und die Stärkung der Beziehungen zu China. Damit würden sich die Möglichkeiten für beide Länder vervielfachen. Sollte sich der Westen weiterhin verzweifelt feindselig verhalten, sollte ein zeitlich begrenztes - auf fünf Jahre befristetes - Verteidigungsbündnis in Betracht gezogen werden. Natürlich sollte man sich auch vor einem möglichen chinesischen "Schwindel" und einer Rückkehr zur mittelalterlichen Politik des Reichs der Mitte hüten, die dazu neigt, seine Nachbarn zu Vasallen zu machen. Wir müssen Peking so gut wie möglich helfen, um zu verhindern, dass es den gegen das Land geführten Kalten Krieg auch nur vorübergehend verliert. Diese Niederlage würde uns ebenfalls schwächen. Wir wissen jetzt, was aus dem Westen wird, wenn er glaubt, er würde gewinnen. Wir müssen seinen Kater vom Rausch der Erfolge der 1990er Jahre mit harten Maßnahmen kurieren.

Es ist klar, dass sich die Ostpolitik nicht auf China konzentrieren sollte. Die östliche und die südliche Welt steigen in der Weltpolitik, in der Wirtschaft und in der Kultur auf, was zum Teil darauf zurückzuführen ist, dass wir die militärische Überlegenheit des Westens, auf der seine Hegemonie in den letzten fünf Jahrhunderten beruhte, untergraben haben.

Wenn es um den Aufbau eines neuen Euro-Sicherheitssystems geht, das das gefährlich verfallene alte System ersetzen soll, dann sollte es als Teil eines größeren eurasischen Projekts aufgebaut werden. Etwas von Wert kann im alten Euro-Atlantik nicht mehr geschaffen werden.

Es versteht sich von selbst, dass eine wichtige Voraussetzung für den Erfolg die Entwicklung und Modernisierung des wirtschaftlichen, technologischen und wissenschaftlichen Potenzials des Landes ist - eine Voraussetzung für die Sicherung seiner militärischen Macht, die nach wie vor die wichtigste Säule der Sicherheit und Souveränität darstellt. Russland kann nicht erfolgreich sein, ohne die Lebensqualität des Großteils unserer Bevölkerung zu verbessern - Wohlstand, Gesundheit, Bildung und Umwelt.

Die Einschränkung der politischen Freiheiten, die angesichts der Konfrontation mit dem kollektiven Westen unvermeidlich ist, darf niemals auf den intellektuellen Bereich ausgedehnt werden. Das ist allerdings nicht einfach. Aber es ist notwendig, so viel geistige Freiheit wie möglich für den talentierten und kreativen Teil der Menschen zu bewahren, die bereit sind, dem Land zu dienen. Eine wissenschaftliche Entwicklung wird nicht mehr durch die "Sharashkas"⁶ erfolgen. Die Freiheit fördert die Talente unserer genetisch erfinderischen Menschen. Auch in der Außenpolitik bietet unsere derzeitige Freiheit von ideologischen Fesseln wichtige Vorteile gegenüber unseren behinderten Nachbarn. Und die historische Erfahrung lehrt uns: Die kommunistische Mankurtsche⁷ Einschränkung der Meinungsfreiheit führte

⁶ Anmerkung Übersetzer: Ein spezielles Konstruktionsbüro (Russisch: оцобое конструкторское бюро , osoboje konstruktorskoe büro ; ОКБ), allgemein informell bekannt als eines von mehreren geheimen Forschungs- und Entwicklungslabors , die von 1930 bis in die 1950er Jahre innerhalb des sowjetischen Gulag - Arbeitslagersystems betrieben wurden. Wissenschaftler und Ingenieure in einer Sharashka waren Gefangene, die von der Sowjetregierung aus verschiedenen Lagern und Gefängnissen ausgewählt und beauftragt wurden, an wissenschaftlichen und technologischen Problemen für den Staat zu arbeiten

⁷ Anmerkung Übersetzer: Entlehnt von einem gleichlautenden Titel eines antikomunistischen Films des turkmenischen Regisseurs Hojaguly Narlyýew, der 1990 in der damaligen Sowjetunion seine Premiere feierte. In diesem wird die „Entmenschlichung“ durch kommunistische „Indoktrination“ gezeigt. Im

zum Desaster des Landes in seiner früheren, sowjetischen Qualität. Voraussetzung für Entwicklung und Aufwärtsbewegung ist die Erhaltung der persönlichen Freiheit und des Willens.

Wenn wir uns entwickeln und gewinnen wollen, brauchen wir unbedingt einen geistigen Kern - eine nationale Idee, eine Ideologie, die uns eint und den Weg nach vorne weist. Es ist unbestreitbar, dass große Länder ohne eine solche Idee nicht groß sein können. So etwas ist uns in den 1970er und 1980er Jahren passiert. Ich hoffe, dass der Widerstand der herrschenden Eliten gegen die Förderung einer neuen Ideologie, der durch den Groll der kommunistischen Ära verursacht wurde, allmählich nachlässt. Die Rede von Wladimir Putin auf der Jahrestagung des Valdai-Clubs im Oktober 2021 war in dieser Hinsicht ein ermutigendes Signal.⁸

Mehr als einmal hat eine Vielzahl russischer Philosophen und Publizisten ihre Versionen einer solchen "russischen Idee"⁹ vorgelegt. (Ich entschuldige mich für das wiederholte Selbstzitat. Aber es ist unvermeidlich, weil es zu einem Zeitschriftenartikel zusammengefasst werden muss).

Fragen für morgen

Und nun zu einem sehr wichtigen, überfälligen, aber bisher wenig diskutierten Aspekt der neuen Politik. Ihr Sieg, wie auch sie selbst, ist unmöglich ohne die Überwindung und Erneuerung des veralteten und oft offensichtlich

übertragenen Sinne bezeichnet das Wort „Mankurt“ Menschen, die den Bezug zu ihren historischen, nationalen Wurzeln verloren haben. Siehe <https://en.wikipedia.org/wiki/Mankurt> und hier <https://de.wikipedia.org/wiki/Mankurt>

⁸ Anmerkung Übersetzer: Putin redete hier einen ideologischen Konservatismus das Wort, dem er einerseits den Kommunismus und andererseits dem ideologisch-moralischen und ökonomischen Verfall des Westens gegenüberstellte. Siehe: <http://kremlin.ru/events/president/news/66975>

⁹ Die letztgenannte Version ist in dem Artikel "Wenn wir nach Sibirien fahren, fahren wir sowohl in die Zukunft als auch zu den Ursprüngen unserer Macht" // Rossijskaja Gaseta, 28.09.2021, kurz dargestellt. URL: <https://rg.ru/2021/09/27/reg-sibfo/karaganov-idea-v-sibir-my-idem-i-v-budushchee-i-k-istokam-nas-kak-derzhavy.html> (Zugriffsdatum: 7.02.2022).

schädlichen ideologischen Fundaments, auf dem unsere Sozialwissenschaften und folglich auch weitgehend die Praxis beruhen.

Die Notwendigkeit der Überwindung bedeutet natürlich nicht, dass wir die Errungenschaften des politischen, wirtschaftlichen und außenpolitischen Denkens früherer Generationen wieder verwerfen. Die Bolschewiki hatten das russische Sozialdenken bereits auf den "Müllhaufen der Geschichte" geworfen - das Ergebnis ist bekannt. Wir haben den Marxismus kürzlich genüsslich verdrängt. Jetzt, nachdem wir andere Dogmen aufgefressen haben, stellen wir fest, dass wir zu hart vorgegangen sind - sowohl Marx-Engels als auch Lenin mit seiner Imperialismustheorie hatten vernünftige Ideen, auf die man sich verlassen konnte.

Die Sozialwissenschaften - die Wissenschaften vom menschlichen Leben und von den Gesellschaften - können nicht anders als national sein, so kosmopolitisch sich ihre Vertreter auch geben mögen. Sie wachsen auf nationalem historischem Boden auf und wollen letztlich ihren Ländern und/oder den dort herrschenden und beherrschten Klassen dienen. Die unkritische Übertragung der Lehren dieser Wissenschaften auf andere Kontexte ist unweigerlich unfruchtbar oder erzeugt Irrwege.

Nach der Erlangung relativer militärischer Sicherheit und politischer und wirtschaftlicher Souveränität wird die Arbeit zur Erlangung intellektueller Autonomie - eine der absoluten Voraussetzungen für Entwicklung und Einfluss in der neuen Welt - folgen. Der prominente russische Politikwissenschaftler Michail Remizow war meines Erachtens der erste, der diesen Prozess "intellektuelle Dekolonisierung" nannte.

Nachdem wir jahrzehntelang im Dunkel des von außen importierten Marxismus gelebt hatten, begannen wir, uns in der Wirtschaft, in der Politikwissenschaft und sogar in weiten Teilen der Außen- und Verteidigungspolitik unter einem anderen, ebenfalls von außen importierten Dogma zu bewegen - dem liberal-demokratischen. Wir haben die Früchte dieser Verlockung geerntet und einen Teil des Landes, seiner Technologien und ihrer Träger verloren. Seit Mitte der 2000er Jahre haben wir begonnen, eine unabhängige Politik zu verfolgen. Aber wir haben weitgehend intuitiv gehandelt, ohne uns auf klare, national ausgerichtete (ich wiederhole, sie

können nicht anders sein) wissenschaftliche und ideologische Postulate zu stützen.

Zur Veranschaulichung werde ich eineinhalb Dutzend Fragen aufstellen, die ich aus meiner sehr langen Liste fast willkürlich ausgewählt habe.

Ich werde mit dem fast Ewigen aus der hohen Philosophie beginnen. Was ist also primär beim Menschen und in der Gesellschaft: Geist oder Materie? Eher bodenständig-politisch: Welche Interessen treiben die Menschen und ihre Gemeinschaften - Staaten - in der modernen Welt an? Ökonomische, argumentierten die vulgären Marxisten und Liberalen. Erinnern wir uns daran, dass Bill Clintons geflügelter Satz "it's the economy, stupid" bis vor kurzem selbstverständlich schien. Wenn die Menschen ihre Grundbedürfnisse befriedigt haben, werden sie von höherwertigen Interessen angetrieben. Liebe zur Familie, zur Heimat, Wunsch nach nationaler Würde, persönlicher Freiheit, aber auch nach Macht und Ruhm. Im Prinzip ist die Wertehierarchie schon lange bekannt, seit Maslows berühmte Pyramide in den 1940er und 1950er Jahren in der Wissenschaft eingeführt wurde. Diese Pyramide wurde durch den modernen Kapitalismus verzerrt, der zunächst über die normalen Medien und jetzt über die allgegenwärtigen elektronischen Netze die Philosophie des endlos wachsenden Konsums sowohl für die Reichen auf ihrem Niveau als auch für die Armen auf ihrem Niveau durchgesetzt hat.

Was ist zu tun, wenn man bedenkt, dass der moderne Kapitalismus, der keine ethische und religiöse Grundlage hat, zum Konsum ohne Grenzen drängt und danach strebt, sie sowohl ethisch als auch geografisch zu beseitigen, in einen immer offensichtlicheren Widerspruch zur Natur gerät und beginnt, den Fortbestand des menschlichen Lebens zu bedrohen? Und dabei wissen wir, die Russen, besonders gut, dass der Versuch, dem Streben einiger Menschen nach Profit, nach Reichtum ein Ende zu setzen, die Schicht der Träger dieser Werte - Unternehmer, Kapitalisten - loszuwerden, zu monströsen Folgen sowohl für die Gesellschaften als auch für die Umwelt führt (die sozialistische Wirtschaft zeichnete sich nicht durch den Schutz der Natur aus).

Was tun mit den neuesten Werten - Verleugnung von Geschichte, Heimat, Geschlecht, Glauben, aggressivem LGBTismus und Ultrafeminismus? Ich erkenne das Recht anderer Menschen an, an ihnen festzuhalten, halte sie aber für posthuman. Betrachten Sie es als eine normale Phase der

gesellschaftlichen Entwicklung? Wohl kaum. Versuchen wir, sie einzuzäunen, ihre Entwicklung zu begrenzen und hoffen, dass die Gesellschaften auch diese moralische Epidemie überleben werden? Oder direkt zurückschlagen, indem man die überwältigende Mehrheit der Menschheit mit Werten anführt, die als konservativ bezeichnet werden, aber einfach normale, menschliche Werte sind? Sollen wir uns auf einen Kampf einlassen, der das ohnehin schon gefährliche Niveau der Konfrontation mit den westlichen Eliten noch verschärft?

In der heutigen Welt haben die Entwicklung der Technologie und das Wachstum der Produktivität zu einer Sättigung der meisten Menschen geführt, gleichzeitig aber auch zu einem Zustand gewohnheitsmäßiger Anarchie und auf globaler Ebene zu einem Verlust der gewohnten Bezugspunkte für die meisten. Vielleicht sind es nicht mehr die wirtschaftlichen, sondern die sicherheitspolitischen Interessen, die wieder in den Vordergrund rücken: die Instrumente der militärischen Gewalt und der politische Wille, die dies gewährleisten?

Was bedeutet militärische Abschreckung in der heutigen Welt? Handelt es sich um die Bedrohung nationaler und physischer Vermögenswerte oder ausländischer Vermögenswerte und Informationsinfrastrukturen, mit denen die derzeitigen kosmopolitischen westlichen Eliten enger verbunden sind? Wenn diese Infrastruktur zusammenbricht, was wird dann aus den westlichen Gesellschaften?

Eine damit zusammenhängende Frage lautet: Was ist strategische Parität, ein Konzept, das wir immer noch verwenden? Eine grobschlüchtig erfundene Torheit, auf die die sowjetische Führung, die unter einem Gefühl der Unterlegenheit und dem Syndrom des 22. Juni 1941 litt, hereinfließt und das Land in einen Rüstungswettlauf verwickelte, der es und das Volk erschöpfte? Wir scheinen bereits eine Antwort auf diese Frage zu geben. Obwohl wir immer noch über die Notwendigkeit von Gleichberechtigung und symmetrischen Lösungen sprechen.

Und was ist Rüstungskontrolle, an deren Nutzen viele von uns glauben? Ein Mittel zur Eindämmung eines kostspieligen Wettrüstens, von dem die reichere Seite profitiert, um die Kriegsgefahr zu verringern, oder eher ein Instrument zur Legitimierung des Wettrüstens, zur Entwicklung von Waffen, um der

anderen Seite unnötige Programme aufzuzwingen? Die Antwort ist nicht eindeutig.

Aber zurück zu Fragen höherer Ordnung.

Ist die Demokratie wirklich die Krone der politischen Entwicklung? Oder ist sie, wenn es sich nicht um die direkte aristotelische (auch begrenzte) Demokratie handelt, eines der Instrumente der herrschenden Oligarchen zur Kontrolle der Gesellschaften? Instrumente, die je nach dem Zustand der Gesellschaften und ihrer Umwelt kommen und gehen. In einem ungünstigen Umfeld werden diese Instrumente weggeworfen, um sie wieder zu aktivieren, wenn die äußeren und inneren Bedingungen reif sind und sich die Notwendigkeit ergibt. Dies ist kein Aufruf zu ungezügelter Autoritarismus oder Monarchie. Wir scheinen überzentralisiert zu sein, insbesondere auf der kommunalen Ebene. Aber wenn dies nur ein Instrument ist, sollten wir vielleicht aufhören, so zu tun, als ob wir Demokratie wollen. Und um es ganz offen zu sagen: Wir wollen eine Gesellschaft der persönlichen Freiheit, des Wohlstands für die Mehrheit, der Sicherheit und Größe für das Land. Aber wie können wir dann die Macht in den Augen des Volkes legitimieren?

Wird der Staat wirklich aussterben, wie Marxisten oder liberale Globalisten dachten, die von einer Allianz transnationaler Unternehmen, internationaler NRO (jeweils verstaatlicht und privatisiert) oder supranationaler politischer Bündnisse träumten? Wir werden sehen, wie lange sich die EU in ihrer jetzigen Form halten kann. Auch hier soll nicht in Abrede gestellt werden, dass es ratsam ist, dass sich Nationen und Völker zum Wohle der Allgemeinheit zusammenschließen, um beispielsweise kostspielige Zollschränken zu beseitigen oder eine gemeinsame Umweltpolitik zu betreiben. Vielleicht sollten wir unsere Bemühungen doch auf die Stärkung unseres Staates und die Unterstützung naher Länder konzentrieren und die globalen Probleme, die nicht von uns verursacht wurden, beiseitelassen? Oder wären diese Probleme dann schwieriger für uns?

Welche Rolle spielt das Territorium - ein schwindendes Gut, eine Last, wie viele von uns zu sagen pflegten, oder ein wesentliches nationales Gut, insbesondere vor dem Hintergrund von Umweltkrisen, Klimawandel, zunehmender relativer (und in einigen Regionen absoluter) Wasser- und Nahrungsmittelknappheit?

Was ist dann mit den Hunderten von Millionen Pakistanern, Indern, Arabern, Bewohnern in anderen Gebieten, die unbewohnbar werden könnten? Laden wir jetzt Migranten ein, wie es die USA und Europa in den 1960er Jahren taten, um die Arbeitskosten zu senken und die Macht der Gewerkschaften zu untergraben? Sollen wir uns selbst einzäunen oder ein Modell für ein Land vorbereiten, in dem die einheimischen Völker Russlands die Verteidiger und Herren ihres eigenen Territoriums werden würden? Aber dann müsste jede Hoffnung auf Demokratie aufgegeben werden - denken Sie an die Erfahrungen Israels mit seiner arabischen Bevölkerung.

Oder wird die Entwicklung der heute stark unterentwickelten Robotik dazu beitragen, einen Mangel an Menschen für die Erschließung solcher Gebiete zu vermeiden? Allgemein gesprochen - welche Rolle spielen gebürtige Russen unter den Bedingungen der unvermeidlichen Verringerung ihres Anteils an der russischen Bevölkerung? Ich denke, dass die Antwort angesichts der historischen Offenheit des russischen Volkes optimistisch ausfallen könnte. Aber es gibt keine Gewissheit.

Es gibt noch viele weitere Fragen, vor allem im wirtschaftlichen Bereich. Es ist wichtig, sie zu stellen und zu versuchen, sie so schnell wie möglich zu beantworten. Dies ist die wichtigste Voraussetzung für Entwicklung und Sieg. Wir brauchen eine neue politische Ökonomie, die frei ist von den Dogmen des Marxismus oder des Liberalismus, die aber mehr ist als der derzeitige starre Realismus, auf dem unsere Außenpolitik beruht. Sie muss durch einen zukunftsorientierten, offensiven Idealismus multipliziert werden, eine neue russische Idee, die auf unserer Geschichte und philosophischen Tradition beruht. Professor Andrey Tsygankov¹⁰ hat wiederholt einen ähnlichen Gedanken geäußert.

¹⁰ Andrej Pawlowitsch Zygankow (russisch: Андрей Павлович Цыганков ; geboren am 23. April 1964) ist ein in Russland geborener Akademiker und Autor auf dem Gebiet der internationalen Beziehungen. Er ist derzeit Professor an der San Francisco State University in Kalifornien, wo er vergleichende, russische und internationale Politik in den Abteilungen für Politikwissenschaft und Internationale Beziehungen lehrt. Tsygankov ist Mitglied des russischen Think Tanks Valdai Discussion Club, der eng mit Präsident Wladimir Putin verbunden ist und von westlichen Kommentatoren als russisches Propagandainstrument bezeichnet wird.

Ich bin sicher, dass dies die wichtigste Aufgabe aller unserer internationalen Wissenschaftler, Politologen, Ökonomen und Philosophen ist. Das ist eine schwierige Aufgabe. Wir müssen mit den üblichen und bequemen Stereotypen des Denkens brechen, um für unsere Gesellschaft und unser Vaterland nützlich zu bleiben. Um die Aufgabe zu versüßen, möchte ich mit einer halb scherzhaften Bemerkung schließen. Ist es nicht an der Zeit zu begreifen, dass unser Forschungsgegenstand - die Außen-, Innen- und Wirtschaftspolitik - das Ergebnis der Kreativität von Menschenmassen, von Verantwortlichen ist? Dass es eine Kunst ist? Es gibt viel Unerklärliches, das auf Intuition und Talent beruht.

Erklären, Trends erkennen, Geschichte lehren, nützliche Arbeit für die Schöpfer leisten - für die Menschen und die Führer? Es stimmt, dass wir oft zu Scholastikern werden, die Theorien aufstellen, die wenig mit der Realität zu tun haben und sie verzerren, indem sie sie vernichten.

Manchmal werden Vertreter unserer Berufe zu Schöpfern der Geschichte: Jewgeni Primakow, Henry Kissinger. Aber ich bin mir nicht sicher, ob sie über die Schulen unserer Zeit nachgedacht haben: Sie haben sich auf ihr Wissen, ihre menschliche Erfahrung, ihre moralischen Prinzipien und ihre Intuition gestützt. Mir gefällt der Gedanke, dass wir alle Kunsthistoriker in ästhetischer Hinsicht sind, und das kann die schwierige Aufgabe der Revision von Dogmen erleichtern.

Sergej Karaganow: Vom Nicht-Westen zur Weltmehrheit. Russland entfernt sich von der euro-atlantischen Weltanschauung

1.9.2022, Quelle: Russia in Global Affairs, Nr. 5 / September/Oktober 2022, <https://globalaffairs.ru/articles/ot-ne-zapada-k-bolshinstvu/>

Die an Dynamik gewinnenden Veränderungen in der Welt machen eine grundlegende und systematische Analyse des Geschehens unmöglich. Umso nutzlosere sind Prognosen. Ich beschränke mich deshalb auf Bemerkungen zu einigen Tendenzen, die meines Erachtens von jenen berücksichtigt werden sollten, die verantwortliche politische Entscheidungen treffen.

Ich beginne mit einem Gedanken, der auf der Hand liegt, aber von der russischen Elite - der wirtschaftlichen, intellektuellen und einem Teil der politischen Elite - noch nicht ganz verstanden wurde¹¹. Die Zeit, in der Russland versucht hat, sich in die hauptsächlich vom Westen geschaffene internationale Ordnung zu integrieren, ist vorbei. Es wäre besser gewesen, wenn dies schon früher geschehen wäre. Der Konflikt zwischen Russland und dem Westen hat sich zu einer direkten Konfrontation, zu einem hybriden Krieg entwickelt. Unabhängig vom Stand der Dinge an den ukrainischen Fronten ist dies eine langfristig angelegte Sache. Die Ukraine ist die wichtigste und sichtbarste, aber sie ist nicht der einzige und vielleicht nicht der wichtigste Schauplatz dieser Konfrontation. Für uns ist es auch eine schmerzhaft und notwendige Arbeit an den Illusionen und Fehlern der letzten 35 Jahre, um die Altlasten der Vergangenheit loszuwerden. Die Antwort auf die Frage, wie die Zukunft aussehen wird, liegt noch vor uns. Eine Sache ist sicher. Der begonnene Zeitabschnitt der Geschichte bringt der Menschheit "noch nie dagewesene Veränderungen, unerhörte Rebellion". Alexander Blok schrieb diese prophetischen Zeilen zu Beginn des letzten Jahrhunderts, eines für die Menschheit besonders schwierigen Jahrhunderts. Es scheint, dass das neue Jahrhundert nicht einfacher wird. Eine Rückkehr zum vertrauten und relativ bequemen Status quo ante ist unmöglich.

Die Entstehung der Konfrontation

Es ist ein Kampf um die Zukunft Russlands als souveräner Staat und einzigartige Zivilisation im Gange. Russland entfernt sich von der euro-atlantischen Zivilisation in ihrer jetzigen Form. Sie hat Russland viel gegeben, wird aber in vielerlei Hinsicht nicht mehr gebraucht, ganz zu schweigen von der Tatsache, dass sie der russischen historischen Tradition, den kulturellen Einstellungen und Werten immer mehr widerspricht. Und der euro-atlantische

¹¹ Jahrestag der Versammlung des Rates für Außen- und Verteidigungspolitik bei der Erstellung von Situationsanalysen am Lehrstuhl für Weltwirtschaft und Weltpolitik der National Research University Higher School of Economics. Besonderen Dank (in zufälliger Reihenfolge) an F.A. Lukyanov, A.A. Sushentsov, K.F. Zatulín, A.B. Likhacheva, T.V. Bordachev, A.Yu. Drobinin, D.V. Suslov, A.M. Kramarenko, V.B. Kashin, M.V. Remizov und viele andere. Für die Fehler und textlichen Ungenauigkeiten ist jedoch allein der Autor verantwortlich

Raum selbst verfällt immer mehr, selbst wenn man sein eigenes Bezugssystem als Maßstab heranzieht.

Ich werde einige bereits veröffentlichte Thesen zu den Ursachen der explosiven Entwicklung des internationalen Systems wiederholen:

Der Verlust der militärischen Überlegenheit des Westens - der Grundlage seiner Dominanz in Politik, Wirtschaft und Kultur in den letzten vier oder fünf Jahrhunderten.

Die Erschöpfung des etablierten Kapitalismusmodells (der Weltwirtschaft), das endlose Wachstum des Konsums, die Finanzialisierung aller Sektoren, die Verwischung der Grenze zwischen dem Realen und dem Virtuellen führen zu einer fatalen Aushöhlung der ethischen Grundlage, durch die der Kapitalismus einst eine Garantie für den Fortschritt war (dieses Problem ist auch für Russland relevant).

Überwiegend wurden Lösungen für wirklich globale Probleme - Umweltzerstörung, Klimawandel, Pandemien, Verschärfung der sozialen Ungleichheiten, Verschlechterung des Zugangs zu Nahrungsmitteln, Migration usw. - lediglich simuliert (auch in offenkundig eigennütigen und selbstsüchtigen Formen). Und sie eskalieren weiter.

Aber der Hauptgrund für die explosionsartige Entwicklung und ihr Hauptmerkmal ist der Aufstieg dessen, was wir aufgrund unseres gewohnten westlich-zentrischen Denkens und unserer Sprache als Nicht-Westen bezeichnen (zum Teil aufgrund des Verlusts der militärischen Vormachtstellung des Westens). Es wäre zutreffender, diese Gruppe von Staaten und Völkern als Weltmehrheit zu bezeichnen, denn der Westen ist im universellen Kontext eine eindeutige und schrumpfende Minderheit. Diese Formel wurde mir von Fyodor Lukyanov gegeben. Andere Kollegen schlagen vor, diese Gruppe von Ländern den Großen Osten zu nennen. Wir werden sehen, welcher Begriff sich durchsetzt. Aber nicht-West ist definitiv keine gute Wahl.

Es gibt auch andere, weniger bedeutende Ursachen für Veränderungen. Dazu gehört die Schwächung der Regierungseliten in den meisten westlichen Ländern, auch aufgrund der langen ruhigen Entwicklung relativ demokratischer politischer Systeme (die tendenziell antimeritokratisch sind).

Die gegenwärtigen Eliten demonstrieren ihre Unfähigkeit angesichts der sich anhäufenden Probleme, der sich verschärfenden Widersprüche und einer Umverteilung der Macht in der Welt, die nach historischen Maßstäben fast zusammenbricht. Die Krise um die Ukraine, die Eskalation der Feindseligkeit gegenüber Russland, die vor anderthalb Jahrzehnten begann, ist ein wichtiges Element in dem Versuch des Westens, seine privilegierte Position zu erhalten. Russland schränkt die Möglichkeiten des Westens ein, es als Rohstoffbasis zu nutzen. Vor allem aber setzt sie ein Zeichen des Widerstands. Russland soll unterminiert werden, um China, dem wichtigsten strategischen Rivalen der kommenden Jahrzehnte, die Stirn zu bieten.

Die Politik, Russland zu erdrosseln, besteht seit langem.

Aber auch der Prozess der Selbstzerstörung des Westens, der durch die Konsolidierung gegen Russland nur vorübergehend unterbrochen wurde, wird weitergehen. Seine Schwächung hält schon seit mindestens anderthalb Jahrzehnten an und erreicht nun eine neue Stufe. Die zerstörerischen globalen Trends werden noch verstärkt. Neue Migrationswellen, auch Konflikte im Zusammenhang mit der Nahrungsmittelkrise, sind unvermeidlich. Mit seinem Zurückweichen und dem Versuch einer Gegenoffensive untergräbt der Westen die aus dem früheren System übrig gebliebenen Regeln für die internationalen Beziehungen und das Völkerrecht und wirft selbst diplomatische Gepflogenheiten und Anstandsregeln über Bord.

Ein wirklicher Wandel in der westlichen Politik ist erst in drei oder vier Wahlzyklen zu erwarten, wenn es dort zu einem vollständigen Wechsel der politischen Generation kommt.

Im nächsten Jahrzehnt werden diese und eine Reihe anderer systemischer Faktoren zu zunehmender internationaler Instabilität und Konflikten führen, insbesondere im Süden, im Osten und erneut in Europa. Unabhängig davon, wie und wann die spezielle Militäroperation (SMO) endet, bleibt die militärische Bedrohung in der Welt im Allgemeinen und für unser Land im Besonderen extrem hoch. Und sie könnte durch die Eskalation dieses oder anderer unvermeidlicher Konflikte sogar noch zunehmen.

Die Konfrontation ist heute viel schärfer als während des Kalten Krieges in der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts. Der Westen setzt nicht nur auf Eindämmung, sondern auf die Zerstörung des russischen Staates in seiner

jetzigen Form. Der Krieg eskaliert (noch) nicht zu einer direkten militärischen Konfrontation, und zwar nur deshalb, weil die Russische Föderation über ein starkes nukleares Potenzial verfügt. Die allgemeine Krise der Normen und des Rechts hat bereits auf den militärpolitischen Bereich übergreifen, was die Risiken dramatisch erhöht.

Der Westen (insbesondere die Vereinigten Staaten) versucht weiterhin, den Vektor der weltweiten Entwicklung umzudrehen, indem er das Kräfteverhältnis, das gegenwärtig nicht zu seinen Gunsten ist, verändert. Es wird eine neue Generation von Waffen entstehen, die den derzeitigen Vorteil Russlands neutralisieren sollen. In jedem Fall wird das Niveau der internationalen strategischen Stabilität sinken. Unsere Hoffnung, dass die gegenwärtige Konfrontation den Feind ernüchtern wird, ohne die Krise weiter zu verschärfen, ist gering - jedenfalls nicht auf der Ebene der politischen Führung. Allerdings ist das Überschreiten der nuklearen Schwelle auch wegen eben dieser Eigenschaft der Eliten des Westens äußerst gefährlich. Es muss dringend etwas getan werden, um die Wahrscheinlichkeit eines nuklearen Krieges, geschweige denn eines großen thermonuklearen Krieges, zu verringern. Allerdings ist noch nicht klar, mit wem eine solche Entwicklung durchgeführt werden kann.

Beziehungen zum Westen

Das phänomenale Ausmaß der Feindseligkeit des Westens ist nicht nur auf die Weigerung Russlands zurückzuführen, nach den alten Regeln zu spielen, nicht nur auf den Wunsch, die rasch zunehmende Umverteilung der Weltmacht zu stoppen, oder auf die Furcht der Europäer vor der unvermeidlichen Rückkehr traditioneller, auch militärischer, Rivalitäten auf den Subkontinent. Die Motive liegen vor allem in der westlichen Welt. Russland ist wichtig als Feind, gegen den man sich vereinigen muss, um das Recht der Eliten auf Machterhalt angesichts des Scheiterns und der Erschöpfung des Modells der wirtschaftlichen, sozialen und auch politischen Organisation der Gesellschaften zu rechtfertigen, mit dem sie aufgewachsen sind und das nun zerbröckelt.

Die unvermeidlichen akuten Krisenphänomene im Westen werden den antirussischen "Konsens" untergraben und dazu führen, dass einige Gruppen von Eliten und einzelne Länder versuchen werden, die totale Konfrontation zu

vermeiden. Strukturelle Probleme hingegen drängen auf ihre Verschärfung, um die Aufmerksamkeit von unlösbaren Problemen abzulenken. Auf absehbare Zeit ist der Westen (abgesehen von hoffentlich einzelnen Ländern) ein feindlicher und völlig unkooperativer Gegner, den es angemessen zu isolieren und einzudämmen gilt.

Ein besonderes Thema ist die kulturelle Trennung angesichts der mehr als drei Jahrhunderte währenden Orientierung der russischen Eliten an Europa und der fünf Jahrhunderte währenden Durchdringung europäischer, westlicher Kultur in die nicht-westlichen Zivilisationen, die nunmehr auf dem Vormarsch ist. Ein wahrscheinlicher Ausweg: Wir sind eine Zivilisation der Zivilisationen, eine "Welt der Welten", einschließlich einer der letzten Hochburgen des klassischen Europas, das größtenteils in der Alten Welt untergeht. In jedem Fall ist das europäische Kulturerbe Russlands kein Hindernis für seine multisektorale und multikulturelle Politik, sondern eine der Säulen und Voraussetzungen dafür. Schließlich war es Europa, das zu seinen besten Zeiten und in seinen besten Erscheinungsformen von dem Wunsch geprägt war, neue Welthorizonte zu erschließen. Aus der tatarisch-mongolischen Zeit haben wir Toleranz und kulturelle Offenheit geerbt. Beim Aufbau unseres Imperiums haben wir, anders als die Europäer, die lokalen Kulturen und Eliten nicht zerstört, sondern absorbiert und wurden zu Eurasiern, lange bevor die Theorien des Eurasianismus aufgestellt wurden. Früher jedoch haben uns die Länder, die die großen asiatischen Zivilisationen unterdrückt haben, die Schande des "Asiatisch-Seins" auferlegt. Jetzt wird es zu einem Zeichen des Erfolgs.

Es ist wichtig, Folgendes zu verstehen. Der Konflikt ist nur für das derzeitige westliche Establishment existenziell, das unter der globalen Dominanz der letzten vierzig Jahre aufgewachsen ist. Aber es ist nicht schicksalhaft für die Länder des Westens an sich. Natürlich war der "liberale Weltimperialismus" der letzten Jahrzehnte für sie äußerst vorteilhaft, aber sie können durchaus auch ohne ihn existieren - bescheidener, aber auch friedlicher, ohne sich auf gefährliche Unternehmungen einzulassen, die die große Mehrheit ihrer Bürger gar nicht braucht.

Theoretisch kann man in der Zukunft (in etwa zehn bis fünfzehn Jahren) mit einer relativen Normalisierung der Beziehungen rechnen, wenn national orientierte Eliten an die Macht kommen und die nationalen Interessen

Russlands anerkennen. Die zwangsläufig entstehenden autoritäreren Regime können auch zusätzliche Gefahren mit sich bringen. Selbst bei einer positiven Dynamik in den Beziehungen wird es keine Rückkehr zu einer relativ berechenbaren Vergangenheit geben.

Sich in erster Linie auf sich selbst und auf Länder verlassen, die von der Interaktion mit Russland profitieren und sich von echten nationalen Interessen leiten lassen und nicht von den Bedürfnissen der derzeitigen supranationalen, wenn nicht gar antinationalen Eliten. Glücklicherweise gibt es immer mehr solcher Länder und wird es auch in Zukunft geben.

Die ukrainische Frage

Ein Großteil der künftigen Politik wird von den Ergebnissen der SMO abhängen, deren endgültige Ziele noch festzulegen sind. Die Verteidigung des Donbass, die Befreiung der Ost- und Südukraine, ist offensichtlich. Die "Entnazifizierung" (oder die Ausrottung des aggressiven Nationalismus) ist nur durch die vollständige Besetzung der heutigen Ukraine und einer politischen Säuberung möglich. Diese Aufgabe ist (selbst mit dem härtesten Regime in Russland) in der heutigen Welt nur schwer zu bewältigen, außerdem widerspricht sie den Grundwerten unserer Völker.

Vollständige und konsequente Entmilitarisierung, ein neutraler Status des ukrainischen Staates, die Befreiung und der Wiederaufbau des Ostens und Südostens sind machbar. Dies setzt jedoch voraus, dass Russland politisch, moralisch und wirtschaftlich auf eine längere Militäroperation vorbereitet ist und ständig am Rande der Eskalation mit dem Westen balanciert, bis hin zu einem begrenzten Atomkrieg (ohne eine solche Bedrohung ist es unwahrscheinlich, dass die USA/der Westen nachgeben und Vereinbarungen zustimmen, die über vorübergehende Waffenstillstände hinausgehen). Der Versuch, das gesamte oder den größten Teil des Gebiets der heutigen Ukraine (mit Ausnahme von Galizien und der Bukowina) zu befreien, erfordert eine langanhaltende Mobilisierung, einen wesentlich kostspieligeren Feldzug und noch größere Verluste an Menschenleben.

Schon auf mittlere Sicht besteht die Gefahr einer Ermüdung der Bevölkerung. Die Kriegsmüdigkeit war eine der wichtigsten Ursachen für die Katastrophe von 1917.

Historische Reminiszenzen sind kein übermäßiger Alarmismus. Wenn die ukrainische Schlacht nicht mit einem Sieg endet, wird die Glaubwürdigkeit der obersten Macht, des Kerns des derzeitigen politischen Systems und des Landes selbst untergraben. Die Wahrscheinlichkeit eines neuen Februars 1917, der tragischsten Episode in der politischen Geschichte Russlands seit der Zeit der Wirren zu Beginn des 17. Jahrhunderts, wird steigen. Im August 1991 war zumindest ein Teil der Elite (sowohl der Partei als auch der Opposition) bereit, die Macht an sich zu reißen, auch wenn das Ergebnis schlecht ausfiel. Der Unterschied zwischen den heutigen Risiken und denen des späten zwanzigsten Jahrhunderts: Damals war die westliche Welt nicht darauf aus, Russland zu vernichten, und glaubte nicht an die Möglichkeit einer Wiederbelebung Russlands als führende Weltmacht. Dennoch ist es so gekommen. Wenn wir nun stolpern, werden sie versuchen, das Problem endgültig zu lösen.

Wie Alexander Solschenizyn treffend beschrieben hat, war der Auslöser im Februar 1917 der Verrat der Eliten¹². Heute ist die Wahrscheinlichkeit eines solchen Szenarios geringer, da die Umstände und die Politik des Kremls in den letzten Jahren ihre "Verstaatlichung" begünstigt haben. Es ist jedoch nicht einfach, die Unterstützung der Öffentlichkeit langfristig zu sichern, insbesondere vor dem Hintergrund eines sinkenden Lebensstandards als Folge des Wirtschaftskriegs. Auch im Westen ist sie rückläufig. Dennoch ist es gefährlich, darauf zu wetten, dass sie die ersten sind, die ins Straucheln geraten. Erinnern Sie sich an die Geschichte von 1916-1917, als die Deutschen den Krieg verloren und in den sozialen Abgrund gerollt sind, aber Russland zuerst zusammengebrochen ist - wegen des russischen Zerfalls, wegen der Handlungen des deutschen Generalstabs, der die Bolschewiki gefördert hat. Einem solchen Szenario könnte durch einen Kurs der inneren Mobilisierung bis hin zur Erklärung der gegenwärtigen Auseinandersetzung mit dem Westen (auch in der Ukraine) zum neuen Vaterländischen Krieg begegnet werden. Ein solcher Stimmungsumschwung könnte jedoch große Teile der Gesellschaft, die nach fast einem Jahrhundert der Entbehrungen ein

¹² Siehe: Solschenizyn A. Betrachtungen über die Februarrevolution // Lib.ru. URL: <http://lib.ru/PROZA/SOLZHENICYN/fevral.txt> (Zugriffsdatum: 4.08.2022).

relativ wohlgenährtes und bequemes Leben führen, von der Macht und dem Staat entfremden.

Sobald der größte Teil der östlichen und südlichen Gebiete der Ukraine befreit ist, kann man über einen Waffenstillstand sprechen. Ein relativ dauerhaftes Friedensabkommen ist jedoch noch nicht möglich. Außerdem ist dies nur im Rahmen eines gemeinsamen Abkommens möglich, das auch die Schaffung eines neuen europäischen/euroasiatischen Sicherheitssystems beinhaltet. Seine Konturen sind noch nicht erkennbar, und bei den anderen potenziellen Teilnehmern besteht keine Bereitschaft, daran mitzuarbeiten.

Unabhängig davon, wie die spezifische ukrainische Situation gelöst wird, lohnt es sich auf jeden Fall, die Aussicht auf eine lang anhaltende (etwa fünfzehn Jahre), wellenförmige Konfrontation mit dem Westen vor dem Hintergrund einer fast universellen Zunahme von Konflikten und Chaos in der Welt zu verfolgen.

Eine Festung ohne Abschottung

Der Kampf um das Überleben Russlands und der Übergang zu einer neuen Entwicklungsstufe erfordern eine andere Organisation des Landes und der Gesellschaft. Eine moderne Mobilisierung ist notwendig. Ihr Wesen sollte vor allem darin bestehen, ihr eigenes Potenzial zu maximieren, die interne wirtschaftliche, technologische, intellektuelle, geistige und menschliche Entwicklung zu fördern. Natürlich schafft der Wegfall einer Reihe von internationalen Möglichkeiten Hindernisse. Aber es regt die Notwendigkeit an, nach unüblichen Wegen zur Lösung auftretender Probleme zu suchen, zwingt dazu, Ressourcen kompetent zu bündeln und zu lenken, und befreit von einer Reihe von Beschränkungen, die mit den in ihrem Interesse eingegangenen Verpflichtungen gegenüber externen Vertragspartnern verbunden sind.

Die Metapher für die kommende Zeit lautet "Festung Russland". Sie ist insofern ungenau, als sie Selbstisolierung und Autarkie suggeriert. Letzteres ist aber auch eine Bedrohung an sich, das ist das unabänderliche Gesetz der Geschichte. Es ist die Autarkie, auf die die Gegner des Landes im Wirtschaftskrieg drängen.

Unter einer "Festung" verstehen wir in erster Linie eine zuverlässige Verteidigung gegen das uns umgebende Chaos und die Möglichkeit, unabhängig zu entscheiden, mit wem und wie man Geschäfte macht.

Aber derartige Dinge sind notwendig - Russland kann sich der Zusammenarbeit, auch der intellektuellen Zusammenarbeit, mit der Weltmehrheit nicht verschließen. Außerdem gibt es im Westen jene, die zu einer konstruktiven Zusammenarbeit bereit sind. Es wird solche Länder geben.

Russland muss eine Reihe von weitgehend unangekündigten, aber offensichtlichen Zielen erreichen.

Erstens, die endgültige Nationalisierung der russischen Eliten, die Verdrängung der kompradoren und pro-westlichen Elemente und Haltungen. Zum Teil geschieht dies bereits durch die Abwanderung der radikalsten Gegner der Autoritäten und durch die Furcht, aus dem Establishment ausgeschlossen zu werden. Die Auswirkungen des wirtschaftlichen Drucks von außen und die westliche Russophobie spielen ebenfalls eine wichtige Rolle und führen zu einem "unser Volk wird geschlagen"-Effekt. Das Problem der kulturellen und intellektuellen Verwestlichung, der Gewohnheit, Ereignisse durch das Prisma westlicher Informationsquellen wahrzunehmen und sich auf westliche Einschätzungen und Theorien zu verlassen, wurde bisher jedoch kaum angesprochen.

Ein Großteil der heutigen Intellektuellen, insbesondere derjenigen, die sich mit Sozialwissenschaften befassen, ist tief von einer westlichen Weltanschauung durchdrungen. Die intellektuelle Öffentlichkeit muss hart an der Entkolonialisierung des Bewusstseins arbeiten, um sich von der außenpolitischen, kulturellen und informationellen Orientierung am Westen zu lösen. Es geht bei der Wende nicht darum, das alte Abendland durch sein Gegenteil zu ersetzen - einen aggressiven Anti-Westen. Im Grunde würde dies nichts ändern, da es den gleichen Grad an geistiger Abhängigkeit bedeuten würde, nur mit umgekehrtem Vorzeichen. Die Herausforderung ist eine andere. Es ist notwendig, unsere Politik und unsere Gesellschaft für einen viel breiteren Horizont zu öffnen.

Es ist widersinnig, dem Westen im internationalen Kontext so viel Aufmerksamkeit zu schenken, da sein Einfluss immer geringer wird. Der

Westen ist ein wichtiger Teil der Welt, aber eben nur ein Teil und immer weniger wichtig. Die Menschen, Gegebenheiten und Ereignisse Indonesiens, Malaysias, Brasiliens, Argentiniens, Mexikos, Südafrikas, Nigerias, Äthiopiens und sogar Chinas und Indiens sind im Informations- und Denkbild Russlands fast nicht vorhanden. Es ist notwendig, die wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Beziehungen zu den verschiedenen Regionen der Welt zu intensivieren und rasch auszubauen und das Studium und die Lehre in Disziplinen wie Orientalistik, Afrikanistik und Lateinamerika zu intensivieren.

Zweitens müssen das Land, die Bürger und die Wirtschaft bereit sein, zehn bis zwanzig Jahre lang in einem Umfeld zu leben und sich weiterzuentwickeln, in dem das internationale Chaos zunimmt, die gewohnten Bindungen zerbrechen und eine wirtschaftliche, informationelle und menschliche Deglobalisierung stattfindet. Dies erfordert ein qualitativ anderes Wirtschaftssystem - stärker von oben kontrolliert, aber liberaler und vernetzter von unten. Das Ziel scheint bekannt zu sein. Aber der Prozess ist immer noch fast spontan, behindert durch die bürokratische Trägheit und den passiven Widerstand der Eliten, deren Interessen und mentale Einstellungen mit dem alten System verbunden sind. Die Gesellschaft sollte verstehen, dass es hier nicht um die subjektiven Wünsche oder Ambitionen eines Einzelnen geht, sondern um einen langen, harten Kampf um das Überleben von Staat und Gesellschaft in einer stark wettbewerbsorientierten und gefährlichen Welt. Aus diesem Grund ist eine "Festung" erforderlich.

Drittens, die wichtigste Aufgabe besteht darin, die russische Wirtschaft angesichts der Feindseligkeit des Westens, aber auch des Zusammenbruchs des Globalisierungsmodells der 1980er und 2000er Jahre so autark wie möglich zu machen. Die Gesellschaft sollte die Gründe dafür verstehen, sie sind objektiver Natur, dramatisch beschleunigt durch die Handlungen des Westens in den letzten fünfzehn Jahren (nach dem Beginn der Weltwirtschaftskrise 2008) und den Wirtschaftskrieg gegen Russland, der für das frühere Globalisierungsmodell selbstmörderisch ist, seit 2014 an Dynamik gewinnt und 2022 seinen Höhepunkt erreicht. Grundlage sollte die Einsicht sein, dass die globalistische liberale Wirtschaftspolitik nicht nur für Russland nachteilig ist, sondern weltweit vor unseren Augen zusammenbricht. Die Interdependenz zeigt sich überall von ihrer negativen Seite.

Viertens und letztens. Die intellektuelle Klasse muss systematisch an der Souveränität der Gesellschaft, der Elite und an sich selbst arbeiten, um die Unabhängigkeit des Bewusstseins zu erlangen. Die Sozialwissenschaften können nicht supranational und universell sein, denn sie spiegeln in der Regel die Interessen der Eliten der Länder wider, in denen sie produziert werden, sowie die geopolitischen und historischen Besonderheiten dieser Länder. Ich habe viele Beweise für diese These angeführt. Hier sind weitere Details. Behauptungen, dass Territorien und natürliche Ressourcen langfristig weniger wichtig sind als finanzielles oder digitales Kapital, dass die Bedeutung militärischer Gewalt abnimmt und ähnliches, sind nachweislich falsch. Sie sind auf die Bedürfnisse ganz bestimmter Gruppen von Ländern und Eliten ausgerichtet. Die These vom abnehmenden Wert der Territorien wurde vor allem von den Seemächten vertreten, die von der gezielten Zerstörung der innerkontinentalen Verkehrswege, insbesondere in Eurasien, profitiert haben. Das Ergebnis ist, dass es in Russland, vor allem in Sibirien, immer noch wenig Verbindungen gibt und der Nord-Süd-Verkehrskorridor, der uns mit Asien verbindet, eklatant unterentwickelt ist. Dies ist nur ein weiteres Beispiel für die unkritische Übernahme fremder und schädlicher Ideen. Das Gleiche gilt für die in letzter Zeit fast allgegenwärtige Überzeugung, auch bei uns, dass sich die wirtschaftliche Globalisierung ausweiten und vertiefen wird.

Die Elemente der Globalisierung - Finanz-, Energie-, Rohstoff-, Informations- und Wirtschaftskonnektivität - werden nicht vollständig verschwinden, aber sie werden sich abschwächen. Sie werden sich vor den oben erwähnten Wellen der Nationalisierung und Regionalisierung von Politik und Wirtschaft zurückziehen. In Wirklichkeit werden die globalen Probleme im nächsten Jahrzehnt kaum auf internationaler Ebene gelöst werden. Der harte Wettbewerb wird sie ins Abseits drängen oder ihnen den Rang ablaufen. Henry Kissinger hatte Recht, als er vor fünfundzwanzig Jahren das Paradoxon formulierte, dass es eine Globalisierung der Probleme bei gleichzeitiger Nationalisierung der Instrumente zu ihrer Lösung gibt. Wir müssen jedoch intellektuell und organisatorisch zur Zusammenarbeit bereit sein, vor allem im Rahmen der Weltmehrheit. Eines Tages könnten diese Probleme auch die Grundlage für eine positive Interaktion mit dem Westen werden, aber das ist eine unbestimmte Zeit in der Zukunft.

Die Lösung dieser Probleme, auch der ideologischen, sollte nicht zu einer neuen Einstimmigkeit führen. Das haben wir schon zu Sowjetzeiten erlebt; es war einer der Gründe für das Scheitern Russlands zu Zeiten der UdSSR. Wir kannten und verstanden die reale Welt einfach nicht. Allgemeine Lügen, das Verschweigen der Wahrheit hat uns schon früher zu Niederlagen geführt. So zum Beispiel während des Russisch-Japanischen Krieges. Nun führen politische Korrektheit und eine "Kultur der Zurückweisung" im Westen zu einer Verarmung des Denkens und der Politik. Es gilt, die Freiheit der Diskussion und der intellektuellen Kreativität zu bewahren. Sich selbst, der Gesellschaft und den Autoritäten gegenüber die Wahrheit zu sagen. Es ist keine leichte Aufgabe angesichts der offenen Konfrontation mit einem Teil der Welt, zu dem wir einst weitgehend aufblickten, und der unvermeidlichen Verschärfung des politischen Regimes innerhalb des Landes. Aber diese Aufgabe muss systematisch gelöst werden, auch mit administrativen Methoden. Sonst werden wir wieder verlieren.

Es bedarf einer qualitativen Stärkung des Rückkopplungssystems zwischen Staat und Gesellschaft, dem Verwaltungsapparat und den denkenden Eliten. Die bestehenden Lücken spielten in der ersten Phase der SMO eine negative Rolle - ein erheblicher Teil der Gesellschaft war nicht bereit für die getroffene Entscheidung, verstand nicht die Unvermeidbarkeit solcher Maßnahmen. Einige dieser Fehler hätten vermieden werden können, wenn das Feedback reibungslos funktioniert hätte. In den vergangenen Jahren waren beispielsweise der Enthusiasmus des "russischen Frühlings" von 2014 und die damalige Verwirrung Kiews und seiner westlichen Gönner nicht nutzbar gemacht worden. Für mich persönlich ist die Notwendigkeit einer Eskalation seit 2017-2018 klar geworden, ebenso wie die herannahende Gefahr eines Krieges. Ein gesondertes Thema ist der Stand des Fachwissens über die Nachbarländer, das noch lange Zeit eine Priorität unserer Politik bleiben wird, und dies erfordert ein tiefes und genaues Verständnis der dort stattfindenden Prozesse. Die Lage in der Ukraine wurde offenbar nicht richtig eingeschätzt.

Ich habe schon oft, auch in dieser Zeitschrift, über die Notwendigkeit geschrieben, eine neue "russische Idee", eine landesweite Staatsideologie¹³ zu

¹³ Siehe zum Beispiel: Karaganov S.A. Neue Ideen für sich selbst und die Welt // Russland in der globalen Politik. 2020. T. 18. № 2. C. 21-32. URL:

entwickeln. Sie wird jetzt besonders dringend gebraucht, nicht nur um die geistigen Kräfte der Gesellschaft zu mobilisieren, sondern auch als praktisches Instrument der Innen- und Außenpolitik. Aber es ist auch mehr möglich als jemals zuvor seit dem Großen Vaterländischen Krieg. Im Donbass kämpfen und sterben mutige Vertreter der Völker des gesamten multinationalen Russlands Schulter an Schulter. In dieser Situation erscheinen frühere Befürchtungen, dass die "russische Idee" zu einer staatschädigenden Ideologie des russischen ethnischen Nationalismus werden könnte, übertriebener denn je.

Die russische Idee für die ganze Welt ist sogar noch offensichtlicher. Wir sind eine Zivilisation der Zivilisationen, ein Bollwerk gegen den Neokolonialismus und für die freie Entfaltung der Zivilisationen und Kulturen. Wir sind für das Recht eines jeden, nach seinen eigenen Grundsätzen und Gewohnheiten zu leben, gegen jede Hegemonie und jeden Anspruch auf die letzte Wahrheit. Unser derzeitiger Kampf gegen die Expansion des Westens, gegen das Schlimmste, was sich in der Ukraine konzentriert, ist ein Kampf für eine neue gerechte Weltordnung. Fast alle diese Ideen wurden bereits auf die eine oder andere Weise von Präsident Wladimir Putin erwähnt. Man muss sie nur noch in einer Reihe aufstellen und gezielt bewerben.

Was wir brauchen, ist natürlich eine neue Außenpolitik. Indem Russland akute Sicherheitsprobleme mit einer speziellen Militäroperation angeht, hat es sich teilweise selbst die Hände gebunden und seine Position auf der großen Weltbühne taktisch geschwächt, da es gezwungen ist, seine Ressourcen auf die ukrainische und europäische Seite zu konzentrieren. Aber dies ist eine notwendige und unvermeidliche Korrektur. Wir zahlen den Preis für vergangene Illusionen und geistige Trägheit. Wenn die Operation erfolgreich verläuft, wird Moskaus Position in der Welt qualitativ gestärkt werden. Erstens wird die Verwundbarkeit der Westflanke verringert. Zweitens, und das ist wahrscheinlich noch wichtiger, wird sich Russland als ein Land behaupten, das in der Lage ist, das allgemeine Machtgleichgewicht auf der internationalen Bühne wesentlich zu verändern und die Richtung der Weltpolitik zu bestimmen.

Was wir jetzt brauchen, ist eine Außenpolitik, die in erster Linie auf innenpolitische Ziele ausgerichtet ist.

Russland hat bei der Befreiung der Welt vom westlichen Diktat eine wichtige Rolle gespielt und wird dies auch weiterhin tun.

Aber es hat keinen Sinn, sich ständig für alle in die Bresche zu werfen. Es ist an der Zeit, eine einfache, aber ziemlich neue Idee zu verwirklichen. Russlands größter Beitrag zur Gestaltung einer neuen Weltordnung besteht darin, sich erfolgreich zu entwickeln und trotz der weltweiten Umwälzungen die Stabilität in Eurasien zu gewährleisten. Die außenpolitische Strategie sollte nicht so sehr auf wirtschaftlichen Gewinn abzielen, auch wenn es ohne diesen nicht geht, sondern auf die Sicherstellung einer inneren Entwicklung mit echter Unabhängigkeit und weitgehender Eigenständigkeit.

Auch hier gilt, dass all diese Aufgaben unter den Bedingungen einer langen systemischen Konfrontation mit einem wichtigen Teil der Welt - dem Westen - nicht gelöst werden können, ohne die Regierung und die Gesellschaft in einen Zustand der ideologischen und organisatorischen Mobilisierung zu versetzen. Die Frage ist, welches Niveau sie haben sollte. Bislang sind nur Teile davon sichtbar. Die Verantwortlichen haben entweder noch nicht begriffen oder haben Angst zu sagen, dass die "zwanzig Jahre ohne Krieg" vorbei sind. Uns wurde ein Überlebenskampf auferlegt, den wir gewinnen müssen. Wenn wir nicht durchhalten, wenn wir uns zurückziehen, werden sie uns vernichten.

Ein Blick auf die Erfahrungen der letzten vier Jahrzehnte ist schon ärgerlich: Es gibt zu viel, was wir nicht verstehen konnten oder wollten. Wir haben Fehler gemacht. Und doch haben wir nicht nur überlebt, sondern auch zu gewinnen begonnen. Nachdem wir wieder zusammengekommen sind, die Lehren daraus gezogen und die kulturelle Offenheit Russlands weiterentwickelt haben, sollten wir weiter gewinnen. Obwohl die Herausforderungen groß und in vielerlei Hinsicht ungewöhnlich sind, dürfen

wir die Zukunft nicht aus den Augen verlieren. Und selbstverständlich müssen wir den russischen Mut wiederherstellen¹⁴.

Lenin zur Kriegsfrage

Heinz Ahlreip: Lenins Kriegstheorie im Zusammenhang mit dem am 24. Februar 2022 ausgebrochenen Ukrainekrieg

Die Oktoberrevolution war aus dem ersten Weltkrieg, aus einem furchtbaren Völkergemetzel in einem ökonomisch rückständigen, zudem durch den Krieg ruinierten Land hervorgegangen, das ständig von Kriegsgefahr umgeben war, innerlich vom Bürgerkrieg zerrissen. Mehrmals hing die Existenz der in weltrevolutionärer Hinsicht singulär gebliebenen Sowjetrepublik in dieser Situation ständiger Überfallgefahr am seidenen Faden.

Zu beginnen ist mit dem Herausstreichen der weltgeschichtlichen Bedeutung der Oktoberrevolution als Erbin der Pariser Commune. Zum ersten Mal seit Jahrhunderten und Jahrtausenden haben die Sklaven den Krieg zwischen den Sklavenhaltern umgewandelt in einen mit klarem Programm versehenen Krieg der Sklaven gegen die Sklavenhalter, die erste erfolgreiche Kriegsumwandlung gegen die Kriegsführer in der Geschichte bzw. Militärgeschichte. *Sie stellt den ersten Sieg auf der Bahn der Abschaffung der Kriege dar.* Die erste bolschewistische Revolution hat die ersten hundert Millionen Menschen auf der Erde dem imperialistischen Krieg entrissen.

Nach dieser kurzen Ausführung über die weltgeschichtliche Bedeutung der Oktoberrevolution möchte ich sogleich ohne viel Umschweife auf den Kern der Sache kommen, es wird sich aber sogleich zeigen, dass wir in der Materie nicht weit kommen werden. Es liegt ein Text von Lenin vom 4. Dezember des

¹⁴ Siehe: Karaganov S.A. Weltsturm und russischer Mut // Russland in der Weltpolitik. 28.10.2020. URL: <https://globalaffairs.ru/articles/mirovoj-shtorm-i-russkij-kurazh/> (Zugriff am 4.08.2022).

Jahres 1922 vor, in dem er in konzentrierter Form auf den hohen Schwierigkeitsgrad zu sprechen kommt, der der Kriegsfrage eignet. Der Krieg scheint doch zunächst etwas zur taghellen Einsicht zu sein, zwei Todfeinde stehen sich waffenmäßig bestgerüstet nach ihren Möglichkeiten offensichtlich gegenüber, er hat aber eine tiefe dunkle abgründige, auch listige Nachtseite. Die Überschrift dieses Textes lautet: Notizen zur Frage der Aufgaben unserer Delegation im Haag, zu finden ist er nicht in der 40bändigen Gesamtausgabe des Dietz Verlages, wohl aber in dem Buch: Lenin, Über den Kampf um den Frieden, Dietz Verlag Berlin, 1956,295ff. Zu finden ist er auch in den Ausgewählten Werken, Band 10 der Kommunistischen Internationale, Moskau 1937.

Vom 10. bis zum 15. Dezember 1922 fand ein Internationaler Friedenskongress im Haag statt, der unter dem Druck der Arbeitermassen von der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale zum Kampf gegen die Gefahr eines neuen Weltkrieges, in dem wiederum Morden die Hauptbeschäftigung der Proletarier der kriegführenden Nationen sein würde, einberufen worden war. Der erste Weltkrieg hatte die Völker mit furchtbarem Elend überschüttet und zugleich den größten Verrat der Opportunisten am Sozialismus aufgedeckt. Zu diesem Kongress war auch eine sowjetische Delegation eingeladen. Und für die Mitglieder dieser Delegation hat Lenin Instruktionen diktiert. Um es gleich vorwegzusagen, das Aktionsprogramm der Leninisten wurde von der Mehrheit des Kongresses abgelehnt.

Der Tenor dieses Textes von Lenin aus dem Jahr 1922 lautet: Man darf die Frage des Krieges auf keinen Fall auf die leichte Schulter nehmen. Der erste Fehler, der hier begangen wird, ist der, dass man die Frage für verhältnismäßig einfach und klar nimmt. Die Reformistenführer antworten auf den Krieg gewöhnlich mit der Frage: Streik oder Revolution? Man kann auf den Krieg weder mit einem Streik noch mit einer Revolution im einfachen und buchstäblichen Sinne antworten. Die gewaltige Mehrzahl der zum Heer Einberufenen wird verwirrt in den Krieg ziehen. Man darf nicht nachlässig an diese Frage herangehen, auch der altchinesische, von Mao öfters zitierte Kriegsphilosoph Sun Wu Tzu (Sunsu), 534 – 453 v. u. Z., unterband gleich zu Beginn seines kriegswissenschaftlichen Hauptwerkes ‘Die Kunst des Krieges’ jegliches spielerische Treiben der ihm zur Ausbildung anvertrauten Eleven.

Es ist extrem schwierig, einen Krieg richtig zu lesen, das Wesen der verschiedenen Kriege zu erkennen. Das gilt auch für den gegenwärtigen Ukrainekrieg bzw. 'Krieg um die Ukraine'. Lenin spricht vom Geheimnis des Krieges, vom Geheimnis, in dem der Krieg geboren wurde. Wie groß ist das Geheimnis, in dem der Krieg geboren wurde? Bücherwissen allein reicht hier nicht aus, beantworten kann man die Frage nur durch die Praxis – *durch die persönliche Teilnahme in diesem Krieg*. So haben wir unser erstes großes Fragezeichen. Das meinte ich gleich am Anfang, dass wir in der Materie nicht weit kommen werden. Kann man sich behelfen? Kann uns eine Überlegung aus dem Kommunistischen Manifest weiterbringen? Ich meine die Passage: "Seit Dezennien ist die Geschichte der Industrie und des Handels nur die Geschichte der Empörung der modernen Produktivkräfte gegen die modernen Produktionsverhältnisse, gegen die Eigentumsverhältnisse, welche die Lebensbedingungen der Bourgeoisie und ihrer Herrschaft sind." (Karl Marx, Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, Werke, Band 4, Dietz Verlag Berlin, 1960,467). Aus dieser Überlegung heraus könnte man die modernen Bürgerkriege erlesen, sie spielt in die Geheimnisergründung hinein, ohne diese aber in ihrer ganzen Tiefe zu lichten. Also ist das Fragezeichen nur ein wenig kleiner geworden, aber es steht noch satt da.

Dafür ist aber eines ganz genau zu wissen, der Versuch, sich durch Konsum der politischen Nachrichten der großen bürgerlichen Sendeanstalten dem Geheimnis zu nähern, käme dem törichten Vorhaben eines heilbaren Blinden mit einem Promille im Blut gleich, sich von einem unheilbaren Blinden mit zwei Promille im Blut nach Hause führen zu lassen.

Für Marxisten ist das Übereinkommen heute, dass es sich im aktuellen Krieg um die Ukraine um einen imperialistischen Krieg von beiden Seiten handelt, der Krieg um die Ukraine scheint mir ein Krieg zu sein, der noch relativ leicht zu lesen ist. Im Moskau der Oligarchen darf man das Wort Krieg nicht in den Mund nehmen, im bürgerlichen Berlin ist das Wort vom imperialistischen Krieg außen vor. Es wird suggeriert, dass er seitens des Westens ein Krieg für die Demokratie und gegen den politischen Totalitarismus ist, also ein Befreiungskrieg, was er mitnichten ist. Im Wirrwarr der bürgerlichen, unwissenschaftlich vorgehenden Massenmedien ist die Frage, wer den Krieg begonnen habe, von entscheidender Wichtigkeit, es ist im aktuellen Krieg ja eindeutig, während es für Lenin bei einem Krieg unter Imperialisten

gleichgültig ist, wer den Krieg begonnen hat. Es ist ein Krieg unter Räufern, beide Seiten sind schuldig als Räuber und als Kriegsverbrecher.

Lenin fährt dann in seinem Text für die Haager Delegation fort – und dieser Text ist eine Aneinanderreihung von negativ zu beurteilenden Seiten der sozialistischen pseudowissenschaftlichen Auffassungen vom Krieg und des Versagens der Sozialisten. Es geht um ihre fehlerhaften Einbildungen in der Frage des Krieges, um ihre Illusionen, so zum Beispiel, wenn er sagt, dass eine gewöhnliche Arbeiterorganisation, auch wenn sie sich als revolutionäre Organisation bezeichnet, in der Kriegsfrage überfordert ist. Die Mehrheit der Werktätigen wird auf die Vaterlandsverteidigung hereinflallen. Die gewaltige Mehrheit wird sich unvermeidlich zugunsten ihrer Bourgeoisie entscheiden. In diesem Zusammenhang assoziiert man natürlich den 4. August 1914: Die hochkriminelle sozialdemokratische Einsegnung der Kriegskredite. Kein Sozialdemokrat hatte an die Notwendigkeit illegaler Organisationen für die Antikriegsarbeit gedacht. Um eine Antikriegsarbeit auf Dauer zu gewährleisten, ist die Bildung und Aufrechterhaltung einer illegalen Organisation unumgänglich. Den Massen muss gesagt werden, dass illegale Arbeit notwendig ist.

Der Sozialismus ist im Imperialismus gespalten, es gibt zwei Parteien in der SPD, die eine arbeitet für die Bourgeoisie und für den imperialistischen Krieg und nur die eine arbeitet illegal gegen diesen Krieg und die ihn führende Bourgeoisie. Zum Boykott eines Krieges aufzurufen ist dumm – ebenso Fahnenflucht. *Die Kommunisten müssen in jeden beliebigen reaktionären Krieg gehen.* (Lenin, Notizen zur Frage der Aufgaben unserer Delegation im Haag, in: Lenin, Über den Kampf um den Frieden, Dietz Verlag, Berlin, 1960,297). Wer sagt und argumentiert, dass der Krieg ein Verbrechen sei, gibt nur einen leeren Wortschwall von sich. Das enthält keinerlei Konkretheit (a.a.O.).

Der Krieg ist ein Verbrechen, also ist es gut, von der Fahne zu fliehen. Dazu sagt Lenin: Fahnenflucht aus bürgerlich-reaktionären Armeen ist naiv und *vor allem dumm*, denn dem Krieg kann sich niemand entziehen, er hat seine vorerst, in den Ären des Klassenkampfes, ehernen Gesetze: Die erste markante Stelle militanter Konfrontation zwischen Lohnarbeit und Kapital finden wir in Marxens Schrift: ‘Das Elend der Philosophie‘ aus dem Jahr 1844. An ihrem Ende heißt es: “ ...daß eine auf Klassengegensatz begründete

Gesellschaft auf den brutalen *Widerspruch* hinausläuft, auf den Zusammenstoß Mann gegen Mann als letzte Lösung“ (Karl Marx, Das Elend der Philosophie, Werke, Band 4, Dietz Verlag Berlin, 1960,182). Der Kriegskonfrontation ist nicht zu entkommen. Der Proletarier kann dem einzelnen Kapitalisten davonlaufen, nicht aber der Kapitalistenklasse. Immer wieder kommt es zu Bürgerkriegspositionen bzw. zur Bürgerkriegsoppositionen. Diesem Bürgerkriegsgespenst in die Augen zu schauen ist nicht leicht. Der Krieg Mann gegen Mann, sodann Klasse gegen Klasse, wird verdrängt, in der 68er Studentenbewegung geschah das bis auf die RAF, durch die stadtguerillamäßig in Form des brutalen Widerspruchs von Mann gegen Mann, kriegerische Tat vorlag, durch Formen des Happenings. Was ist nicht alles von der kleinbürgerlich-studentischen 68er Bewegung verpatzt worden? Ob in den Hasch-Kommunen, im chaotisch-maoistischen Westberlin oder als Eigenbrötler in einer Berghütte in der Schweiz: Das Waffenhandwerk ließ sich dort nicht erlernen und dass der Hauptfeind im eigenen Land steht, ebenso wenig. So haben die intellektuellen Möchtegerne-Sozialisten und ihre Nachfolger/innen in der Partei »Die Linke« und in den vielen kleinbürgerlichen Diskutierklubs bis heute nicht begriffen, dass der konterrevolutionären Schlange der Kopf zertreten werden muss durch die Umkehrung der Stiefel und Gewehre.

Die käufliche bürgerliche Presse spricht von der Vaterlandsverteidigung und die sozialistische Presse ist völlig machtlos dagegen, auch sie vertritt in der Kriegsfrage grundfalsche Ansichten. Die kommunistische Presse wird sich in der Mehrzahl der Länder wahrscheinlich blamieren (a.a.O.). In Parlamentsreden und in Reden außerhalb des Parlaments sagen kommunistische Abgeordnete viel Falsches zur Frage des Kampfes um den Frieden. Es gibt eine Anzahl von Beschlüssen von Arbeiterkongressen, die unendlich dumm und leichtsinnig sind.

Auf der Haager Konferenz muss den Teilnehmern von der sowjetischen Delegation klar gemacht werden, dass sie sich lediglich einbilden, den kommenden Weltkrieg in den Griff zu bekommen. Die Teilnehmer müssen sich historisch mit den Ansichten der russischen Sozialisten zum 1. Weltkrieg vertraut machen, mit allen Schattierungen, die nicht zufällig auftraten, sondern durch die Natur des modernen Krieges ins Leben gerufen wurden. Man muss faktische Beispiele aus dem letzten Krieg heranziehen.

Weiter müssen sich die Teilnehmer der Konferenz mit den gegenwärtigen Konflikten, und seien es die allergeringsten, auseinandersetzen. Ein Krieg kann sich aus einer bedeutungslosen Meinungsverschiedenheit ergeben. An den gegenwärtigen Konflikten muss man aufzeigen, dass ein Krieg jederzeit, dass ein Krieg jeden Tag ausbrechen und über die Völker hereinbrechen kann. Die Schwelle hierzu haben wir bereits erreicht. Das ist heute sehr aktuell, die Imperialisten haben genug Sprengstoff angesammelt, um ganze Kontinente in die Luft zu sprengen.

Wie gesagt, das Aktionsprogramm der Leninisten wurde von der Mehrheit des Kongresses abgelehnt. Nimmt man nun noch hinzu, dass es geschichtlich nur wenige gerechte, in der Mehrzahl aber reaktionäre Kriege gab und gibt, so ist das zunächst doch recht deprimierend. Auf 9 Konterrevolutionen kommt eine Revolution. Und so gelangt Lenin zu der Schlussfolgerung, dass, wenn der Krieg der Unterdrückten und Ausgebeuteten gegen die Unterdrücker und Ausbeuter eine Millionen Opfer fordert, die Bourgeoisie immer sagen wird, die Opfer der Weltkriege seien berechtigt, die des roten Bürgerkrieges terroristisch und verbrecherisch. (Vergleiche Lenin, Brief an die amerikanischen Arbeiter, in: Über den Kampf um den Frieden, Dietz Verlag Berlin, 1956,211). Es kam gegen Ende August 2022 auf ARTE eine Dokumentation über den Archipel Gulag. Vor ihrer Ausstrahlung wurde gewarnt, dass diese Sendung wegen Gewaltdarstellungen für Jugendliche gefährdend sei, diese Warnung bleibt aber weg, wenn die Bourgeoisie in Dokumentationen auf demselben Kanal ihre Millionen Leichenberge aus den Weltkriegen rechtfertigt, indem sie die wahren ökonomischen Hintergründe verschweigt.

Ein imperialistischer Krieg von beiden Seiten wie der um die Ukraine bricht nicht plötzlich aus, sondern wird von langer Hand von den mit dem Finanzkapital verwobenen Regierungen vorbereitet, deshalb muss man die Geschichte der Außenpolitik, der Diplomatie Jahre, wenn nicht Jahrzehnte vor seinem Ausbruch studieren. Man muss das Studium des Krieges nicht mit seinem Ausbruch beginnen, sondern mit seiner ökonomischen, politischen und diplomatischen Vorgeschichte. Man muss die Entwicklung des Finanzkapitals im Auge behalten, denn es ist das Finanzkapital, also die von Hilferding aufgetane Verschmelzung von Bank- und Industriekapital, das die Völker Russlands und die Ukrainer seit dem 24. Februar in den rasenden

Krieg hetzte. Grundsätzlich ist festzuhalten, dass das für den Imperialismus typische Finanzkapital am Krieg besser verdient als am Frieden und dass es die Kosten des Krieges auf die Lohnsklaven abwälzt. Die internationale Bourgeoisie lässt sich nach dem Krieg Tribute von den Lohnsklaven dafür zahlen, dass sie ihren Lohnsklaven gestattete, Millionen ihrer Brüder, Lohnsklaven wie sie, in einen Krieg um die Teilung der imperialistischen Beute zu morden. So gesehen ist der imperialistische Krieg eine unendliche Geschichte. Es ist naiv, eine Beendigung dieses imperialistischen Krieges von beiden Seiten von einer staatsmännischen Personalie zu erwarten, weder ein Erdogan noch ein Guterres können hier eine Feder führen, denn sie sind selbst imperialistischen Organisationen verpflichtet. Aber nicht nur deswegen.

Seit über einem halben Jahr lassen sich in den bürgerlichen Massenmedien politische und militärische Experten ins Quadrat erhoben über den imperialistischen Krieg aus, nur auf das Entscheidende kommen diese Experten nicht und können sie auf Grund ihrer familiären, schulischen und staatlich-universitären Verblödungserziehung auch nicht kommen. Das dem imperialistischen Krieg komplementäre Wort, man könnte auch vom Zwillingwort sprechen, das Wort 'Finanzkapital' kann natürlich in bürgerlichen Massenmedien nicht passieren. Wir bekommen eine typische Halbbildung verabreicht, die uns im Unklaren lässt. Lenin sagte, dass in neun Zehntel aller Gespräche über den imperialistischen Krieg leeres Stroh gedroschen wird, weil man grundsätzliche Fragen unerörtert lässt: Welche Klassen führen den Krieg und welchen Klassencharakter trägt er demzufolge? Das eben geht den bürgerlichen Militärexperten nicht durch den Kopf, im 20. Jahrhundert zeigten insbesondere der russische Bürgerkrieg 1918ff. und der Vietnamkrieg, wie bürgerliche Militärexperten daneben liegen können.

Grundsätzlich ist festzuhalten, dass das für den Imperialismus typische Finanzkapital am Krieg besser verdient als am Frieden und dass es die Kosten des Krieges auf die Lohnsklaven abwälzt. So gesehen dürften imperialistische Kriege eine unendliche Geschichte werden. Sie sind dies aber nicht. Der erste unvermeidbare Weltkrieg und auch der zweite unvermeidbare Weltkrieg, in denen es um den Sieg zur Ausbeutung der Welt durch wenige Großbanken ging, endeten nach vier bzw. nach sechs Jahren, der Blutzoll war unsagbar, was sagen nüchterne Zahlen hier schon aus?, aber verglichen mit Kriegen in der Geschichte, man denke nur an den dreißigjährigen, gar hundertjährigen

Krieg, waren sie relativ kurz. Zum Blutzoll von Kriegen ist anzumerken, dass Lenin in seinem politischen Hauptwerk 'Staat und Revolution' darauf hinwies, dass eine Revolution den Völkern immer billiger kommt als ein Nationalkrieg (Vergleiche Lenin, Staat und Revolution, Werke, Band 25, Dietz Verlag Berlin, 1960,477).

Das Ende des ersten Weltkrieges hat Lenin noch miterlebt und seine Gedanken über diese Beendigung eines imperialistischen Krieges haben nichts von ihrer Aktualität verloren. Ende Januar 1917 verfasste er die Schrift 'Eine Wendung in der Weltgeschichte' und gerade in ihr finden wir die richtigen Keime, die von Scholz diagnostizierte Zeitenwende, mit der er 100 Milliarden Euro außerplanmäßig dem reaktionären Offizierskorps der Bundeswehr zuschusterte, Richtung einer Periode imperialistischer Kriege wiederum zu einer Periode internationalen Friedens zu wenden. Wenden wir uns also dieser Schrift zu.

Lenin geht Anfang 1917 von einer Wendung des imperialistischen Krieges zu einem imperialistischen Frieden aus. Eine bolschewistische und sogar eine bürgerliche Februarrevolution, diese allerdings nur noch kurz, schlummerten noch unter der Decke der Weltgeschichte. Die imperialistische Wendung der Dinge aber war eine Tatsache, weil die Goldquelle des ersten Weltkrieges am Versiegen war. Man lese und staune: *Goldquelle des Krieges*, ebenfalls ein Fremdwort in der bürgerlichen Kriegsberichtserstattung. Goldquelle für die vollgefressenen Imperialisten und für diese Goldakkumulation mussten im ersten Weltkrieg 10 Millionen Menschen ihr Leben lassen. Aber diese Quelle sprudelt eben nicht ewig. "Mit Hilfe des *jetzigen* Krieges den Arbeitstieren der Lohnsklaverei das Fell noch weiter über die Ohren zu ziehen, das geht wohl nicht mehr, - darin liegt eine der tiefsten ökonomischen Ursachen der jetzt zu beobachtenden Wendung in der Weltpolitik. Es geht nicht mehr, weil die Hilfsquellen insgesamt zur Neige gehen". (Lenin, Eine Wendung in der Weltpolitik, in: Lenin, Über den Kampf um den Frieden, Dietz Verlag Berlin, 1956,116). Man beachte, dass das Wort 'jetzigen' von Lenin kursiv gesetzt worden ist, d. h.: Sollte die Goldquelle Ukraine versiegen, sucht sich das Finanzkapital neue Quellen, es zettelt neue Kriege anderswo an. Es besteht also auch die Möglichkeit eines imperialistischen Friedens zur Beendigung des Ukrainekrieges, ein Friede allerdings auf dem Boden des Alten und Morschen. Die denkbar schlechteste Lösung, denn er bedeutet, dass sich die

internationale Bourgeoisie nach dem Krieg Tribute von den Lohnsklaven dafür zahlen lässt, dass sie ihren Lohnsklaven gestattete, Tausende ihrer Brüder, Lohnsklaven wie sie, in einem Krieg um die Teilung der imperialistischen Beute zu morden. Eine weitere Minimalvariante wäre, dass die blutsaugenden Oligarchen einer Seite, noch besser beider Seiten, von den in den Krieg hineingezogenen Völkern gestürzt werden, um einen demokratischen Frieden zu erzwingen. Um endgültig der Hölle des imperialistischen Krieges weltweit zu entkommen, müsste als Maximalvariante der Sturz aller Oligarchen proletarisch-kleinbäuerlicher Provenienz sein, als Signal einer idealer proletarisch-kleinbäuerlichen Weltrevolution. Das war das Vorhaben des roten Oktober 1917 und das ist auch 2022 der einzige Weg zur Beendigung imperialistischer Völkergemetzel.

Ich schreibe diese Zeilen am 1. September 2022, 83 Jahre nach Ausbruch des zweiten Weltkrieges. Vor zwei Tagen, am 30. August 2022, ist Michail Gorbatschow gestorben, der selbstlose Agent des internationalen Finanzkapitals, der nach Hitler, ebenfalls ein weniger selbstloser Agent dieses Finanzkapitals, den Völkern der Welt im 20. Jahrhundert personenbezogen, also nur skizzenhaft (Männer machen keine Geschichte), größten Schaden zugefügt hat. 83 Jahre nach Ausbruch des zweiten Weltkrieges und zwei Tage nach dem Tod Gorbatschows sind es die objektiv vorliegenden, auf einen dritten Weltkrieg ausgerichteten imperialistischen Kriegsmaschinerien, die immer noch dafür sorgen, dass der Name Lenin den nach Frieden und Freiheit durstigen Völkern voranleuchtet.

Es ist in dialektischer Endkonsequenz der imperialistische Weltkrieg selbst, der den Weltfrieden herbeiführt. Gegen die selbstgerechten Pazifisten, Sozialpazifisten und Anhänger der Armeentwaffnung, die trotz allen Weihrauchs im Gehirn im Grunde Helfershelfer kapitalistischer Ausbeuter sind, die die Ausbeutung vernebeln, hat Lenin den ersten imperialistischen Krieg einen großen Beschleuniger der Geschichte, einen großen Regisseur im Hintergrund genannt und gerade diese Überlegung ist für dialektisch ungeschulte Menschen so schwer nachvollziehbar. Eine Studentin war recht verstört, als sie von mir erfuhr, dass nach Lenin Kommunisten in einen reaktionären Weltkrieg ziehen müssen. Der Weltkrieg hat der Revolution geholfen, denn er hat in der Handhabung von Waffen ausgebildet. Es ist in diesem Zusammenhang aufschlussreich, dass schon Engels 1847 in den

Grundsätzen des Kommunismus davon ausging, dass die Feinde der Kommunisten sie in eine Revolution hineinjagen werden. Denn für die ökonomischen Grundlagen des Sozialismus hat nach Lenin schon der erste Weltkrieg gezeigt, dass und wie die Zeit für den Sozialismus reif geworden war: Unter der Anspannung der Volkskräfte hat er gezeigt, wie das gesamte Wirtschaftsleben von 50 Millionen Menschen von EINEM Zentrum aus gesteuert werden kann. Der Krieg gibt vor, wie eine planmäßige Gemeinwirtschaft betrieben werden kann. Pazifisten und Entwaffnungsanhänger entfliehen der schlechten Wirklichkeit und betreiben Winkelpolitik. Die Politik der Entwaffnung entwickle sich in reaktionärer Kleinstaaterei. Beide Strömungen umgehen alle konkreten Fragen der proletarischen Revolution und beide beachten nicht die Tatsache, *dass es neben ungerechten Kriegen auch gerechte Kriege gibt*. Gegen die Entwaffnung und den Pazifismus sprechen auch revolutionäre Bürgerkriege als Weiterentwicklung des Klassenkampfes, dieses nicht zu sehen, läuft auf Revolutionsverweigerung hinaus. Also können Sozialisten nicht pauschal gegen jeden Krieg sein. Es gibt in der Phase des Imperialismus, dessen Politik sich aus der Gesamtheit der Verhältnisse der imperialistischen Epoche ergibt, fortschrittliche nationale Kriege, die sich aus der Tatsache ergeben, dass der Imperialismus die Entwicklung des Kapitalismus in den rückständigen Ländern fördert. Rosa Luxemburg (Deckname Junius) leugnet das. Um die Kontroverse mit Luxemburg zu erhellen, greifen wir zu Band 22 der braunen Werkausgabe, auf Seite 313 legt Lenin zunächst Luxemburgs Auffassung vor, dass es im Imperialismus keine nationalen Kriege mehr geben kann, um sie sodann zu widerlegen. Rosa Luxemburg, ihr damaliger Deckname war Junius, sieht die Sache in der imperialistischen Ära so: Die nationalen Interessen dienen nur als Täuschungsmittel, um die arbeitenden Volksmassen ihrem Todfeind, dem Imperialismus dienstbar zu machen. Lenin betont, dass das Gegenteil der Fall sein kann: "Die Unrichtigkeit dieses Arguments ist augenfällig. Selbstverständlich ist es ein Grundsatz der marxistischen Dialektik, daß alle Grenzen in der Natur und in der Gesellschaft bedingt und beweglich sind, daß es *keine einzige* Erscheinung gibt, die nicht unter gewissen Bedingungen in ihr Gegenteil umschlagen könnte. Ein nationaler Krieg *kann* in einen imperialistischen umschlagen *und umgekehrt*." (Lenin, Über die Junius Broschüre, Werke, Band 22, Dietz Verlag Berlin, 1960,313f.). Ein Beispiel: Die progressiven nationalen französischen Kriege

nach 1789 schlugen während des napoleonischen Kaiserreichs in imperialistische Kriege um, gegen die Befreiungskriege gegen den Imperialismus Napoleons erzeugt wurden.

Und Lenin geht noch weiter: Es ist durchaus möglich, dass der Sozialismus in einem Land siegt, dann wäre ein sozialistischer Verteidigungskrieg durchaus legitim. Und wie soll man ohne Waffengewalt die Reaktionäre niederzwingen? Ohne Waffen und mit bloßer pazifistischer Gesinnung wird gerade das Schwierigste umgangen, die Unterdrückung der Volksfeinde zu organisieren. Es gibt Landesverteidigung und Landesverteidigung. Eine reaktionäre imperialistische und eine fortschrittliche revolutionäre. Die Epoche des Imperialismus bringt zum Beispiel die Politik des Kampfes gegen die nationale Unterdrückung hervor, des Kampfes gegen die Bourgeoisie und die Vereinigung beider Arten von revolutionären Kriegen. Wer sich nicht in Waffen übt, hat es nicht anders verdient als Sklave fortzuvegetieren, zumal die unterdrückende Klasse immer bewaffnet ist. Die Bewaffnung der Bourgeoisie ist eine kardinale Tatsache und diese stellt für das Proletariat ein Schrecken ohne Ende dar. *Der Bürgerkrieg gegen die Bourgeoisie wird durch die Bourgeoisie selbst vorbereitet.* Alles in allem kann zusammengefasst werden, dass Lenin die Militarisierung positiv sieht. Durch die Militarisierung hindurch zum Frieden zu gelangen, so sieht die revolutionäre Entwicklung aus, die Gegensätze schlagen ineinander um. Die Losung der Entwaffnung trägt Illusionen in den Klassenkampf hinein und beeinträchtigt den Kampf gegen den Opportunismus

Dialektisches Denken ist perverses Denken und davor, vor der letzten Konsequenz, wird zurückgeschreckt: Im Bundesarchiv (BArch Placky 5/31) ist ein Plakat der ‘Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft’ hinterlegt, betitelt: Ewige Freundschaft mit der Sowjetunion. Heute gibt es weder die DDR noch die Sowjetunion. Es ist vor lauter Verbildung und massenmedialer Gehirnwäsche heraus nicht mehr die Schlichtheit vorhanden, dass dialektisches Denken in sich perverses ist im Sinne der Verkehrung bzw. Umkehrung, des Umschlagens, die lebendige Gesetzlichkeit der Dialektik und ihr sich wechselseitiges Durchdringen findet in ihrer Immanenz, in ihr selbst statt, es ist aber nicht Perverses schlechthin abfällig, sondern der Hauptstrang, nicht das Abweichende, als was das Perverse gemeinhin gehandelt wird. Und so kommt es dann: Weltfrieden durch Weltkrieg. Die Gegensätze schlagen

ineinander um. Ohne dialektische Methode verzetteln wir uns im Gestrüpp und in der Grauzone der bürgerlichen, angeblich klassenneutralen Pseudolösung gesellschaftlicher Probleme. Die bürgerlichen Intellektuellen stapeln Berge von Fremdwörtern zur Buchform, die völlige Vernichtung der Bourgeoisie (Vergleiche Lenin, Staat und Revolution, Werke, Band 25, Dietz Verlag Berlin, 1960,425) und davon, dass die Völker ein Recht auf Bestrafung von Konterrevolutionären vor Revolutionsgerichten haben, bleiben leere Blätter in den Stapeln.

Sätze, die beginnen mit: Es ist und die in der Regel für bare Münze genommen werden, sind aus ihrer Fixiertheit durch die tief innerliche, ruhelose Dialektik zu verflüssigen. Man bildet sich ein, dialektisch denken zu können, erfasst aber nicht, dass dialektisches Denken tiefsinniges perveres Denken beinhaltet. Was der gesunde Menschverstand als ein 'ist', was er punktuell begreift, begreift das dialektische Denken als ein Werden, als einen Prozess. Das schlicht positivistisch Aufgenommene wird negiert und damit jeder ewige Existenz beanspruchende Punkt im Weltprozess, z. B. Kim Il Sung, der mitgerissen wird. Gerade tote Punkte sind durch das dialektische Denken zu verflüssigen: Rudimentär ist ein 'ist' ist nicht ein 'ist', es ist als ein Gegeneinander Sein ohne jede weitere Bestimmung, reines Sein ist gleich seinem Gegenteil, es ist Nichts, also stets als ein sich aus der Durchdringung von Sein und Nichts ergebendes 'werden' zu fassen, Werden ist eben das Zugleich sein von Sein und Nichts. Eins teilt sich in zwei, sonst käme es nicht zur Einheit und zum Kampf und zum Umschlag der Gegensätze, zum Umschlag von Quantität in Qualität und zur Negation der Negation als ein unendlicher, spiralförmiger Prozess. Das war gerade der Fehler Ricardos, dass er in seinem ersten Kapitel über den Wert alle möglichen Kategorien, die erst entwickelt werden sollen, als gegeben voraussetzt, um ihr Adäquatsein mit dem Wertgesetz nachzuweisen (Vergleiche David Ricardo, On the principles of political economy, and taxation, London, 1821, Seite 1 -52. Vergleiche auch: Brief von Karl Marx an Ludwig Kugelmann in Hannover aus London vom 11. Juli 1868, in: Werke Band 32, Dietz Verlag Berlin, 1960,553. In diesem Brief liegt nach Lenin von Marx eine ausgezeichnete Darstellung seines Wertgesetzes vor. "Die Wissenschaft besteht eben darin, zu entwickeln, wie das Wertgesetz sich durchsetzt." (a.a.O.)).

Schwimmen lernt man im Wasser, es gibt keinen zu Grunde liegenden Maßstab und Mao lag in der Militärwissenschaft richtig: Das Krieg führen lernen wir im Krieg. Es gibt keine Kriegswissenschaft vor der Kriegswissenschaft. Man kann nur wenig aus der Kriegsgeschichte lernen, jeder neue Krieg bringt eine Wucht der Unmittelbarkeit und Eigendynamik mit, die einzigartig ist. Im Krieg muss aus der Situation heraus selbst entschieden werden, da hilft keine matte Erinnerung. Aufschlussreich ist, was Lenin in seiner Schrift vom 17. Januar 1923 über die militärische Herangehensweise der Bolschewiki an die Oktoberrevolution kundtut, seine Genossen hätten sich wie Napoleon zuerst ins Gefecht gestürzt, das weitere wird sich finden. ('On s'engage et puis on voit'). (Lenin, Über unsere Revolution, Ausgewählte Werke, Progress Verlag, Moskau, 1975,766).

In seiner Rede zum 4. Jahrestag der Oktoberrevolution wies Lenin die Bolschewiki an, in der Wendung zur NEP zu Großkaufmännern zu werden. Kommunisten werden zu großen Kaufmännern! -Dialektisches Denken ist eben perverses Denken: Durch den Weltkrieg zum Weltfrieden. Durch die NEP zum Sozialismus.

Das Wort 'ewig' sollte der Menschheit ein Fremdwort sein. Diese wissenschaftlich klare Tatsache ist im Bewusstsein der Massen aus volksfeindlichen Intentionen der Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft unterbelichtet. Die bürgerliche Blutsaugerklasse will *ewig* saugen und muss durch ihre ideologischen Gehirnakrobaten und Pfaffen die Funktionsweise der Aneignung formal freier und fremder Arbeitskraft in Konfusion bringen. Marx spricht von einem ABSOLUTEN Interesse der herrschenden Klassen, die Konfusion zu verewigen (Vergleiche Karl Marx, Brief an Ludwig Kugelmann in Hannover vom 11. Juli 1868, Werke, Band 32, Dietz Verlag Berlin, 1960,554).

Einen Präsidenten als ewig zu vergöttern, wie in Nordkorea, ist angesichts der feststehenden Tatsache des Untergangs unseres ganzen Sonnensystems unwissenschaftlich. Es wird dort der gleiche Fehler begangen wie einst in der DDR.

Bleiben wir bei der Dialektik, gehen nur zur Dialektik des Krieges über. In der Vorbereitungsperiode des Krieges bahnt sich ein Umschlag von Quantität in Qualität an, die Kriegsparteien auf beiden Seiten nehmen zu, dann kann es

sogar ein Zufall sein, ein Sprung und der Krieg bricht aus, das Gesetz des Umschlags von Quantität in Qualität aber bricht nicht ab, sondern zieht sich durch den ganzen Krieg hindurch und in die Friedensperiode ins Unendliche hinein. Dass ein Krieg die Einheit und der Kampf der Gegensätze ist, versteht sich von selbst. Er ist geradezu ein Paradebeispiel für die Einheit und den Kampf der Gegensätze. Und die Gegensätze schlagen auch ineinander um: Durch die Militarisierung hindurch, die heute alles ist, kommt es zum Frieden. Der Krieg selbst zeigt den Weg über eine Planwirtschaft aus ihm heraus zum Frieden. Und zum dritten dialektischen Grundgesetz: Der Frieden geht in den Krieg über, der Krieg negiert den Frieden, der Krieg geht in den Frieden über, der Frieden negiert den Krieg.

Wie wir wissen, ist der Krieg keine autonome Erscheinung, er entwickelt sich in einem historisch-politischen Gesamtkomplex, in dem die diplomatische Politik der kriegführenden Parteien in spe zusammenbricht und der Krieg diese Politik mit anderen, nämlich gewaltsamen Mitteln, fortsetzt. Der Krieg ist die Fortsetzung der Politik mit gewaltsamen Mitteln, und es ist wissenschaftlich unzulänglich, ihn auch nur einen Augenblick von der Politik zu trennen. Das ist eine wissenschaftliche Erkenntnis, die nicht grundsätzlich marxistisch-leninistische Wurzeln hat, denn sie stammt von dem preußischen Generalmajor Carl von Clausewitz, der *aktiv* an den Befreiungskriegen gegen Napoleon teilgenommen und sich jahrzehntelang theoretisch mit den ungeheuerlichen Kriegen der napoleonischen Ära auseinandergesetzt hatte und die damals ganz Europa schockierten. Das Buch von Clausewitz 'Vom Kriege', das elf Jahre nach Napoleons Tod 1832 erstveröffentlicht wurde, enthält das letzte Wort der bürgerlichen Militärwissenschaft und steht heute weltweit in den Bibliotheken der Militärakademien.

Es ist zunächst immer zu fragen, welche Klassen führen den Krieg und welchen Klassencharakter trägt er demzufolge? 9/10 aller Erörterungen über den Krieg sind ohne diese beiden Fragen nach Lenin unnütz. Lenin gibt eine genaue Charakterisierung des imperialistischen Krieges: "Die Frage der imperialistischen Kriege, jener heute in der ganzen Welt vorherrschenden internationalen Politik des Finanzkapitals, welche unvermeidlich neue imperialistische Kriege zeugt, unvermeidlich eine unerhörte Verstärkung der nationalen Unterdrückung, der Plünderung, Ausraubung, Erdrosselung der schwachen, rückständigen kleinen Völkerschaften durch eine Handvoll

‘fortgeschrittener‘ Mächte mit sich bringt – diese Frage ist seit 1914 zum Eckstein der gesamten Politik aller Länder des Erdballs geworden. Sie ist für Dutzende von Millionen Menschen eine Frage von Leben und Tod.“ (Lenin, Zum 4. Jahrestag der Oktoberrevolution, in: Lenin, Der Kampf um den Frieden, Dietz Verlag Berlin, 1960,272). Schweden und Finnland bzw. das schwedische und das finnische Finanzkapital haben diesen Eckstein aus dem Verborgenen heraus nun auch öffentlich gemacht.

Der Krieg ist für Lenin eine Schubkraft der Geschichte, der das Alte und Morsche beiseite fegt. Und so bezeichnet Lenin insbesondere im ersten Brief seiner Briefe aus der Ferne, denn auch den ersten imperialistischen Großkrieg zwischen 1914 – 1918 als einen großen Regisseur im Hintergrund der Februarrevolution, der die Weltgeschichte vorangebracht habe. Der antike Philosoph Heraklit hatte bereits gesagt, dass der Krieg die Menschen zusammenführe, und so tat es auch der erste Weltkrieg. Dieser hat die Sklavenhalter der kapitalistischen Sklaverei mit eisernen Ketten zu einem einzigen blutigen Knäuel aneinandergesesselt. Der reaktionäre imperialistische Krieg, der er auf *beiden* Seiten war, wird als ungeheurer Beschleuniger der Weltgeschichte gedeutet, der im Weltmaßstab gewaltige Krisen hervorrief. Wie sehr hat dieser Krieg die russische Geschichte beschleunigt. Politisch ist Russland nach vorne gekommen zum Parlamentarismus und noch dazu zu den Sowjets vom Typus der Pariser Commune. Die Sowjets stellen einen höheren Typus der Demokratie dar, der sich durch einen machtvollen Aufschwung der Massen herausbildet. Der Krieg beschleunigte auch weltweit den Antagonismus zwischen Bourgeoisie und Proletariat. Also hier der große objektive Begriff >Krieg< als Triebkraft der Geschichte. Es liegt aber kein Kult, keine Glorifizierung des Krieges vor, er ist immer zusammenzudenken mit der Selbstbewegung der Volksmassen. Unmittelbar nach der aus dem Weltkrieg unter schwersten Opfern geborenen Oktoberrevolution, die durch unglaubliche Qualen und Schwierigkeiten hindurchgehen musste, veröffentlichten die Bolschewiki das Dekret über den Frieden, das sich an die Völker und an die Regierungen zugleich richtete. Wer sich eine glatte Revolution ohne Opfer vorstellt, stellt die Bourgeoisie höher als die sozialistische Weltrevolution. Das historische Handeln ist nicht das Trottoir des Alexander Newski-Prospekts. Diesen Satz von Tschernyschewski führte Lenin mehrmals an. Die Friedensfrage wurde als die zentrale Frage der Zeit bestimmt und die Bolschewiki schlugen einen Frieden ohne Annexionen

und Kontributionen vor. Die Friedensbedingungen wurden in der ‘Deklaration über den Frieden’ als nicht ultimativ angegeben, den Regierungen wurde Spielraum gelassen. Andere Friedensbedingungen könnten erwogen werden. In der Deklaration wurde die Abschaffung der Geheimdiplomatie und die Veröffentlichung der Geheimverträge angekündigt. Zweitens unternahmen die Bolschewiki nach der Februarrevolution, die gezeigt hatte, dass die bürgerliche Regierung den imperialistischen Krieg aus Profitinteressen fortsetzen musste, alles Erdenkliche, den Krieg der Kapitalisten möglichst rasch zu beenden. Die Februarrevolution hatte am Charakter des Krieges als imperialistischen nichts geändert. Die Kapitalisten können aus dem Krieg nicht aussteigen, sie können nicht auf Annexionen verzichten, sie sind mit tausenden von Fäden mit dem Bankkapital verstrickt. Den Hauptschwerpunkt legten die Leninisten zwischen dem Februar 1917 und dem Oktober 1917 auf die Aufklärung der Volksmassen über den verbrecherischen Charakter der Regierung der Kapitalisten und des von ihnen weitergeführten imperialistischen Krieges. Die Wahlen zu den Sowjets zeigten nach dem Februar, dass die Mehrheit noch den Kerenskis und ihren Kriegstreibern folgte.

Zu den Friedensbemühungen, die Lenin persönlich unternahm, gehört auch das Versenden von Briefen an die deutschen, die ungarischen und an die amerikanischen Arbeiter. Dem Brief an die amerikanischen Arbeiter maß er insofern besondere Bedeutung bei, weil diese Arbeiter mittlerweile dem jugendstarken, frischesten und kräftigsten Imperialismus gegenüberstehen. Die US-amerikanischen Imperialisten waren als kriegskreditgebende Gläubiger der Nationen die Kriegshauptgewinner. Jeder Dollar trägt jetzt Blutspuren von 10 Millionen Ermordeter und 20 Millionen Verstümmelter.

Der Schlüsselsatz, in dem Lenin geradezu prototypisch seine Grundeinstellung zum Krieg darlegt, befindet sich im ‘Militärprogramm der proletarischen Revolution’, eine Schrift aus dem September 1916: “Heute militarisiert die imperialistische – und andere - Bourgeoisie nicht nur das ganze Volk, sondern auch die Jugend. Morgen wird sie meinetwegen auch die Frauen militarisieren. Wir antworten darauf: Desto besser! Nur immer schneller voran – je schneller, desto näher dem bewaffneten Aufstand gegen den Kapitalismus“. (Lenin, Das Militärprogramm der proletarischen Revolution, in; Lenin: Der Kampf um den Frieden, Dietz Verlag Berlin,

1957,99). Und ich frage mich, ob nicht wenigstens hier der Punkt erreicht ist, an dem naive Menschen mit dem Vorsatz, nichts lernen zu wollen, aus diesem Text aussteigen sollten. Im Militärprogramm der proletarischen Revolution drückt Lenin explizit aus, dass die Jugend das Gewehr annehmen soll, das ihr die Bourgeoisie in die Hand drückt. "Jetzt durchdringt die Militarisierung das ganze öffentliche Leben. Die Militarisierung wird alles. Der Imperialismus ist erbitterter Kampf der Großmächte um Teilung und Neuaufteilung der Welt – er *muß* daher zur weiteren Militarisierung in allen, auch in kleinen, auch in neutralen Ländern führen. Was sollen dagegen die proletarischen Frauen tun? Nur jeden Krieg und alles Militärische verwünschen, nur die Entwaffnung fordern? Niemals werden sich die Frauen einer unterdrückten Klasse, die revolutionär ist, auf solche schändliche Rolle bescheiden. Sie werden vielmehr ihren Söhnen sagen: "Du wirst bald groß sein, man wird dir das Gewehr geben. Nimm es und erlerne gut alles Militärische – das ist nötig für die Proletarier, nicht, um gegen deine Brüder zu schießen, wie es jetzt in diesem Räuberkrieg geschieht und wie dir die Verräter des Sozialismus raten, sondern um gegen die Bourgeoisie deines 'eigenen Landes' (man beachte die Anführungszeichen) zu kämpfen, mit der Ausbeutung, dem Elend und den Kriegen nicht durch fromme Wünsche, sondern durch das Besiegen der Bourgeoisie und *deren* Entwaffnung ein Ende zu bereiten" (a.a.O.,100).

So denkt Lenin: Nimm es und erlerne gut alles Militärische. Er denkt ebenfalls in der Schrift zum 4. Jahrestag, dass es nur durch die bolschewistische Revolution ein Entrinnen aus der Hölle des Krieges gibt. Es ist der Krieg selbst, der die Weichen in seine Überführung stellt. "Der Krieg selbst führt durch die unerhörte Kraftanspannung der Völker, die er verursacht, die Menschheit diesem einzigen Ausweg aus der Sackgasse entgegen: er zwingt sie, gewaltige Schritte vorwärts auf dem Wege des Staatskapitalismus zu machen und zeigt praktisch, wie eine planmäßige Gemeinwirtschaft geführt werden kann und muss ...". (Lenin, An die Arbeiter, die den Kampf gegen den Krieg und gegen die auf die Seite der Regierungen übergegangenen Sozialisten unterstützen, Sämtliche Werke, Band XIX,492-499).

In der gegenwärtigen Kriegshysterie ist untergegangen, dass es neben verbrecherischen imperialistischen ungerechten Kriegen auch gerechte Kriege gibt, die einen gesellschaftlichen Fortschritt mit sich bringen: Solche waren

zum Beispiel der US-amerikanische Unabhängigkeitskrieg gegen die englische Kolonialmacht, die von der Bourgeoisie selbst geführten Jakobinerkriege gegen die feudalen Mächte Europas, der US-amerikanische Bürgerkrieg gegen die Sklaverei, antikoloniale Kriege gegen die vollgefressenen sogenannten Großmächte, Befreiungskriege und Volkskriege wie die mexikanische Revolution und der Krieg der Völker Indiens.

Imperialismus bedeutet, dass eine ganz kleine Anzahl von Kapitalisten als Repräsentanten des sich akkumulierenden Industriekapitals ganze Industriezweige an sich gerissen, dass eine ganz kleine Anzahl von Großbanken als Repräsentanten des sich akkumulierenden Finanzkapitals selbst die freiesten Republiken in Finanzmonarchien verwandelt hat. Das Kapital ist international und monopolistisch geworden. Imperialismus bedeutet, dass die ganze Welt, die ganze arbeitende Menschheit durch ein Häuflein Menschen geknechtet ist, er bedeutet politische Reaktion auf der ganzen Linie, so dass es heute Marxisten-Leninisten sind, die den bürgerlichen Fortschritt gegen die mittlerweile durch und durch reaktionär gewordene Bourgeoisie historisch richtig einordnen. Diese muss jetzt im faulenden Alter ihre Jugendzeit regelrecht verdrängen.

Lenin sieht in imperialistischen Kriegen bei Einigkeit des unter Führung ihrer klassenbewusstesten, in einer marxistisch ausgerichteten Partei konzentrierten Elemente stehenden Proletariats, das politisch klassenkämpferisch im Bündnis mit den armen Bauern vorgeht, die Möglichkeit, den imperialistischen Krieg umzuwandeln in einen Bürgerkrieg, in dem in der Regel die formale Demokratie aufgehoben wird, für einen im Zeichen der Volksbewaffnung stehenden Sozialismus. Die Bolschewiki hatten die einzig richtige mit dem wissenschaftlichen Sozialismus übereinstimmende Losung: Umwandlung des imperialistischen Krieges in einen Bürgerkrieg zum *Sturz der Bourgeoisie, für den Sozialismus und für die Organisierung der sozialistischen Wirtschaft*. schon im Herbst 1914 ausgegeben. Auf diesen Erkenntnisfortschritt, dass der Hauptfeind im eigenen Land steht, arbeitete Lenin, wie in Deutschland auch Karl Liebknecht, unentwegt hin, alle seine Schriften gegen den imperialistischen Krieg sind Aufklärungsschriften. Das Proletariat und die arme Bauernschaft werden mit der Zeit erkennen, dass das imperialistische Vaterland nicht das ihrige ist. Schon im 'Kommunistischen Manifest' hatten Marx und Engels 1847 geschrieben, dass das Proletariat kein Vaterland habe,

man kann ihm nicht nehmen, was es nicht hat. (Vergleiche Karl Marx, Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, Werke, Band 4, Dietz Verlag Berlin, 1960,479). Die Oktoberrevolution, die man nicht losgelöst vom revolutionären Weltprozess analysieren kann, hatte dann gezeigt, dass der Bürgerkrieg zwischen den Roten und den Weißen ein Bürgerkrieg zwischen den Roten und dem Weltkapital war. Die Kleinbürger glaubten nicht an einen Sieg. Auf dem 9. Parteitag gab Lenin drei Gründe für den Sieg an: Das Entscheidendste war die eiserne Disziplin in der Partei. Dadurch gelang es dieser, dass sich Millionen *wie ein Mann* in Bewegung setzten. Die Lehre aus den Kriegsverläufen bestand für die Bolschewiki darin, dass sie ohne Disziplin und Zentralisation, das ist der zweite Grund, die Kriegsprobleme nicht hätten lösen können. Es ging ja nicht nur um die russische Revolution, sondern um eine Bürgerschaft für die proletarische Weltrevolution. Das alles sagte Lenin auf dem 9. Parteitag und er sagte auch, dass so Millionen und Abermillionen in Russland und auf der ganzen Welt zusammengefasst werden konnten. Der dritte Grund, warum die Revolution in einem rückständigen Land gegen die höchstentwickelten Industrieländer, gegen die stärksten Länder der Welt glückte, war die Selbstaufopferung. Russland war zwei Jahre nach dem Sturz des Zaren ein organisatorisch sehr wenig geschultes Land, aber unter der feudalen Hülle des Zarismus hatte der Kapitalismus die Arbeiterklasse zusammengeschweißt, je entwickelter das Land war, desto mehr waren die Arbeiter zusammengeschweißt. Nach Lenin stand die Tendenz im revolutionären Lager auf Zusammenschluss, im konterrevolutionären auf Entzweigung. Der sympathisierende Teil des Weltproletariats war für die Oktoberkämpferinnen und Oktoberkämpfer das, was der preußische Generalmajor Carl von Clausewitz eine gewichtige moralische Größe genannt hatte. Die Zahl der Sowjetanhänger wuchs während des Bürgerkrieges, militärische Waffen allein haben nicht den Bürgerkrieg gegen das Weltkapital entschieden. So entstand der Gegensatz der Kriegsparteien: Die Weißen auf einem unsoliden Sockel, entzweit, die Bolschewiki auf einer weltumspannenden Grundlage, die unendlich breiter war als die einer früheren Revolution, ein Bund, der nirgends registriert war, eine unsichtbare 'Commune'. Insbesondere hat dann der Vietnamkrieg gezeigt, welche Bedeutung die öffentliche Meinung für den Ausgang eines Krieges haben kann. Die Entzweigung ist der Konterrevolution wesensimmanent, sie ist ihr genuin eingewurzelt. Der kapitalistischen

Klassengesellschaft kann es nicht gelingen, eine Geschlossenheit des Volkes zu gestalten. Das Eigentum, das kapitalistische Eigentum, das Kleineigentum in der Warenproduktion entzweit. Es ist das Eigentum, das entzweit. Je mehr sich die Dinge entwickelten, desto mehr entzweiten sich die Feinde der Revolution. Der Völkerbund, der zeigte, wie sich die imperialistischen Staaten gegenseitig ein Bein stellten, liefert die beste Agitation für den Bolschewismus. Er gründete auf einen ganz unsoliden Sockel, das kapitalistische Eigentum. Berufsrevolutionäre siegten aus scheinbar aussichtsloser Lage, trotz eines an Hunger und Flecktyphus darbenden Proletariats über Berufskiller, die den Krieg zu ihrem Beruf gemacht und nur ihren Sold in den Köpfen hatten.

Besonderen Wert legte Lenin auf die historische Notwendigkeit des bewaffneten Aufstandes gegen die Bourgeoisie und ihrer stehenden Heere, den er als höchste Kunst betrachtete, dieser Aufstand sei hundertmal schwieriger als ein beliebiger Nationalkrieg. Eine revolutionäre Situation liegt dann vor, wenn die unteren Klassen nicht mehr in der bisherigen Weise leben wollen und sich dessen auch bewusstwerden, die oberen aber nicht mehr in der alten Weise leben und regieren können- erst dann kann die Revolution siegen. Alle Kriegsaktivitäten des Proletariats konzentrieren sich unter der Parole 'Auf zum letzten Gefecht – Die Internationale erkämpft das Menschenrecht!' - auf den bewaffneten Aufstand. Im internationalen Krieg gegen den Krieg, gegen den imperialistischen Krieg als dem letzten möglichen Krieg allein, kann die Menschheit und ihre Weltkultur gerettet werden.

Welches Interesse hat das internationale Proletariat am gegenwärtigen 'Krieg um die Ukraine'? Es hat sich vor allem gegen die Dollarimperialisten zu kehren, Lenin bezeichnete den US-Imperialismus bekanntlich auf dem VI. Sowjetkongress 1918 als vollgefressene Bestie, es hat vor allem das Interesse, die US-Barbaren, diese Knüppelträger der finstersten imperialistischen Macht auf Erden, die seit 1898 andere Länder ausplündern, die im ersten Weltkrieg zum Hauptfinanzier der kriegführenden Mächte in Europa wurden, die im zweiten Weltkrieg die kriegführenden europäischen Länder untereinander ausbluten ließen, vom europäischen Kontinent zu vertreiben, das heißt aber nicht, dass es einseitig Partei für die ebenfalls reaktionären Kriegstreiber, die mafiaähnlich organisierten KGB-KP-Oligarchen, die belegen, was für Bestien

der Revisionismus im 20. und 21. Jahrhundert aus Menschen gemacht hat, in Moskau ergreift, vielmehr zeigt uns Lenin, wie man die Spaltungen der Imperialisten und ihre Gegensätze untereinander ausnutzen kann zum Fortschritt für die proletarische Weltbewegung. Spaltungen ausnutzen auf der einen Seite *und auch Zusammenarbeit mit Klassenfeinden des Proletariats*.

Bei den gravierenden Spaltungen im Lager der Imperialisten darf nicht die Spaltung im Lager des Sozialismus übersehen werden, diese Spaltungen ziehen sich durch alle Länder, tragen einen universellen Charakter. In diesem Zusammenhang ist besonders auf den am 20. August 1918 geschriebenen und am 22. August 1918 in der Prawda veröffentlichten Brief an die amerikanischen Arbeiter zu verweisen. Es gibt zweierlei Übereinkommen mit der Bourgeoisie, ein Übereinkommen von Pseudosozialisten, um gegen die Arbeiter zu wirken und ein Übereinkommen zum Schutz der Arbeiter, die über ihre Bourgeoisie gesiegt haben, mit der Bourgeoisie einer Farbe gegen die Bourgeoisie mit einer anderen Farbe. Es gibt fagots et fagots, wie der Franzose sagt. Lenin bringt folgendes Beispiel: Als der deutsche Imperialismus seine Truppen 1918 gegen das wehrlose Russland warf, das seine Armee demobilisiert hatte, zögerte Lenin keinen Augenblick, mit einem französischen Monarchisten, dem Offizier de Lubersac, einem Sprengstoffexperten, zusammenzuarbeiten. Beide wollten wir uns eigentlich an die Gurgel, aber unsere Interessen fielen vorübergehend zusammen. Dadurch machten die Bolschewiki von der in jedem Krieg absolut gesetzmäßigen und obligatorischen Methode Gebrauch, zu manövrieren, zu laviere und sich schnell zurückzuziehen. Lenin erklärte sich ohne eine Sekunde zu schwanken auch bereit, ein Übereinkommen mit deutschen imperialistischen Räubern zu schließen, wenn das ein Angriff englischer oder französischer Truppen auf Russland erforderte.

Die maoistische Politsekte MLPD z. B. distanziert sich von allen drei imperialistischen Zentren: Washington, Moskau und Peking und behält sich eine reine proletarische Denkweise vor. Hegel sagte, dass Sekten eine "ekle Reinheit" eigen ist. Hätte Lenin auf diese ekle Reinheit bestanden, hätte er im April 1917 nicht den deutschen Generalstab, damals sicherlich eine der kriminellsten Vereinigungen der Welt, wenn nicht die verbrecherischste, ausgenutzt. Immerhin bezeichnet Lenin in seiner Rede über den Frieden am 26. Oktober (8. November) 1917 den imperialistischen Krieg als "das größte

Verbrechen an der Menschheit“ (Lenin, Schlusswort zur Rede über den Frieden, in: Werke in zwei Bänden, Band II, Berlin, 1955, Seite 257). Und doch arbeitete er zeitweilig mit deutschen Monarchisten zusammen, Stalin schloss mit Hitler einen Nichtangriffspakt und lieferte Rohstoffe in das germanische Reich.

Zum Schluss dieser Rede geht Lenin auf den Unterschied zwischen dem bürgerlichen Verständnis von polit-militärischer Stärke und dem proletarischen Verständnis dieser Stärke ein: “Nach bürgerlichen Begriffen kann dann von Stärke gesprochen werden, wenn die Massen den Befehlen der imperialistischen Regierungen gehorchen und blindlings zur Schlachtbank gehen. Die Bourgeoisie hält nur dann einen Staat für stark, wenn er mit der ganzen Macht des Regierungsapparates die Massen dorthin zu dirigieren vermag, wohin es die bürgerlichen Machthaber wollen. Unser Begriff von Stärke ist ein anderer. Nach unseren Begriffen ist es die Bewusstheit der Massen, die den Staat stark machen. Er ist dann stark, wenn die Massen alles wissen, über alles urteilen können und alles bewusst tun.“ (a.a.O.,263).

Das ist ein Satz, der als Schlusswort bestens passen würde, aber die Eigenheit des gegenwärtigen Krieges bringt es mit sich, dass noch auf die Thematik der Annexionen eingegangen werden muss. Einen Status quo kann durchaus verändert werden. Nicht jede Verletzung des Status quo ist nach Lenin eine Annexion, das zu glauben wäre nach Lenin reaktionär und verstieße gegen die Grundbegriffe der Geschichtswissenschaft. “Nicht jede Angliederung eines Landes durch Kriegsgewalt ist Annexion, denn die Sozialisten können nicht Gewaltanwendung und Kriege, die im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung geführt werden, grundsätzlich ablehnen.“ (Lenin, Vorschläge des Zentralkomitees der SDAPR an die zweite sozialistische Konferenz, Werke, Band 22, Seite 157ff.). Unter Annexion ist zu verstehen, dass ein Land gegen den Willen seiner Bewohner angegliedert wird. Im imperialistischen Krieg ist der Krieg von beiden Seiten ein annexionistischer. Es gibt hier eine eigentümliche Einheit zwischen der Bourgeoisie und den Sozialchauvinisten. Beide kämpfen zusammen gegen die annexionistischen Bestrebungen, aber nur gegen die der anderen Seite. Die Sozialchauvinisten erweisen sich als Annexionisten.

Lenin geht auch besonders auf den Pazifismus ein, der zwar wohl schmeckt, aber die Arbeiterklasse in die Irre schickt. Die Weltgeschichte hält nun einmal

keine leckeren Gerichte bereit, schon gar nicht für die armen Arbeiter und Bauern, die die imperialistische Habsucht und Geldgier auszubluten haben. Alle Imperialisten treten heute als Verteidiger des Friedens auf, aber imperialistische Regierungen sagen nicht alles, was sie denken. Hinter den weißen und reinen Friedensengeln bereiten die Imperialisten in den Dunkelkammern der Geheimdienste blutige und schmutzige Kriege vor. Den Pazifisten diktiert Lenin, dass derjenige, der sich nach einem ewigen Frieden sehnt, mit dem Bajonett gegen den Imperialismus kämpfen muss, er muss das Bajonett in den mit unheilvollsten Kriegen schwanger gehenden Mutterbauch des Imperialismus rammen. Durch den imperialistischen Weltkrieg hindurch gelangt man zum Weltfrieden. Und nicht einfach außen herum, wie es die Pazifisten erträumen. Der Krieg kann nicht dadurch beendet werden, dass die Soldaten der einen Seite die Waffen niederlegen. Und den revolutionären Sozialisten muss auch klar sein, dass der Krieg gegen die Kapitalisten, der Krieg zur Befreiung der Menschheit von der Lohnsklaverei, niemals ohne Terror, Verwüstung und Unmengen von Zerstörungen von statten gehen wird. Große Beachtung ist auch den Soldatenverbrüderungen zu schenken.

Wir hatten festgestellt, dass imperialistische Kriege die heute in der ganzen Welt vorherrschende internationale Politik des Finanzkapitals sind, dass sie seit 1914 zum Eckstein der gesamten Politik aller Länder des Erdballs geworden sind. *Sie ist für Dutzende von Millionen Menschen eine Frage von Leben und Tod.*“ (Lenin, Zum 4. Jahrestag der Oktoberrevolution, in: Lenin, Der Kampf um den Frieden, 1957,242). Wo liegt die Wurzel dieses auch 2022 gültigen Ecksteins der Weltpolitik? Lenin gibt uns die auch heute und in naher Zukunft richtige Antwort, wenn er vom imperialistischen Krieg spricht: “Der Krieg ist kein Widerspruch zu den Grundlagen des Privateigentums, sondern er ist das direkte und unvermeidliche Entwicklungsergebnis dieser Grundlagen. (Lenin, Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa, Ausgewählte Werke, Band 2, Berlin, 1955,753). Die Existenz des Privateigentums aber beruht auf der Konkurrenz der Arbeiter untereinander. Deshalb beendeten Marx und Engels ihr Kommunistisches Manifest mit dem Zuruf an die arbeitende Menschheit: **PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINGT EUCH!** (Karl Marx, Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, Werke, Band 4, Dietz Verlag Berlin, 1960,493).

Wir hatten gehört, dass es bereits 1922, 3 ½ Jahre nach dem Ende des Ersten Weltkrieges mit seinen Aber und Abermillionen Toten und Verstümmelten eine Konferenz gegen die Gefahr eines neuen Weltkrieges im holländischen Haag gab. Hee – was ist da los? Das Ende eines barbarischen Weltkrieges ist erst 3 ½ Jahre her!! 3 ½ Jahre hin, 3 ½ Jahre her, trotz des Versailler Friedens vom 28. Juni 1919, mit dem der erste Weltkrieg, der größtes Elend für die Völker und größten Verrat an der Arbeiterklasse seitens der Opportunisten offenbarte, offiziell endete, befinden wir uns immer noch im Tollhaus des Imperialismus, denn er war ein imperialistischer Frieden. Friede von Imperialisten beschlossen bedeutet, dass die Gefahr eines erneuten Eintretens eines Weltzustandes virulent bleibt, in dem Morden wieder die Hauptbeschäftigung der Proletarier aller kriegführenden Länder werden wird.

Ähnliches wiederholt sich nach dem zweiten Weltkrieg, der am 2. September 1945 mit der Kapitulation Japans endete. Aber 5 Jahre später, im Oktober 1950, wurde unter dem Decknamen Himmerod unter strengster Geheimhaltung von Adenauer angewiesen, im Kloster Himmerod in der Eifel eine Tagung mit Wehrmachtsoffizieren abzuhalten zwecks Wiederbewaffnung Westdeutschlands. Das Zisterzienserkloster Himmerod war 1135 von Bernhard von Clairveaux gegründet worden – wenn schon Konterrevolution, dann aber ordentlich! Es ist die historische Aufgabe der Arbeiterklasse und der fortschrittlichen Menschen in Deutschland, die Bundeswehr auf das zurückstauchen, was sie im Kern ist: Eine klösterliche Zwergmissgeburt. Ulrich de Maizière, Anfang April 1945 noch mit Hitler im Bunker unter der Reichskanzlei vor dem Kartentisch sitzend, war als Generalinspekteur von 1966 bis 1972 höchster Offizier der BRD, sein Sohn Thomas war deren reaktionärer Innen- und Heimatminister (2011 bis 2013) und Kriegsminister (2013 bis 2018), er war auch Innenminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramtes (2005 bis 2009)

Lenin hatte, wie wir anfangs in den Notizen für die sowjetische Delegation im Haag sahen, am 4. Dezember 1922 die Messlatte SEHR HOCH gelegt. Hier, bei der Kriegsfrage, darf es bei der Aufdeckung der Fehler keine Nachsicht geben. Man sollte, bevor man Vulgäres über den imperialistischen Krieg verbreitet, wie es jetzt in den Zeitungen der Gosse gang und gäbe ist, lieber drei-, viermal nachdenken, ehe das erste Wort fällt. Denn der Krieg ist nach Clausewitz ein Widerspruch in sich. Die sozialistische Bewegung hat

vielerorts bereits vor dem Imperialismus und der Reaktion kapituliert. Nicht nur die Rote Fahne der MLPD hat sich anscheinend der Lektüre Lenins friedenspolitischer Schriften versagt, nein, in diesem Punkt blamiert sich die *ganze* linke Presse. In der ganzen Kriegsberichterstattung über den Krieg um die Ukraine liegt z. B. in der Ausgabe der »Roten Fahne« vom 1. April 2022 der MLPD nicht ein einziger Bezug, kein einziges Zitat, kein einziger Hinweis auf Lenin vor, dem großen Lehrer der internationalen Arbeiterklasse. Lenin hatte eben am 4. Dezember 1922 völlig Recht, dass sich die *ganze* kommunistische Presse blamiere.

Bekannt ist das Wort des antiken Materialisten Heraklit, der Krieg sei der Vater aller Dinge, aber er sagt noch Tieferes: *Der Krieg führe die Menschen zusammen*. Also sich hassende Menschen kommen nach Heraklit durch Krieg zusammen, er erfordert, Disparates als einen Vollzug zu denken. Er folgt im Großen Gesetzmäßigkeiten (Plan, Strategie, Taktik), im Einzelnen ist er glitschig und entwickelt hier Eigendynamiken gegen sich selbst. Er kann den Händen des Generals entgleiten, mag dieser auch noch so gut seine Gesetze kennen und beherrschen und reziprok denken können. Wie Lenin 1906 in seiner Schrift über den Partisanenkrieg sagt: Der Krieg ist eine kunterbunte Sache, da darf man nicht mit einer Schablone herangehen. (Vergleiche Lenin, Über den Partisanenkrieg, Werke, Band 11, Dietz Verlag, Berlin, 1960,202ff.). Die in bürgerlichen Kreisen demagogisch als Totalitarismusforscherin gehandelte Hannah Arendt ist auf die Einheit hereingefallen, als ob beide das gleiche Ziel verfolgten. Der Faschismus intendierte indessen eine rassistisch begründete Weltherrschaft, der Kommunismus eine Welt ohne politische Herrschaft.

Im zweiten Weltkrieg verhielten sich die anglo-amerikanischen Achsenmächte zunächst abwartend, damit den beiden angeblich totalitären Staaten Europas gegenseitig das Blut ausgehe, eine Politik, die in London im Salon der Lady Astor ausgeheckt worden war. Arendt war also nicht die erste, die Schirmherrschaft über die Totalitarismustheorie kommt Lady Astor zu. Die Imperialisten verpassten den Einsatz zum Wettlauf nach Berlin. So zählebig hatten sie der Sowjetunion die Eröffnung einer zweiten Front im Westen verweigert, so sehr waren sie von der Stärke des Faschismus angetan, dass sie den raschen Vormarsch der Roten Armee nach Westen nicht angemessen deuteten. Sie kamen zu spät.

Arendt vor allem zeigt, dass einseitiges Denken der Seele des Krieges zuwiderläuft, ja dass einseitiges Denken überhaupt keine wissenschaftlichen Ergebnisse zeitigt bzw. zeitigen kann. Schon der alte chinesische General und Kriegsfilosoph Sunsi hatte die wissenschaftliche Wahrheit des Krieges formuliert: ‘Erkenne Dich selbst, und erkenne den Feind, hundert Schlachten ohne Schlappe‘.

Auch in dem aktuellen Krieg wird eine fehlerhafte Totalitätstheorie verzapft. Die Sache wird nämlich so dargestellt, als befinde sich auf russischem Territorium ein finster-totalitärer Staat, in der Ukraine aber werde die saubere Fahne der europäischen Demokratie hochgehalten. Die europäischen Republiken sind im Grunde Finanzmonarchien. Einem im September 2021 publizierten Bericht des Europäischen Rechnungshofes über die Lage in der Ukraine ist zu entnehmen, dass in diesem Land die Oligarchen und die Korruption herrschen. Also wird ein einseitiges Studium des Sozialismus/Kommunismus und ein einseitiges Studium des Imperialismus wenig Früchte tragen. Es erstaunt immer wieder, auf Menschen zu treffen, die sich für Kommunisten halten, aber die noch nie etwas vom ‘Taschenbuch für Wehrausbildung‘ der Bundeswehr gehört haben, dass jeder Bundeswehrsoldat in “seiner“ Kaserne ausgehändigt bekommt. Dieses reaktionäre Machwerk unter Federführung von Admiral Stockfisch kann nicht zur Primärliteratur gezählt werden, aber auf der Liste der Sekundärliteratur gehört es mit nach ganz oben.

Die Politik erweist heute, dass die imperialistischen Mächte alle Weichen mit knallharter militärischer Positionierung bereits auf einen dritten Weltkrieg gestellt haben und dass die nichtproletarische, kleinbürgerliche Linke sich einbildet, durch politisches und diplomatisches Gebaren, durch Politisieren, Demos, Reden, Überzeugungsarbeit, Zeitungsartikeln und Pappschwertern die Weichen im beizubehaltenden imperialistischen Weltsystem auf Frieden zurückzulenken, also die Imperialisten, die objektiv zur Kriegführung verdammt sind, durch Gedanken, die durch ihren Kopf hindurchgehen sollen, überzeugen zu können. Das Gegenteil ist der Fall, die Soldatenstiefel, die die Weichen in Kriegsposition festhalten, nehmen doch vor aller Augen zu. Es steht somit die irrige These im Raum, dass ein imperialistischer, verbrecherischer Krieg wie zurzeit in der Ukraine bei Beibehaltung des Imperialismus einen ehrlichen, demokratischen Frieden hervorbringen könne.

Das ist der große Volksbetrug, der heute begangen wird, als ob zum Völkermord fähige Verbrecher einen nichtimperialistischen Frieden herbeiführen können, der keinen Keim zukünftiger Kriege in sich trägt. Es ist ja gerade die Demagogie kleinbürgerlicher und bürgerlicher Minister, pazifistischer Bourgeois, Sozialchauvinisten und linker Sozialdemokraten, die über Vermittlung durch Chinas Xi einen Frieden im imperialistischen Krieg in Aussicht stellen, der kein imperialistischer Friede sei, der zugleich die politische und ökonomische Lage der Massen verbessere. Aus der Hölle des imperialistischen Krieges gibt es keinen anderen Ausweg als die proletarische Revolution, alles andere bedeutet imperialistische Sklaverei, also keinen anderen Weg als die Abschaffung des Privateigentums der Ausbeuter, denn der imperialistische Krieg ist ja gerade die direkte Verlängerung des Privateigentums, das aufzuheben nur die Kommunisten anstreben. Für Lenin gibt es keine ausweglose Situation, Kommunisten brauchen nicht zu jammern. Hier haben wir das Schibboleth, an dem sich die falschen und wahren Freunde des Volkes, die offenen und verkappten Kriegsbesessenen und die Freunde des Weltfriedens scheiden. Schon diese ganze Konstellation deutet an, dass alle großen Fragen in der Geschichte nicht ohne Gewalt gelöst werden, denn die Imperialisten sind bis an die Zähne bewaffnet und kein Pazifist wird durch schönes Reden die im tiefsten Mark sitzenden Gene der Profitbesessenheit aus den Feinden der Völker herausreißen.

Es gibt heute in der BRD eine bürgerliche Verschwörung des Schweigens, der bürgerliche Hauptkriegstreiber im eigenen Land, der Hauptfeind unseres Volkes, verschwindet in einer Dunkelkammer, dieser wird in Schweigen gehüllt. Und so würde unserem Volk der imperialistische Krieg auf ewig anhaften. Die marxistisch-leninistische Theorie ist die Lichtquelle, um die Insassen der Dunkelkammer erkennbar zu machen und revolutionäre Volksmassen werden sie ans Tageslicht zerren. Dabei ist nicht auszuschließen, dass die Volksmassen von ihrem revolutionären Standrecht Gebrauch machen werden.

Der Ukraine-Krieg und die Differenzen in der kommunistischen Bewegung

Leander Michel: Um was kämpft Russland in der Ukraine?

Die russische Intervention in den ukrainischen Bürgerkrieg rief durch die Medien gesteuerte Reaktionen hervor. Seit 2014 schwelt der Bürgerkrieg bereits – aber acht Jahre lang interessierte das kaum jemanden in Deutschland. Das Leid der Zivilbevölkerung im Donbass wurde genauso ignoriert, wie die negativen Folgen des Bürgerkriegs auf die ukrainische Wirtschaft. Der alte Trick, die Deutschen mit „Der Russe kommt!“ aufzuscheuchen, funktioniert noch immer.

Es soll hier aber nicht um den konkreten Kriegsverlauf gehen, sondern um die Interessenfrage Russlands.

Putin kann man keineswegs als ehrlichen Antifaschisten bezeichnen, wie er sich selbst porträtiert¹⁵. Acht Jahre lang sah er von außen zu und intervenierte nicht. Außerdem attackierte er Lenin dafür, dass er angeblich die Ukraine „erschaffen“ hätte. „*Was das historische Schicksal Russlands und seiner Völker betrifft, waren Lenins Prinzipien der Staatsentwicklung nicht bloß ein Fehler; sie waren schlimmer als ein Fehler.*“¹⁶, behauptet Putin. Solche Behauptungen können wir nicht aus Opportunismus unwidersprochen im Raum stehen lassen.

Russland ist ein imperialistischer Staat. Einige Genossen wollen dieser Tatsache durch Mentalgymnastik aus dem Weg gehen, indem sie Lenins „Fünf-Punkte-Schablone“ zum Imperialismus anlegen und bei dessen Ausfüllung nicht ganz ehrlich sind. Wie etwa die CPGB-ML.

Zur Wiederholung: Lenins „Fünf Punkte“ lauten:

¹⁵ <http://en.kremlin.ru/events/president/news/67843> (Englisch)

¹⁶ <http://en.kremlin.ru/events/president/news/67828> (Englisch)

- „1. Konzentration der Produktion und des Kapitals, die eine so hohe Entwicklungsstufe erreicht hat, daß sie Monopole schafft, die im Wirtschaftsleben die entscheidende Rolle spielen;
2. Verschmelzung des Bankkapitals mit dem Industriekapital und Entstehung einer Finanzoligarchie auf der Basis dieses „Finanzkapitals“;
3. der Kapitalexport, zum Unterschied vom Warenexport, gewinnt besonders wichtige Bedeutung;
4. es bilden sich internationale monopolistische Kapitalistenverbände, die die Welt unter sich teilen, und
5. die territoriale Aufteilung der Erde unter die kapitalistischen Großmächte ist beendet.“¹⁷

Zu Punkt 1 schreibt die CPGB-ML: „Wo sind die russischen Monopole, die unsere Leben dominieren, heute?“

Zu Punkt 2 schreibt die CPGB-ML: „Russlands reichste Kapitalisten stecken hauptsächlich in der Industrie, nicht im Finanzwesen; nur eine der 100 größten Banken der Welt ist russisch, die staatseigene Sberbank.“

Zu Punkt 3 schreibt die CPGB-ML: „Russlands größte Exporte sind Rohmaterialien, nicht Kapital; wo sind die russischen Finanzkapitaltrusts und -monopole, die weltweit Arbeit ausbeuten und deren Wohlstand nach Russland transferieren?“

Zu Punkt 4 schreibt die CPGB-ML: „Solche Kartelle existieren, sie beinhalten aber keine russischen Monopole.“

Zu Punkt 5 schreibt die CPGB-ML: „Solch eine Aufteilung hat in der Tat stattgefunden, aber Russland war kein Teil der Aufteilung und erntet nicht die Ausbeute imperialistischer Dominanz und Kriege; in der Tat, sein Hauptverbrechen ist es, jene zu verteidigen, die gegen imperialistische Angriffe kämpfen (Syrien, die Ostukraine) und versucht, sein eigenes Gebiet von imperialistischer Dominanz und Superausbeutung freizuhalten.“¹⁸

Hat Lenin davon gesprochen, dass ein Land weltweite Dominanz ausüben müsste, um als imperialistisch zu gelten? So kommt es jedenfalls vor, wenn

¹⁷ „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ (Januar – Juni 1916)
In: W. I. Lenin „Werke“, Bd. 22, Dietz Verlag, Berlin 1971, S. 270/271.

¹⁸ <https://thecommunists.org/2022/04/11/news/theory/who-benefits-falsely-labelling-russia-imperialist-ukraine-war/> (Englisch)

man die Antworten der CPGB-ML liest. Lenin selbst betonte bei der Abfassung dieser „Schablone“, dass eine allzu kurze Definition zwar „bequem, aber unzulänglich“ sei¹⁹. Es ist also nicht nur so, dass die Beantwortung dieser Kriterien nicht ehrlich erfolgte, die schematische Anwendung dieser Kriterien an sich ist schon ein Fehler. Gehen wir dennoch die Punkte durch.

1.: Die CPGB-ML schreibt, als müssten die russischen Monopole weltweit dominieren. Gasprom und Rosneft, die russischen Ölkonzerne, wären als international agierende Konzerne zu nennen. Es kommt aber eher auf die Monopole innerhalb Russlands an, die ein imperialistisches Potential bilden. Auch sie gibt es²⁰. Die CPGB-ML bestreitet nicht einmal russische Monopolkonzerne, spielt deren Bedeutung aber herunter. Das ist in einer marxistischen Analyse nicht zulässig.

2. und 3.: Deutschland als Exportweltmeister hat auch mehr Waren- als Kapitalexport. Trotzdem wird keiner es wagen zu behaupten, dass die BRD kein imperialistisches Land sei. Geht man nach dem Bankkapital, so ist Russland mit der Sberbank unter den 100 größten Banken der Welt auf Platz 60 abgeschlagen. Andererseits erscheinen die westlichen Staaten aber vor den chinesischen Banken wiederum auch als Winzlinge²¹. Demnach könnte man sogar behaupten, dass der chinesische Imperialismus größer sei als der amerikanische, was nicht richtig wäre. Lenin sprach davon, dass der Kapitalexport im Vergleich zum Warenexport „besonders wichtige Bedeutung“ erlangen müsste und NICHT, dass der Kapitalexport zu dominieren hätte, wie die CPGB-ML behauptet. Der Sachverhalt ist also komplizierter, als die CPGB-ML es darstellt.

4.: Da die CPGB-ML China ebenfalls nicht als imperialistisch charakterisieren will, erscheint ihr die Blockbildung von China und Russland

¹⁹ Vgl. „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ (Januar – Juni 1916) In: W. I. Lenin „Werke“, Bd. 22, Dietz Verlag, Berlin 1971, S. 270.

²⁰ https://newpol.org/issue_post/russian-imperialism-and-its-monopolies/ (Englisch) Eine trotzkistische Analyse. Der Autor liefert aber einige wichtige Daten zu den russischen Monopolen.

²¹ https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_gr%C3%B6%C3%9Ften_Banken_der_Welt

seit 2001 als unverdächtig. Russische und chinesische Firmen bilden zusammen Monopolverbände, um sich gegen den US-Imperialismus zu behaupten. Es erscheint so, als gäbe es für die CPGB-ML nur den US-Imperialismus und sein NATO-Anhängsel, während der Rest der Welt sich davor in Acht nehme. Das erinnert an Kautskys „Ultraimperialismus“-Theorie, nach dem die imperialistischen Staaten ab einem gewissen Punkt aufhören würden, sich untereinander zu bekämpfen und stattdessen den Rest der Welt gemeinsam ausbeuten würden²². Die westlichen Staaten bilden gewissermaßen die „Ultraimperialisten“ in den Augen der CPGB-ML, denn abgesehen von den NATO-Staaten scheint es ja keine imperialistischen Blöcke mehr zu geben. Daraus erklärt sich auch die außenpolitische Mentalgymnastik der CPGB-ML.

5.: Die CPGB-ML erkennt Syrien nicht als russische Semi-Kolonie an oder die Ukraine vor 2014. Sie geht sogar soweit zu behaupten, dass sich Russland (ein wohlgermerkt auch aus Sicht der CPGB-ML kapitalistisches Land) sich lediglich gegen ausländische imperialistische Einflüsse behaupten wolle. Die CPGB-ML kauft also Russland die selbstlose Propaganda ab. Dagegen gibt es aber aktuelle und historische Beispiele. Am 1. Mai 2022 wurde der russische Rubel im Gebiet Cherson eingeführt von der durch die russischen Truppen eingesetzte Zivilverwaltung²³. Es geht das Gerücht um, dass eine „Volksrepublik Cherson“ ausgerufen werden soll²⁴. Wenn Russland ein Land nicht ganz in seinem Einflussbereich halten kann, so scheint es, dass Russland aus diesem Land De-Facto-Regime versucht abzutrennen, wie es mit Transnistrien in Moldawien oder etwa mit Abchasien und Südossetien in Georgien geschehen ist während des Kriegs im Jahre 2008. Russland erschafft sich also Kleinkolonien, wenn es nicht schafft, das ganze Land zur (Semi-)Kolonie zu haben. Die Niederschlagung der Proteste in Kasachstan im Januar 2022 sind auch unter dem Aspekt zu betrachten, dass Kasachstan von Russland abhängig ist.

²² Vgl. Karl Kautsky „Zwei Schriften zum Umdenken“ In: (Hrsg.) Stefan Bollinger „Imperialismustheorien“, Promedia, Wien 2004, S. 121.

²³ <https://tass.com/economy/1444801> (Englisch)

²⁴ <https://www.handelsblatt.com/politik/international/ukraine-krieg-moskau-will-aus-cherson-dritte-unabhaengige-republik-machen-/28286522.html>

Abgesehen von diesen heutigen Tatsachen: Das zaristische Russland galt für Lenin als imperialistisch, obwohl es wirtschaftlich sehr rückständig war. Auch damals gab es welche, die Russland den imperialistischen Charakter absprachen. Solche nannte man damals Menschewiki.

Solche Fehleinschätzungen, wie bei der CPGB-ML, sind leider keine Einzelercheinungen. Die Imperialismusdebatte der KO brachte dieses Problem erst kürzlich zu Tage. Eine ganze Reihe von Diskussionsbeiträgen schätzt Russland als „nicht-imperialistisch, aber kapitalistisch“ ein. In einer Welt, in der es entweder imperialistische Zentren oder abhängige (Semi-)Kolonien gibt, ist das also eine Art Sonderstatus, der mehr auf emotionaler Bindung an Russland als Land beruht, als auf Fakten. In einem der Beiträge, die Russland nicht als imperialistisch sehen wollen, wird die Gefahr des US-Imperialismus aber richtig eingeschätzt: *„Trotz eines ökonomisch und militärisch aufstrebenden Chinas und eines militärisch starken Russlands sind die USA weiterhin die Nation, die der gesamten Welt ihre Politik diktieren kann.“*²⁵ Das Problem scheint darin zu liegen, dass der Begriff Imperialismus fixiert auf die USA und die NATO-Staaten angewendet wird, wobei auch für diese Länder keine Analyse angefertigt wird, genauso wie im Fall von Russland. Es wird also mit unüberprüften Schemata gearbeitet.

In einem Diskussionsbeitrag zur Debatte der KO schrieb Paul Oswald: *„Man könnte auch salopp formulieren, dass unsere Klassiker als tote Lehrsätze verstanden werden. Damit meine ich, dass aus den Klassikern die allgemeinsten begrifflichen Bestimmungen (z.B. Lenins fünf Kriterien zum Imperialismus) herangezogen werden und schablonenhaft auf alles angelegt werden.“*²⁶ Diese Kritik trifft genau ins Schwarze bei dem, was gerade von Genossen getan wird. *„Der Buchstabe tötet, aber der Geist macht lebendig.“*²⁷, sagte schon Paulus. Die „Fünf-Punkte-Schablone“ wurde angelegt, ohne die Gesamtlage zu betrachten. Statt in der Tiefe zu analysieren, tauchten eher Meinungsbeiträge und persönliche Wünsche auf, wie die Lage

²⁵ <https://kommunistische.org/diskussion-imperialismus/zum-defensivschlag-russlands-gegen-die-nato/>

²⁶ <https://kommunistische.org/diskussion-imperialismus/die-wissenschaftliche-analyse-nicht-ueber-bord-werfen/>

²⁷ 2. Korinther 3, 6.

zu sehen sei. Kurzum: Russland gilt als heilige Kuh. Da spielt offenbar mit rein, dass Russland und Sowjetunion in vielen Köpfen synonym verknüpft sind. Selbst dann, wie man sieht, wenn der russische Präsident Putin in Reden gegen Lenin hetzt. Scheinbar gibt es Genossen, denen am Putinismus mehr liegt als am Leninismus; sie schmeißen ihre eigenen Eier aus dem Nest, um Kuckuckseier in Empfang zu nehmen. Kritik an Russland muss sein, wo sie auf einer realen Einschätzung der Tatsachen beruht.

Ist Russland der „Superschurke“, weil es ein imperialistisches Land ist? Nein. Die drei Supermächte Amerika, China und Russland stehen sich gegenüber. China und Russland bilden einen Block gegen die USA mit den westlichen Ländern im Schlepptau. So wie sich die Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg mit den amerikanischen und britischen Imperialisten gegen die deutschen, italienischen und japanischen Imperialisten samt Anhang verbündete, sollten wir das auch tun gegen den US-Imperialismus. Wir dürfen den Klassenkampf innerhalb Chinas und Russlands nicht aus dem Auge verlieren gegen die herrschende Bourgeoisie. Es muss aber klar sein, dass vom US-Imperialismus und dessen NATO-Block die Hauptgefahr weltweit ausgeht.

Thanasis Spanidis lieferte in der KO-Debatte um den Imperialismus eine, aus meiner Sicht, zutreffende Analyse der Lage ab. Er analysierte, dass es sich um einen interimperialistischen Konflikt handelt, bei dem Russland bisher tendenziell in der Defensive gewesen ist. ...²⁸

Strategisch müssen die Genossen in der Ukraine anfangen zu kämpfen. Daran führt kein Weg vorbei. Dass Russland die Ukraine wieder in ihren Einflussbereich einverleibt ist das geringere Übel. Aber es ist und bleibt ein Übel! Der russische Imperialismus ist nicht „progressiver“ als der amerikanische, wenn es um die innenpolitische Lage der (Semi-)Kolonien geht. Einem ukrainischen Arbeiter kann es egal sein, ob er für das amerikanische oder das russische Kapital schuftet muss.

Wir dürfen zu keiner Zeit und unter keinen Umständen außer Acht lassen: Russland ist nicht antiimperialistisch, sondern lediglich ein Rivale des US-Imperialismus.

²⁸ Der Artikel ist von der offen-siv-Redaktion leicht bearbeitet und gekürzt worden.

Zeitung der Arbeit (PdA Österreichs): Abschluss des internationalen Treffens kommunistischer und Arbeiterparteien, 27.-29.10.2022

Havanna, 30. 10. 2022. Am Samstag traten erneut die Delegierten des Internationalen Treffens kommunistischer und Arbeiterparteien (IMCWP) zusammen. Sie setzten die Debatte und den Austausch fort. Nach dem Mittagessen wurden eine Abschlusserklärung und ein Aktionsplan diskutiert und beschlossen. Nach der Sitzung wurde gemeinsam bei Essen und kubanischer Musik ein erfolgreiches Treffen in Havanna gefeiert.

Zwischenimperialistische Widersprüche und Verfolgung

Die Kommunistische Partei Mexikos (PCM) erklärte zu Beginn ihres Beitrages ihre Solidarität mit allen unterdrückten und verfolgten kommunistischen Parteien, wie der Sozialistischen Bewegung Kasachstans, den Kommunistinnen und Kommunisten in der Ukraine, der Kommunistischen Partei Venezuelas und vielen anderen. Sie betonte zudem die Zuspitzung der innerimperialistischen Widersprüche auf der ganzen Welt. Diese Zuspitzung verschärft aber auch den Klassenkampf in allen Ländern. Die Aufgabe der kommunistischen und Arbeiterparteien ist es daher, den Kampf der Arbeiterklasse und der Völker zu organisieren.

Der Krieg in der Ukraine

Die Kommunistische Partei der Russischen Föderation (KPRF) berichtete in ihrem Beitrag davon, dass der Imperialismus immer wieder sogenannte Farbenrevolution kreiert, und faschistische Kräfte unterstützt, um die eigenen Interessen durchzusetzen. Die KPRF setzte damit fort, den russischen Angriff auf die Ukraine mit den Kriegen und Umstürzen, die vom EU/NATO-Block organisiert wurden, zu rechtfertigen. Sie begrüßte den russischen Angriff auf die Ukraine und verklärte ihn zur Hilfeleistung für die Bevölkerung der sogenannten Volksrepubliken von Donezk und Lugansk. Immerhin betonte die KPRF, dass sie keinen Pakt mit Putins Partei Einiges Russland geschlossen habe. Diese habe lediglich endlich erkannt, dass die fraglichen Teile der Ukraine als früherer Bestandteil der Sowjetunion eingegliedert werden sollten.

Im Anschluss sprach die Kommunistische Partei der Ukraine (KPU). Die KPU leitete damit ein, dass in der Ukraine die USA, die NATO und die EU den dritten Weltkrieg begonnen hätten. Die Ukraine sei zudem eine faschistische Diktatur. Die russische Militärintervention bezeichnete die KPU als nationalen Befreiungskrieg der sogenannten Volksrepubliken gegen den Faschismus. Es wurde die Freundschaft zu Lukaschenko und dessen Integrität betont. Die Partei, die gemeinsam mit der KPRF die russische Bourgeoisie und die Eingliederung ukrainischer Gebiete unterstützt, warnte zugleich davor, dass Polen und andere Nachbarländer ukrainisches Territorium annektieren wollen. Die KP der Ukraine attackierte außerdem auf äußerst respektlose Art und Weise die Kommunistische Partei Griechenlands (KKE) und alle 43 Parteien und über 60 Jugendorganisationen, die eine gemeinsame Erklärung gegen den imperialistischen Krieg in der Ukraine unterzeichnet haben.

Gegen einen NATO-Beitritt

Die Kommunistische Partei Schwedens (SKP) verurteilte als eine der unterzeichnenden Parteien den Angriff der KPU. Der Krieg ist ein Resultat der Zuspitzung der innerimperialistischen Widersprüche. Eines der Ergebnisse dieses imperialistischen Krieges für die schwedische Arbeiterklasse ist der Beitritt des Landes zur NATO. Die KP Schwedens ist die einzige Partei des Landes, die gegen den NATO-Beitritt auftritt und dagegen protestiert. Im Allgemeinen ist die Opposition gegen die NATO in Schweden sehr schwach und muss gestärkt werden. Die SKP betonte zudem die Notwendigkeit der Unabhängigkeit von sogenannten progressiven Kräften und Allianzen mit bürgerlichen Bewegungen und Parteien. Diese stehen am Ende des Tages einer revolutionären Agenda und damit auch dem Antiimperialismus im Wege.

Ein Lehrstück über Opportunismus und Respekt

Die Kommunistische Partei der Türkei (TKP) berichtete angesichts des respektlosen Angriffs der KPU von einem Erlebnis, das sie ungefähr im Jahr 2002 hatte. Damals begann die politische Karriere Erdogans. TKP-Generalsekretär Kemal Okuyan erzählte davon, wie er damals mit anderen

türkischen Linken in das EU-Parlament eingeladen wurde. Erdogan wurde auch von einigen der auf diesem Treffen vertretenen kommunistischen Parteien als Retter der türkischen Demokratie und der Menschenrechte, als Beschützer der Kurden gegenüber dem türkischen Militär dargestellt. Die imperialistische Allianz EU wurde von diesen kommunistischen Parteien dazu aufgefordert, mit Erdogan die Demokratie in der Türkei zu retten. Heute bezeichnen dieselben Parteien Erdogan als Kurdenschlächter und Totengräber der türkischen Demokratie. Wieder wird das imperialistische Bündnis EU dazu aufgefordert die türkische Demokratie zu retten.

Okuyan trat damals im EU-Parlament gegen Erdogan auf und erklärte, dass der einzige Ausweg der Sozialismus ist, so wie er es auch heute tut. Damals wie heute wird ihm von diesen Parteien erklärt, dass, bevor man über den Sozialismus sprechen könne, es Demokratie brauche. Die Türkei und Kuba haben enge Wirtschaftsbeziehungen. Er sei froh darüber, denn Kuba braucht jede Unterstützung, auch wenn er gegen Erdogan kämpft. Die Kommunistische Partei Kubas (PCC) habe in dieser Situation gezeigt, was Respekt bedeutet. Trotz der engen wirtschaftlichen Beziehungen Kubas mit der Türkei hat die PCC die TKP nie dazu aufgefordert, den Kampf gegen Erdogan einzustellen.

Standhaftigkeit trotz großen Drucks

Die Union der Kommunisten der Ukraine (SKU) verzichtete darauf, ihren eigentlich geplanten Beitrag vorzutragen. Sie verlas stattdessen eine Erklärung zum imperialistischen Krieg in der Ukraine. Trotz des offenen Übergehens der KPU und der KPRF auf die Seite der russischen Bourgeoisie und der Illegalisierung der SKU durch die ukrainische Regierung hielt diese daran fest, dass der Krieg in der Ukraine ein imperialistischer Krieg ist. Die Erklärung schloss damit, dass es die Aufgabe der kommunistischen Parteien ist, den imperialistischen Krieg in den revolutionären Krieg der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie umzuwandeln.

Der Volks- und Arbeiterwiderstand

Die Kommunistische Partei Venezuelas (PCV) legte die schwierige Situation in Venezuela dar. Auf der einen Seite ist das Land von umfassenden wirtschaftlichen Sanktionen durch die Europäische Union und die USA

betroffen. Andererseits attackiert die sozialdemokratische Regierung die sozialen und politischen Rechte der venezolanischen Arbeiterklasse. Die Regierung nutzt zudem den Wirtschaftskrieg gegen Russland dazu aus, mit dem US-Imperialismus zu einem Ausgleich zu kommen. In diesem Kontext betonte die PCV die Gefahren und Illusionen in der Region in sogenannte progressive Bewegungen. Diese werden über kurz oder lang sozialdemokratisiert, und anstatt Möglichkeiten in Richtung einer sozialistischen Umwälzung zu eröffnen, wird die Arbeiterklasse desillusioniert und frustriert. Die Lage der Partei ist momentan äußerst schwierig, sie ist massiven Angriffen durch die Regierung ausgesetzt. Nicht zum ersten Mal droht der KP Venezuelas eine Illegalisierung.

Den Abschluss des Austausches und der Debatte bildete der Beitrag der Kommunistischen Partei Vietnams. Die KPV berichtete von den Schwierigkeiten und Zielen der Partei, von ihrem Kampf gegen die Corona-Pandemie und dessen Einfluss auf das Wirtschaftswachstum.

Vereint im Kampf gegen Imperialismus und Kapitalismus!

In der abschließenden Sitzung wurden in Anwesenheit der Presse die zuvor diskutierte Abschlusserklärung und der Aktionsplan vorgestellt. Die Kommunistische Partei der Türkei stellte die Abschlusserklärung vor. Sie unterstreicht die Solidarität der kommunistischen und Arbeiterparteien mit Kuba, dem kubanischen Volk und ihrem Kampf gegen den US-Imperialismus und die kriminelle Blockade der Insel. Der Imperialismus schafft permanent eine ungerechte und instabile Weltordnung. Er intensiviert die Ausbeutung und verschlechtert die Lage der Arbeiterklasse und der Völker. Die Parteien erklären mit dem beschlossenen Aktionsplan den Kampf der Internationalen Kommunistischen Bewegung gemeinsam mit sozialen und Volksbewegungen gegen den Imperialismus zu verstärken.

Die Südafrikanische Kommunistische Partei (SACP) präsentierte anschließend den Aktionsplan. Darin sind unter anderem Aktivitäten in Solidarität mit dem kubanischen Volk enthalten. Es wird dazu aufgerufen, alle unterdrückte Völker in ihrem Kampf gegen den Imperialismus zu unterstützen, so in der Westsahara, in Palästina und vielen anderen Regionen

der Welt. Der Aktionsplan beinhaltet auch eine Intensivierung des Kampfes für den Frieden.

Abschließend sprach der Erste Sekretär der PCC und Präsident der Republik Kuba, Miguel Díaz-Canel, zu den anwesenden kommunistischen und Arbeiterparteien. Er eröffnete seine Rede damit, dass es die Aufgabe der kommunistischen und Arbeiterparteien ist, wie Marx und Engels bereits schrieben, die Unterdrückten und Ausgebeuteten zu mobilisieren. Die Kommunistische Partei Kubas hält trotz der Konterrevolution in den sozialistischen Staaten in Europa und dem Untergang der Sowjetunion am Aufbau des Sozialismus in Kuba fest.

Kuba hat über viele Jahrzehnte den Angriffen und der Blockade durch den Imperialismus standgehalten. Die Parteien wurden selbstverständlich nicht eingeladen, um zu predigen. Vielmehr sind sie eingeladen, die Erfahrungen der kubanischen Kommunistinnen und Kommunisten zu studieren und daraus zu lernen, die kubanischen Erfahrungen überhaupt kennenzulernen.

Díaz-Canel betonte die Rolle der kommunistischen Partei als Avantgarde der Arbeiterklasse beim Aufbau und der Entwicklung des Sozialismus in Kuba. Die Möglichkeit, eine Alternative zu schaffen, entspringt dabei nicht den Träumen. Ihre Quelle ist die Realität und ihre Entwicklung. Im sozialistischen Aufbau ist der Mensch Objekt und Subjekt zugleich, die selbst einen neuen sozialistischen Menschen und eine sozialistische Gesellschaft schaffen. Er unterstrich die Bedeutung des Kampfes gegen Individualismus und Sektierertum.

Der kubanische Präsident hob die Bedeutung des vom 22. Internationalen Treffen kommunistischer und Arbeiterparteien beschlossenen Aktionsplans hervor. Dieser ist nützlich für den Kampf gegen den Imperialismus als Hauptgefahr für die Arbeiterklasse und die Völker. Am Ende dieses Kampfes muss die revolutionäre Umwälzung in Richtung Sozialismus stehen. Dafür muss die Arbeiterklasse genauso wie die Studierenden, die Intellektuellen, die Künstlerinnen und Künstler, die Intelligenz, die Frauen und alle vom Kapitalismus unterdrückten Volksschichten gewonnen werden.

22. IMCWP²⁹ in Havanna, Kuba, 27.-29.10.2022: Beitrag der Sozialistischen Bewegung Kasachstans (SMK)³⁰

Wir begrüßen die Teilnehmer des Treffens und danken der Kommunistischen Partei Kubas für die Einladung zu dieser Veranstaltung. Auch wir unterstützen den gerechten Kampf des heldenhaften Volkes von Kuba!

Unserer Meinung nach schlägt jetzt in der Tat die Stunde der Wahrheit, in der es in der Frage von Krieg und Frieden eine grundlegende ideologische Spaltung in der internationalen kommunistischen Bewegung gibt. Da die USA ihre Position verlieren und mit allen Mitteln versuchen, ihre Hegemonie in der Welt aufrechtzuerhalten, stehen die Völker erneut vor der Gefahr eines Dritten Weltkriegs.

Wir sind der Ansicht, dass in der Situation, in der die Sowjetunion und das sozialistische Lager nach den konterrevolutionären Prozessen verschwunden sind, der gegenwärtige Kampf rein imperialistischer Natur ist und auf die Neuaufteilung der Einflussphären, der Märkte und auf die Vorherrschaft im kapitalistischen Weltsystem abzielt. Daher müssen wir die gegenwärtige Konfrontation als einen Kampf um die Hegemonie zwischen den USA und China und anderen Akteuren betrachten und nicht als einen Kampf zwischen Kapitalismus und Sozialismus, wie einige versuchen, ihn darzustellen.

Dementsprechend sind alle Kriege in der Welt, einschließlich der Konflikte im postsowjetischen Raum, heute auf die Natur des kapitalistischen Systems zurückzuführen und können nicht als gerecht bezeichnet werden. In dieser Hinsicht können die kommunistischen und Arbeiterparteien in diesen Konflikten nicht die eine oder andere Seite einnehmen und den einen oder anderen Imperialismus unterstützen, indem sie ihm die Eigenschaften eines "fortschrittlicheren", national orientierten oder emanzipatorischen Imperialismus verleihen.

Es geht darum, die Unabhängigkeit der kommunistischen und Arbeiterbewegung zu erhalten, um ein Abgleiten in den Sozialchauvinismus zu verhindern, wie es mit den Parteien der Zweiten Internationale geschah, die

²⁹ International Meeting of Communist and Worker's Parties (solid.net)

³⁰ Quelle: <http://solidnet.org/article/22nd-IMCWP>

zu Beginn des Ersten Weltkriegs zusammenbrachen, weil sie ihre eigenen Regierungen unterstützten. Die Geschichte könnte sich auch in diesem Fall wiederholen, wenn eine Vielzahl kommunistischer, sozialistischer und linker Parteien versucht, das imperialistische Gemetzel im Interesse ihrer bürgerlichen Klassen und zur Erhaltung des kapitalistischen Systems zu rechtfertigen.

In einer Situation des Kampfes um die Aufrechterhaltung der Vorherrschaft ist der amerikanische Imperialismus natürlich selbst aktiv an der Auslösung lokaler Kriege beteiligt und schafft immer mehr Bedrohungen, auch im ehemaligen sowjetischen Zentralasien. Selbstverständlich kämpfen wir unsererseits aktiv gegen die Versuche der NATO, nach Osten vorzudringen. So haben wir uns gegen das Abkommen von 2018 über die militärische Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten ausgesprochen, das Präsident Nasarbajew bereits unterzeichnet hat und das den Bau einer US-Militärbasis an der Küste des Kaspischen Meeres ermöglicht.

Vor zwei Jahren haben wir zusammen mit drei anderen Parteien des Solid-Netztes die internationale Koalition für das Verbot biologischer Waffen und für die Schließung der biologischen Militärlabors der USA gegründet. Allein in Kasachstan gibt es sechs solcher Einrichtungen, und ein weiteres Hochsicherheitslabor mit einem unterirdischen Lager für die gefährlichsten Krankheitserreger aus aller Welt, darunter auch Fiebereerreger aus Lateinamerika, ist im Bau. Alle diese Stützpunkte sind als US-Militärbasen zu betrachten, die eine Bedrohung für die lokale Bevölkerung sowie für die Nachbarn Russland und China darstellen.

Wir wenden uns auch gegen die Stärkung des neuen imperialistischen Blocks innerhalb der Organisation Türkischer Staaten, die im November letzten Jahres in Istanbul unter der Schirmherrschaft der Türkei gegründet wurde, einem NATO-Land, das nun seine wirtschaftliche und politische Expansion in Kasachstan, Usbekistan, Kirgisistan und Turkmenistan vorantreibt. Es wurden neue Abkommen über die militärische Zusammenarbeit und den Bau türkischer Waffenfabriken unterzeichnet, es werden gemeinsame Militärübungen durchgeführt und Offiziere an türkischen Universitäten nach NATO-Standards ausgebildet, um eine einheitliche „turanische“ (1) Armee zu schaffen.

Eine noch größere Gefahr geht jedoch vom Aufkommen des Pan-Turkismus und Pan-Islamismus in Kasachstan und der gesamten Region aus, der nationalistische Bewegungen, Russophobie und faschistische Organisationen stärkt, zumal in allen zentralasiatischen Republiken Ableger der türkischen Neo-Nazi-Organisation Graue Wölfe operieren.

Parallel dazu verfolgen die Regierung Kasachstans und andere Republiken der Region eine Politik der vollständigen Dekommunisierung und Rehabilitierung von Teilnehmern an antisowjetischen Aufständen und Angehörigen nationaler SS- und Wehrmachtseinheiten, die gegen die Sowjetunion gekämpft haben.

Wir möchten uns hiermit auch zur Verteidigung der Arbeiterproteste zu Wort melden, die Anfang Januar dieses Jahres in Kasachstan stattgefunden haben. In unserem Land gab es zum ersten Mal in der Situation des Verbots unabhängiger Gewerkschaften einen Generalstreik gegen ausländische Bergbauunternehmen. Die industrielle Arbeiterklasse war die treibende Kraft hinter diesen Demonstrationen und wurde von Menschen vor Ort - junge Binnenmigranten, Arbeitslose - unterstützt, die massenhaft zu Kundgebungen und Demonstrationen mit einer Reihe von sozialen Forderungen strömten.

Die Menschen erhoben sich gegen das kapitalistische System, das in Kasachstan in den letzten drei Jahrzehnten unter Führung von Nasarbajew, dem ehemaligen Ersten Sekretär der Kommunistischen Partei Kasachstans, eingeführt worden war. Nicht von ungefähr lobte Margaret Thatcher ihn einst und nannte ihn den besten Schüler ihrer postsowjetischen Präsidenten. Immerhin sind zwei Drittel der mineralgewinnenden Industrie und der Lagerstätten in die Hände amerikanischer, britischer und europäischer Unternehmen gefallen.

Bei diesen Massendemonstrationen, gegen die die Armee eingesetzt wurde und bei denen am Ende 10.000 Menschen verhaftet und 238 getötet wurden, kann man nicht von einer "Farbrevolution" sprechen. Bereits am 6. Januar unterstützte das US-Außenministerium das bestehende Regime in Kasachstan, ebenso wie die Behörden der Europäischen Union und die Staats- und Regierungschefs von Russland, China und der Türkei. Das heißt, es war eine echte Manifestation der bürgerlichen Klassensolidarität gegen die Massenbewegung der Arbeiter und des Volkes.

Die imperialistischen Akteure und die Rohstoffkonzerne hatten alle ein gemeinsames Interesse daran, den Status Quo und das derzeitige System mit dem amtierenden Präsidenten an der Spitze zu erhalten. Es kam zu einem seltenen Konsens zwischen den konkurrierenden Zentren, um die Stabilität des kapitalistischen Systems insgesamt zu gewährleisten und insbesondere den ungehinderten Zugang zu den Rohstoffen der Region zu erhalten. Die Entsendung von OVKS-Truppen (2) dient lediglich dazu, diesen Zustand im Interesse der transnationalen Rohstoffunternehmen aufrechtzuerhalten.

Leider stellte sich heraus, dass eine Reihe kommunistische Parteien und "linke" Bewegungen in der Welt auf die Seite des politischen Regimes in Kasachstan übergingen, indem sie die Fiktion der "Farbrevolutionen" wiederholten und den Klassencharakter der Proteste völlig ignorierten. Damit verbreiten sie bürgerliche Propaganda.

Vor diesem Hintergrund wurde auf Initiative der Kommunistischen Partei Griechenlands und mit ihr verbundener Parteien eine Petition in Umlauf gebracht, die von mehr als vierzig kommunistischen und Arbeiterparteien unterstützt wurde und in der die Solidarität mit den kämpfenden Arbeitern und Massen Kasachstans zum Ausdruck gebracht wird, was ein echtes Beispiel für eine prinzipienfeste Klassenposition und marxistische Analyse ist. Damit haben die griechischen Kommunisten ein Beispiel dafür gegeben, wie wichtig die Unterstützung von Klassenaktionen ist.

Wir versuchen derzeit, unsere Aktivitäten zu legalisieren und unsere eigene Partei zu registrieren, da die letzte, älteste oppositionelle Kommunistische Partei Kasachstans 2015 durch eine Entscheidung des Obersten Gerichtshofs liquidiert wurde. Unsere Aufgabe ist es, die Gründung von Klassengewerkschaften zu unterstützen, ein revolutionäres Kampfprogramm zu entwickeln und den Arbeitern - den Volksschichten - zu zeigen, dass der Sozialismus die einzige Alternative ist, die ihren Interessen entspricht.

Anmerkungen:

(1) Anmerkung Übersetzer: (Nach Wikipedia) turanisch von Turanismus, Ideologie eines gemeinsamen Ursprungs der Turkvölker, Finno-Ugrier, Mongolen und mandschu-tungusischen Völker. Turan, Urheimat dieser „turaniden Rasse“ ; Turanismus, das Bestreben, diese Völker zu einer geistigen und kulturellen Einheit zusammenzufassen. Turanismus oder Pan-Turanismus werden häufig als Synonym

zum Begriff des Panturkismus verwendet. Beiden gemeinsam ist der Abstammungsmythos und der Wunsch nach kultureller oder politischer Einheit. Turanismus und Panturkismus sind Varianten des türkischen Nationalismus.

(2) Anmerkung Übersetzer: (Nach Wikipedia) OVKS = Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit, 2002 gegründetes und von Russland angeführtes Militärbündnis. Mitgliedsstaaten: Armenien, Weißrussland, Kasachstan, Kirgisistan, Russland, Tadschikistan. Neben Russland entsandten am 6. Januar 2022 auch Armenien, Weißrussland, Kirgisistan und Tadschikistan OVKS-Truppen nach Kasachstan

Menschenrecht und Völkerrecht – Bedeutungen und Verletzungen

Jürgen Geppert: Einige Aspekte zum Völkerrecht

Sehr oft wird sich heute im Umgang der Staaten untereinander auf das Völkerrecht bezogen. Gegenseitig werden sich Verstöße gegen dieses Recht vorgeworfen. Oftmals bekommt man den Eindruck, jeder verschiebt den Inhalt zu seinen Gunsten. Schauen wir uns nur einige Probleme in diesem Zusammenhang an.

Das Völkerrecht regelt die Beziehungen zwischen den Staaten auf der Grundlage der Gleichrangigkeit. Es ist eine überstaatliche, aus Prinzipien und Regeln bestehende Rechtsordnung.

Wichtigste Rechtsquellen des Völkerrechts sind die Charta der Vereinten Nationen und das in ihr niedergelegte allgemeine Gewaltverbot. Schon an dieser Stelle könnte man viele Beispiele aufzählen, die gegen dieses Gewaltverbot gerichtet sind. Es gilt auch für Staaten, die nicht Mitglied der vereinten Nationen sind. Verbindlich ist z.B. für jeden jedem Staat ist das **Verbot eines Angriffskrieges**. So einfach lässt sich diese Festlegung aber nicht darstellen. Es ist kompliziert. Darauf kommen wir noch zu sprechen. In der heutigen Völkerrechtsordnung, die sich insbesondere in der UN-Charta widerspiegelt, sind sämtliche Staaten gleichberechtigte Subjekte. Deshalb gilt grundsätzlich das Prinzip „Ein Staat, eine Stimme.“

Der wesentliche Unterschied zwischen dem Völkerrecht und dem innerstaatlichen Recht besteht im Fehlen eines zentralen Gesetzesorganes, einer umfassenden, hierarchisch strukturierten Gerichtsbarkeit und einer allzeit verfügbaren Exekutivgewalt zur einheitlichen Durchsetzung völkerrechtlicher Grundsätze.

Auch werden heute Resolutionen des Sicherheitsrates, als rechtsverbindlich akzeptiert. Die Mitgliedsstaaten im Sicherheitsrat verändern sich regelmäßig. Welche Staaten gehören 2022 zum **Sicherheitsrat**?

Da gibt es fünf ständigen Mitglieder. Das sind China, Frankreich, Großbritannien, Russland und die USA. Diese haben im Rat auch das Veto-Recht. Jedes einzelne Land der fünf kann mit seinem Veto jeden Beschluss des UN-Sicherheitsrats blockieren. Somit kann z.B. ein Land seine eigenen politischen Interessen über die Beschlüsse des Sicherheitsrates stellen. Weitere Mitglieder, die am 11. Juni 2021 gewählt wurden sind: fünf neue nichtständige Mitglieder des UN-Sicherheitsrats für die zwei-jährige Amtszeit 2022-2023: Albanien, Brasilien, Gabun, Ghana und die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE). Diese ersetzen Vietnam, St. Vincent und die Grenadinen, Estland, Niger und Tunesien, deren Amtszeit am 31. Dezember 2021 endete. Damit sind seit dem 1. Januar 2022 folgende zehn Staaten nichtständige Mitglieder des Sicherheitsrats: Albanien, Brasilien, Gabun, Ghana, Indien, Irland, Kenia, Mexiko, Norwegen und die VAE.

Zu beachten ist, dass Resolutionen der Generalversammlung der Vereinten Nationen und Abschlussberichte internationaler Konferenzen, hingegen keine allgemeinen Rechtsquellen im Völkerrecht darstellen. Es sind politische Empfehlungen und als solche völkerrechtlich nicht bindend.

Es gilt, völkerrechtliche Bestimmungen sind für alle Staaten gültig, unabhängig davon, ob sie zugestimmt haben oder nicht. Zu beachten ist, ob das jeweilige innerstaatliche Recht einen Umsetzungsakt verlangt oder nicht, der in der Regel mit der Ratifikation durch die jeweilige Regierung erfolgt. In Deutschland sind gemäß Art. 25 S. 1 Grundgesetz die allgemeinen Regeln des Völkerrecht unmittelbar verbindlich und stehen über den Gesetzen. Und auch hier steht die Frage nach der Praxis.

Der Deutsche Bundestag erstellte 2020 eine Dokumentation von Verstößen einzelner Staaten gegen das Völkerrecht seit 1990. Zu diesen Staaten gehören

China, Frankreich, Russland, Saudi-Arabien, Türkei, Vereinigtes Königreich, Vereinigte Staaten. Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International belegt auch Verstöße gegen das Völkerrecht, wie z.B. Einmischung in Angelegenheiten anderer Staaten, für Deutschland. Von den Vereinigten Staaten konnten nur wenige Verstöße registriert werden, da sie seit 1984 den Internationalen Gerichtshof nicht anerkennen. So bleiben z.B. Misshandlungen, Folterungen und andere Kriegsverbrechen in Afghanistan und anderen Staaten unbeachtet. Ein Beispiel dazu: 1987/88 erfolgten zwei Angriffe auf eine iranische Bohrplattform im Persischen Golf. Parallelen zur Gegenwart sind durchaus denkbar. Die USA sind an fast allen Kriegen seit 1945 beteiligt, bzw. haben diese ausgelöst. Diese Kriegsverbrechen bleiben bis heute ungesühnt. Der Nachfolger des Internationalen Gerichtshofes ist der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) im niederländischen Den Haag, der seit 2003 für die Verfolgung besonders schwerer Straftaten wie Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen zuständig ist. Er wird nur dann tätig, wenn die nationalen Strafverfolgungsbehörden nicht willens oder nicht in der Lage sind, entsprechende Verbrechen zu verfolgen. Einige Staaten lehnen den IStGH ab. So erkennen die USA, Russland und China die Legitimität des Gerichtshofs nicht an.

Einige Gedanken zum **Artikel 2 Absatz 4**. *Alle Mitglieder enthalten sich in ihren internationalen Beziehungen der Drohung mit Gewalt oder der Gewaltanwendung, die gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit irgendeines Staates gerichtet oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbar ist.*

Manlio Dinucci schrieb in einem Artikel in der II Manifesto (Italien) am 21. November 12018:

In der Zusammenfassung seines letzten strategischen Dokuments - 2018 National Defense Strategy of the United States of America (dessen gesamter Text geheim ist) - behauptet das Pentagon, dass "die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten nach dem Zweiten Weltkrieg eine freie und offene internationale Ordnung geschaffen haben, um die Freiheit des Volkes vor Aggression und Zwang zu schützen", aber dass "diese Ordnung derzeit von Russland und China untergraben wird, die gegen die Grundsätze und Regeln der internationalen Beziehungen verstoßen". Einer Schätzung der Toten durch Kriege in der Studie müssen wir eine nicht quantifizierte Zahl von Toten,

wahrscheinlich Hunderte von Millionen, hinzufügen, die von 1945 bis heute durch die indirekten Auswirkungen von Kriegen verursacht wurden - Hungersnot, Epidemien, Zwangsmigrationen, Sklaverei und Ausbeutung, Umweltschäden, Abzug von Ressourcen für lebenswichtige Bedürfnisse, um die Militärausgaben zu decken.

Es werden die Kriege und Staatsstriche der Vereinigten Staaten in 30 asiatischen, afrikanischen, europäischen und lateinamerikanischen Ländern dokumentiert. Daraus geht hervor, dass die US-Streitkräfte direkt für zwischen 10 und 15 Millionen Tote verantwortlich sind, die durch die großen Kriege verursacht wurden - die gegen Korea und Vietnam und die beiden Kriege gegen den Irak. Zwischen 10 und 14 Millionen weitere Tote wurden durch die Stellvertreterkriege der alliierten Streitkräfte verursacht, die von den USA in Afghanistan, Angola, Kongo, Sudan, Guatemala und anderen Ländern, ausgebildet und befehligt wurden.

Der Vietnamkrieg, der sich auf Kambodscha und Laos ausbreitete, verursachte eine Reihe von Todesfällen, die auf 7,8 Millionen geschätzt wurden (plus eine große Zahl von Verwundeten und genetischer Folgeschäden, die Generationen aufgrund des von US-Flugzeugen versprühten Dioxins betreffen).

Der Stellvertreterkrieg der 1980er Jahre in Afghanistan wurde von der CIA organisiert, die - in Zusammenarbeit mit Oussama ben Laden und Pakistan - mehr als 100.000 Mudschahedin ausgebildet und bewaffnet hatte, um die sowjetischen Truppen zu bekämpfen, die in die "afghanische Falle" gegangen waren (wie es später von Zbigniew Brzezinski beschrieben wurde, indem er erklärte, dass die Ausbildung der Mudschahedin im Juli 1979, fünf Monate vor der sowjetischen Intervention in Afghanistan, begonnen hatte).

Der blutigste Staatsstreich 1965 in Indonesien wurde von der CIA organisiert - sie übergab die Liste der ersten 5.000 Kommunisten und anderer zum Tode verurteilter Kommunisten an die indonesischen Todesschwadronen. Die Zahl der ermordeten Menschen wird auf 500.000 bis 3 Millionen geschätzt.

Das ist die "freie und offene internationale Ordnung", die die Vereinigten Staaten, auch heute noch weiterhin verfolgen, um "die Menschen vor Aggression und Zwang zu schützen". Nicht einer dieser Fälle wurde durch die UNO nach **Artikel 2 Absatz 4**. behandelt.

Heute wird Russland nach diesem Artikel von den USA und seinen Verbündeten beurteilt. Russland hat einen „brutalen Angriffskrieg“ gegen die Ukraine begonnen. Und alle weiteren Maßnahmen und Sanktionen der Gegner Russland beziehen sich auf diese Festlegung, auch durch die UNO. Russland ist in die Falle gegangen, die durch die USA und ihre Verbündeten gestellt wurde. Wie war das doch mit der Falle? Ja, laut UNO Charta ist der Kriegsbeginn durch Russland ein Angriffskrieg. Stehen in beiden Fällen wieder politische Ziele über dem Völkerrecht? Dazu braucht es keine weiteren Argumente.

Christine Melcher: Zur Menschenrechtssituation in den USA

Gesetz über Militärkommissionen

Der Eintrag im Jahresbericht 2007 basiert auf Vorkommnissen und Daten aus dem Jahr 2006

Im Juni erklärte der Oberste Gerichtshof der USA im Fall Hamdan gegen Rumsfeld die auf der Grundlage einer Präsidialverordnung vom November 2001 geschaffenen Militärkommissionen für ungesetzlich. Deren Zuständigkeit erstreckte sich auf Verfahren gegen Ausländer, die im «Krieg gegen den Terror» als «feindliche Kämpfer» festgesetzt worden waren. Die obersten Richter wiesen darüber hinaus eine Entscheidung des US-Präsidenten zurück, Häftlingen mit vermeintlichen Verbindungen zu den Taliban oder al-Qaida den Schutz des gemeinsamen Artikels 3 der vier Genfer Konventionen von 1949 zu versagen. Darin heißt es, dass in Situationen bewaffneter Konflikte Gefangene menschlich behandelt werden müssen und Anspruch auf einen fairen Prozess haben. Im September räumte Präsident George W. Bush die Existenz eines CIA-Programms geheimer Inhaftierungen ein, in dessen Rahmen einige im «Krieg gegen den Terror» festgenommene Personen ohne Kontakt zur Außenwelt in Gewahrsam gehalten und «alternativen» Verhörmethoden unterzogen worden sind. Präsident Bush betonte, durch das Urteil des Obersten Gerichtshofs sei dieses Geheimprogramm gefährdet.

Ende September verabschiedete der Kongress ein Gesetz über Militärkommissionen. Sollte es einer verfassungsrechtlichen Überprüfung

standhalten, wäre es US-amerikanischen Gerichten nicht mehr möglich, über Haftprüfungsanträge ausländischer Staatsbürger zu verhandeln, die sich innerhalb oder außerhalb der USA als «feindliche Kämpfe» in US-Gewahrsam befinden und die Rechtmäßigkeit ihrer Inhaftierung oder ihre Haftbedingungen anzufechten beabsichtigen. Am 14. Dezember wies ein Bundesrichter die Haftprüfungsklage des Guantánamo-Gefangenen Salim Ahmed Hamdan ab, der zu diesem Zeitpunkt bereits mehr als fünf Jahre ohne Prozess in US-Haft einsaß. Der Richter vertrat die Auffassung, das Gesetz über Militärkommissionen sei rückwirkend anzuwenden, und sprach dem Kläger mit dieser Begründung das Recht auf Haftprüfung ab. Darüber hinaus, so der Richter weiter, habe Salim Ahmed Hamdan als ausländischer und außerhalb US-amerikanischen Hoheitsgebiets inhaftierter Staatsbürger keinen per Verfassung geschützten Anspruch auf Haftprüfung.

Das vom Kongress verabschiedete Gesetz stattete Präsident Bush ferner mit der Befugnis aus, neue Militärkommissionen mit Zuständigkeit für Verfahren gegen Ausländer einzurichten, die als «ungesetzliche feindliche Kämpfer» in Haft gehalten werden. Unter diese Definition fielen auch Zivilisten, die fernab jedweden Kampfgeschehens gefangen genommen werden. Die neuen Kommissionen, deren Verfahrensordnung faire Prozesse kaum erwarten ließen, hatten Vollmacht, selbst die Todesstrafe zu verhängen.

Das Gesetz über Militärkommissionen enthielt darüber hinaus eine Bestimmung, die Gefangenen die Möglichkeit nahm, sich unter Berufung auf die Genfer Konventionen an die Gerichte zu wenden. Es schränkte zudem rückwirkend bis in das Jahr 1997 den Anwendungsbereich des US-Kriegsverbrechergesetzes ein, indem Verstöße gegen das im gemeinsamen Artikel 3 der Genfer Konventionen enthaltene Verbot unfairer Gerichtsverfahren und der »Beeinträchtigung der persönlichen Würde« – insbesondere in Form erniedrigender und entwürdigender Behandlung – nicht ausdrücklich als Straftatbestände definiert wurden. Bei einer Anhörung im Senat stimmten im Juli sechs ehemalige oder noch im Amt befindliche Militäranwälte darin überein, dass einige der von den USA im »Krieg gegen den Terror« praktizierte Verhörmethoden gegen den gemeinsamen Artikel 3 verstoßen haben.

«Außerordentliche Überstellungen» und geheime Haft

Im September gab Präsident Bush bekannt, dass 14 als «besonders wichtig» eingestufte Gefangene, die der CIA im Rahmen seines geheimen Inhaftierungsprogramms bis zu viereinhalb Jahre ohne Kontakt zur Außenwelt in Gewahrsam gehalten hatte, nach Guantánamo verlegt worden seien. Nach Einschätzung von amnesty international sind zumindest einige von ihnen Opfer des »Verschwindenlassens« geworden. Über Schicksal und Verbleib anderer Personen, die vom CIA ebenfalls in geheime Haft genommen worden waren, herrschte Ende 2006 weiterhin Ungewissheit.

Die Regierung strebte durch Einschaltung eines Bundesgerichts auf juristischem Wege an sicherzustellen, dass das Wissen der 14 aus geheimer Haft nach Guantánamo überstellten Gefangenen über das CIA-Programm nicht an die Öffentlichkeit dringt, beispielsweise keine Einzelheiten über die Standorte der geheimen Hafteinrichtungen oder über die angewandten Verhörmethoden bekannt gemacht werden dürfen.

Im Juni veröffentlichte der Ausschuss für Recht und Menschenrechte des Europarats einen Bericht über geheime Inhaftierungen und ungesetzliche Gefangenentransfers in Europa. Der auf eigenen Ermittlungen des Ausschusses basierende Bericht kam zu dem Ergebnis, dass die USA – die beim Europarat Beobachterstatus besitzen – «Hauptarchitekt» eines «verwerflichen» Systems geheimer Inhaftierungen und Überstellungen gewesen sind. Die Erkenntnisse des Ausschusses deckten sich mit denen von amnesty international, wonach in mehreren Fällen «außerordentliche Überstellungen» unter Beteiligung oder mit Hilfe von Mitgliedstaaten des Europarats stattgefunden haben. Der Ausschuss rief die USA und europäische Länder auf, derartigen Praktiken ein Ende zu setzen und unabhängige Ermittlungen zur Aufklärung der Vorgänge einzuleiten.

Guantánamo

Ende des Berichtszeitraums befanden sich nach wie vor mindestens rund 395 Gefangene aus etwa 30 Staaten auf dem US-Marinestützpunkt Guantánamo Bay ohne Anklage oder Gerichtsverfahren in Haft, einige von ihnen bereits seit annähernd fünf Jahren.

Im Februar veröffentlichte eine aus fünf UNO-Sachverständigen bestehende Kommission, der auch der Sonderberichterstatter über Folter angehörte, einen Untersuchungsbericht über die Zustände in Guantánamo, der mit der

Forderung schloss, das Gefangenenlager aufzulösen. Die UNO-Experten gelangten zu dem Schluss, dass gewisse Formen der Behandlung der Insassen, wie etwa Einzelhaft, übermäßige Gewaltanwendung und die auf brutale Weise vorgenommene Zwangsernährung von Häftlingen während eines Hungerstreiks den Tatbestand der Folter erfüllt hätten.

Der UNO-Ausschuss gegen Folter sprach sich im Mai ebenfalls für die Schließung von Guantánamo aus und betonte, die zeitlich unbefristete Inhaftierung von Menschen ohne Anklageerhebung stelle einen Verstoß gegen die UNO-Konvention zur Verhütung von Folter dar. Im Juli forderte der UNO-Menschenrechtsausschuss die Regierung in Washington auf sicherzustellen, dass ausnahmslos alle Guantánamo-Gefangenen «unverzüglich» die Möglichkeit erhalten, die Rechtmäßigkeit ihrer Inhaftierung gerichtlich anzufechten.

Im Juni kamen in Guantánamo drei Insassen ums Leben. Allem Anschein nach war jeweils Selbstmord die Todesursache. Bei einem der Verstorbenen handelte es sich um Abdullah Yahia al-Zahrani, der zum Zeitpunkt seiner Festnahme Berichten zufolge erst 17 Jahre alt gewesen war. Der Tod der drei Gefangenen verstärkte Befürchtungen, dass die Praxis der unbefristeten Inhaftierung bei den Betroffenen schwere psychische Belastungen zur Folge hat.

Inhaftierungen in Afghanistan und Irak

Auf dem US-Luftwaffenstützpunkt im afghanischen Bagram befanden sich Hunderte Menschen ohne Anklageerhebung oder Gerichtsverfahren in Haft, denen keine Möglichkeit gegeben wurde, mit juristischen Schritten gegen ihren Freiheitsentzug vorzugehen. Einige der Gefangenen waren bereits mehr als zwei Jahre inhaftiert, ohne dass sie zu ihren Familien oder zu Rechtsanwälten hatten Kontakt aufnehmen oder Gerichte hatten anrufen dürfen. Im November erklärten die US-Behörden, möglicherweise würde «eine beträchtliche Anzahl» der in Bagram einsitzenden afghanischen Staatsbürger innerhalb eines Jahres in den Gewahrsam der afghanischen Verwaltung überstellt. Einige andere Afghanen und ausländische Staatsangehörige, so die Verlautbarung, würden hingegen entweder in Bagram verbleiben oder nach Guantánamo verbracht werden.

Im Irak hielten die US-Truppen ebenfalls Tausende Menschen in Gewahrsam, unter ihnen mehrere hundert «Sicherheitshäftlinge», die bereits vor Juni 2004, dem Amtsantritt der irakischen Übergangsregierung, festgenommen worden waren. Für diese Gruppe von Gefangenen existierten keine förmlichen Haftprüfungsmechanismen. Anders verhielt es sich bei Personen, deren Festnahme nach Juni 2004 erfolgt war. In ihren Fällen fand eine erstmalige Haftprüfung – oftmals in Abwesenheit der Betroffenen – durch einen Richter statt, anschließend beriet ein nicht der Justiz zugehöriges Gremium in halbjährlichen Abständen über die Fortdauer ihres Freiheitsentzugs.

Ungesetzliche Tötungen durch US-Truppen im Ausland

Aus dem Irak wurden mehrere Vorfälle bekannt, bei denen US-Soldaten Zivilisten extralegal hingerichtet oder auf ungesetzliche Weise getötet haben sollen.

Im November bekannte sich ein Soldat vor einem Militärgericht schuldig, im März in der Ortschaft Mahmudiya eine 14 Jahre junge Irakerin vergewaltigt und sie zusammen mit drei ihrer Familienangehörigen ermordet zu haben. Der Täter wurde zu lebenslanger Haft verurteilt. Im Zusammenhang mit dem Fall standen noch drei weitere Soldaten unter Anklage, denen außerdem zur Last gelegt wurde, die Leiche des Mädchens verbrannt zu haben, um Beweisspuren zu vernichten. Gegen einen fünften mutmaßlich beteiligten Soldaten, der bereits vor Anklageerhebung wegen psychischer Störungen aus der Armee entlassen worden war, fand ein Verfahren vor einem Bundesgericht der US-amerikanischen Ziviljustiz statt. In dem Prozess plädierte er auf nicht schuldig.

Gegen acht weitere Soldaten erging Anklage, im April 2006 in der Stadt Hamdania den 52-jährigen Hashim Ibrahim Awad entführt und ermordet zu haben. Sie wurden konkret beschuldigt, den Mann aus seinem Haus gezerrt und ihn erschossen zu haben, während er gefesselt war. Vier der Soldaten bekannten sich im Sinne der Anklage schuldig und wurden zu Freiheitsentzug zwischen fünf und zehn Jahren verurteilt, die Strafen allerdings anschließend auf der Grundlage einer im Vorfeld getroffenen Vereinbarung auf zwölf bis 21 Monate Haft reduziert. Die übrigen Verfahren waren Ende des Berichtszeitraums noch anhängig.

Am 13. Januar starben in der Ortschaft Damadola Burkanday im Nordwesten Pakistans zwischen 13 und 18 Menschen, als drei Häuser des Dorfes von Raketen getroffen wurden. Unter den Opfern befanden sich auch fünf Kinder. Nach vorliegenden Meldungen hatte die US-Luftwaffe Hellfire-Raketen abgefeuert, deren eigentliches Ziel Ayman al-Zawahiri gewesen sein soll, der als führender Kopf des Netzwerks al-Qaida galt.

Inhaftierung «feindlicher Kämpfer» in den USA

Der aus Katar stammende Ali Saleh Kahlah al-Marri befand sich weiterhin ohne Anklage oder Gerichtsverfahren im Gewahrsam des US-Militärs in South Carolina in Isolationshaft. Er durfte bereits seit mehr als drei Jahren weder von seiner Familie besucht werden noch Telefonate führen. Im November beantragte die US-Regierung bei Gericht, die von dem Gefangenen gegen die Rechtmäßigkeit seiner Inhaftierung eingelegten Rechtsmittel abzuweisen. Begründet wurde der Antrag mit dem Hinweis darauf, dass gemäß dem Gesetz über Militärkommissionen die Bundesgerichte in diesem Fall keine Zuständigkeit mehr besäßen. Bis Ende des Berichtszeitraums war in der Sache noch kein Urteil ergangen.

Mit einer Eingabe vom Oktober versuchten die Rechtsanwälte des ehemals als «feindlicher Kämpfer» inhaftierten US-Amerikaners José Padilla die Abweisung der gegen ihren Mandanten anhängigen Strafanklagen zu erwirken. Als Begründung führten sie ins Feld, dass José Padilla während seiner mehr als dreijährigen Haft ohne Kontakt zur Außenwelt im Gewahrsam des US-Militärs gefoltert worden sei. Auch in diesem Verfahren stand eine Entscheidung Ende 2006 noch aus.

Folterungen und Misshandlungen

Es herrschte nach wie vor ein generelles Defizit, Rechenschaft und Verantwortung für im «Krieg gegen den Terror» verübte Folterungen und Misshandlungen einzufordern, unter anderem für Praktiken, die von führenden Vertretern der US-Administration als zulässige Verhörmethoden sanktioniert worden sind. Zwar mussten sich einige Soldaten zumeist unterer Dienstränge vor Militärgerichten für strafbares Verhalten während Auslandseinsätzen verantworten, bis Ende des Berichtszeitraums war jedoch noch gegen keinen US-amerikanischen Funktionsträger wegen Verstoßes gegen das für exterritoriale Gebiete geltende Antifoltergesetz der USA oder

das US-Kriegsverbrechergesetz Anklage erhoben worden. Der Uno-Ausschuss gegen Folter ebenso wie der UNO-Menschenrechtsausschuss äußerten sich kritisch über die augenfällige Nachsicht und die Straflosigkeit, derer sich Vertreter der US-Behörden im Allgemeinen gewiss sein konnten.

Bis Ende 2006 war nur ein einziger CIA-Mitarbeiter wegen im »Krieg gegen den Terror« begangener Straftaten vor Gericht gestellt worden. Es handelte sich um David Passaro, der im August für schuldig befunden wurde, während seiner Auftragstätigkeit für den CIA den afghanischen Gefangenen Abdul Wadi brutal geschlagen zu haben. Der Mann war 2003 in US-Militärgewahrsam in Afghanistan gestorben. In weiteren 19 Fällen mutmaßlicher Misshandlungen, für die Zivilpersonen oder CIA-Mitarbeiter verantwortlich gewesen sein sollen und die dem US-Justizministerium offiziell zur Kenntnis gebracht worden sind, war hingegen noch keine Anklageerhebung erfolgt.

Im September gab die Armee ein überarbeitetes Feldhandbuch heraus, das eine Bekräftigung des grundsätzlichen Verbots grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung von Gefangenen enthielt. In der Vergangenheit hatte die Regierung hingegen die Position vertreten, ein solches Verbot erstreckte sich nicht auf inhaftierte »ungesetzliche feindliche Kämpfer«. In dem Handbuch wurden zudem bestimmte Verhörpraktiken ausdrücklich untersagt, so beispielsweise sexuelle Erniedrigung, der Einsatz von Hunden, das Überstülpen von Kapuzen, Scheinhinrichtungen, das simulierte Ertränken (waterboarding) und der Entzug von Nahrung und Wasser. Die Vorschriften des Feldhandbuchs galten allerdings nicht für Verhöre durch CIA-Mitarbeiter, die außerhalb militärischer Einrichtungen stattfinden.

Am 6. Dezember wurde erstmals auf der Grundlage des oben genannten Antifoltergesetzes Anklage erhoben, und zwar gegen den auch als Charles Taylor Jr bekannten US-amerikanischen Staatsbürger Roy Belfast, Sohn des ehemaligen liberianischen Präsidenten Charles Taylor. Die Staatsanwaltschaft legte ihm zur Last, im Juli 2002 in der liberianischen Hauptstadt Monrovia an der Folterung eines Mannes beteiligt gewesen zu sein.

Misshandlungen in Gefängnissen und im Polizeigewahrsam

Erneut trafen Meldungen über Misshandlungen an Gefängnisinsassen und von der Polizei festgehaltenen Personen ein. Genannt wurden unter anderem die missbräuchliche Anwendung von Fixierungsmethoden und der Einsatz von Elektroschockwaffen. So kamen im Berichtszeitraum mehr als 70 Menschen ums Leben, denen mit Taserwaffen Stromstöße versetzt worden waren, womit sich die Zahl derartiger Todesfälle seit Einführung der Tasertechnologie im Jahr 2001 auf mehr als 230 erhöhte.

Das US-Justizministerium gab im Juni bekannt, dass das Nationale Institut für Justiz mit einer auf zwei Jahre angelegten Studie über den Zusammenhang von Tasereinsätzen und Todesfällen beauftragt worden sei. Derweil blieb in einer Vielzahl von Polizeidienststellen der Gebrauch von Taserwaffen selbst in Situationen zulässig, in denen keine Gefahr für Menschenleben besteht. Der UNO-Ausschuss gegen Folter richtete in diesem Zusammenhang den eindringlichen Appell an die US-amerikanischen Behörden, auf die Tasertechnologie ausschließlich als nichttödliche Alternative zu Schusswaffen zurückzugreifen.

Im August verstarb im Bezirksgefängnis von Arapahoe im Bundesstaat Colorado der Häftling Raul Gallegos-Reyes, nachdem ihm mit einer Taserwaffe mehrfach Stromstöße versetzt und er auf einem Stuhl mit Fesseln fixiert worden war. Das Wachpersonal hatte auf diese Weise versucht, den Gefangenen ruhig zu stellen, nachdem er in seiner Zelle randaliert und immer wieder mit dem Kopf gegen die Zellentür geschlagen hatte. Der amtliche Leichenbeschauer kam zu dem Ergebnis, dass «positionsbedingtes Ersticken» den Tod von Raul Gallegos-Reyes herbeigeführt hatte, verursacht durch die angewandten Fixierungsmaßnahmen. Seiner Einschätzung nach handelte es sich in diesem Fall um ein Tötungsdelikt.

In einer Klage vom Juli gegen das ebenfalls im Bundesstaat Colorado gelegene Bezirksgefängnis von Garfield wurde vorgebracht, dass dort einsitzende Häftlinge häufig auf eigens zu diesem Zwecke konstruierten Stühlen (restraint chairs) stundenlang in schmerzhaften Positionen gefesselt und fixiert worden seien, nachdem man ihnen mit Taserwaffen Stromstöße versetzt oder sie mit Pfefferspray besprüht hatte. Ferner soll das Wachpersonal Gefangene während der Fahrt zum Gericht verhöhnt und gedroht haben, ihnen durch die Aktivierung ferngesteuerter Elektroschockgürtel, die sie tragen mussten, Stromstöße zu verabreichen. In

der Haftanstalt fehlte es nach vorliegenden Meldungen an klaren Richtlinien für den Einsatz von Zwangsmitteln.

An die Adresse der Polizei richtete sich der Vorwurf, Angehörige sexueller Minderheiten misshandelt und gegen sie aufgrund ihrer sexuellen Orientierung verübte Straftaten nicht angemessen verfolgt zu haben.

Die transsexuelle Mariah López wurde Berichten zufolge nach ihrer Festnahme in New York von Beamten der dortigen Polizeibehörde und des Stadtgefängnisses verbal und körperlich misshandelt. Sie soll durch Schläge eine Nasenknochenfraktur, mehrere Schürfwunden und einen abgebrochenen Zahn davongetragen haben. Außerdem wurde sie erniedrigenden Leibesvisitationen unterzogen.

Die ebenfalls transsexuelle Christina Sforza wurde nach vorliegenden Meldungen in einem New Yorker Restaurant von einem Mann tätlich angegriffen. Als herbeigerufene Polizisten am Ort des Geschehens eintrafen, weigerten sie sich, die Anzeige gegen den Täter zu Protokoll zu nehmen, und setzten stattdessen Christina Sforza fest. Gegen sie erging Anklage wegen Körperverletzung, die aber später wieder fallen gelassen wurde.

Hochsicherheitsgefängnisse

In den Hochsicherheitsgefängnissen des Landes wurden Tausende Menschen über lange Zeiträume hinweg in Isolationshaft gehalten. Die Bedingungen, unter denen sie einsaßen, kamen bisweilen grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung gleich.

Im November beanstandete ein Bundesberufungsgericht die Bedingungen, unter denen in einem Hochsicherheitsgefängnis in Wisconsin Häftlinge im Rahmen eines »Verhaltensmodifikationsprogramms« festgehalten wurden, als verfassungswidrig. Das Gericht reagierte damit auf eine zugunsten eines Insassen eingereichte Klage, der im Jahr 2002 an diesem Programm hatte teilnehmen müssen. In der Klage war vorgebracht worden, der Mann sei ohne Kleidung und Bettzeug in eine kleine, kahle Zelle gesperrt und ausschließlich mit Brei ernährt worden. Seine geistige Gesundheit habe unter dieser Behandlung schweren Schaden genommen. Der Fall wurde zur Feststellung des teilweise strittigen Sachverhalts an ein vorinstanzliches Gericht verwiesen.

Frauen in Haft

Im Mai verabschiedete Vermont als letzter der 50 US-Bundesstaaten ein Gesetz zum Schutz weiblicher Gefangener vor sexuellem Missbrauch durch das Wachpersonal, indem sexuelle Kontakte zwischen Insassen und Strafvollzugsbediensteten grundsätzlich unter Strafe gestellt wurden. Dessen ungeachtet waren inhaftierte Frauen in den USA vielfach auch weiterhin von Übergriffen bedroht, weil es männlichen Aufsehern erlaubt blieb, weibliche Gefangene durch Abtasten zu durchsuchen und sie in ihren Zellen bei der Körperpflege oder dem Kleiderwechsel zu beobachten. Entgegen internationalen Standards war es zudem in den meisten Bundesstaaten gestattet, dass männliche Vollzugsbeamte unbeaufsichtigt Zutritt zu Frauengefängnissen erhalten.

Die Strafvollzugsbehörden des Bundes und von 23 Einzelstaaten ließen es zu, Frauen während der Arbeit anzuketten, eine Praxis, die amnesty international als unmenschlich und erniedrigend ablehnt und von der eine Gefahr für die Gesundheit Schwangerer oder deren ungeborener Kinder ausgehen könnte.

Gewaltlose politische Gefangene

Katherine Jashinski, eine Angehörige der Nationalgarde der US-Armee, musste einen Monat in Haft zubringen, nachdem sie im Mai zu 120 Tagen Freiheitsentzug verurteilt worden war, weil sie aus Gewissensgründen ihren Einsatz in Afghanistan verweigert hatte.

Kevin Benderman, ein Unteroffizier der US-Armee, kam im August aus dem Gefängnis frei, nachdem er zwölf Monate einer 15-monatigen Haftstrafe abgesessen hatte. Er war zu der Strafe verurteilt worden, weil er als überzeugter Gegner des Krieges im Irak seinem Einsatzbefehl dorthin nicht nachgekommen war.

Ende 2006 mussten noch mehrere andere Soldaten, die den Irakkrieg ablehnten und sich ihrer Stationierung im Irak widersetzen, mit strafrechtlichen Schritten rechnen.

Todesstrafe

Im Berichtszeitraum wurden in 14 US-Bundesstaaten insgesamt 53 Menschen hingerichtet. Damit erhöhte sich die Zahl der seit der Wiederaufnahme von Exekutionen im Jahr 1977 vollstreckten Todesurteile auf 1057. Die Hinrichtungsrate war 2006 so niedrig wie schon seit zehn Jahren nicht mehr, und auch die Zahl der verhängten Todesurteile deutete im Vergleich zur Situation Mitte der 1990er Jahre eine rückläufige Tendenz an. Gegen Hinrichtungen durch die Injektion tödlichen Giftes waren im Berichtszeitraum verfassungsrechtliche Klagen anhängig. Im Dezember wurde sowohl in Kalifornien als auch in Florida der Vollzug der Todesstrafe bis auf Weiteres ausgesetzt, nachdem es dort bei Hinrichtungen durch die Giftspritze zu schweren Pannen gekommen war. Im Jahr 2006 wurden erneut Menschen exekutiert, die unter erheblichen Störungen ihrer geistigen Gesundheit litten.

Am 17. Januar, einen Tag nach Erreichen seines 76. Geburtstages, starb in Kalifornien Clarence Allen durch Injektion eines tödlichen Giftes. Er hatte 23 Jahre im Todestrakt verbracht, war an den Rollstuhl gefesselt und fast vollständig erblindet. Außerdem litt er an Diabetes und einer Herzerkrankung. Im Jahr 2005 hatte Clarence Allen einen schweren Herzinfarkt nur knapp überlebt.

Im Bundesstaat Mississippi wurde am 18. Oktober Bobby Wilcher hingerichtet. Der Mann war mehr als zwei Jahrzehnte in einem für seine katastrophalen Zustände berüchtigten Todestrakt inhaftiert gewesen, in dem die Insassen so gut wie keine psychologische Betreuung erhielten, extrem isoliert untergebracht waren und ihre hygienischen Bedürfnisse grob vernachlässigt wurden. Bobby Wilcher galt als manisch-depressiv und psychisch schwer gestört, was sich unter anderem in mehreren Selbstmordversuchen widerspiegelte. Am 24. Mai beantragte er bei Gericht, alle ihm noch verbliebenen Rechtsmittel abzuweisen. Im Juli informierte Bobby Wilcher seinen Anwalt, dass er seine Meinung geändert habe, und unterzeichnete daraufhin zwei eidesstattliche Erklärungen, in denen er seinen Sinneswandel ausdrücklich kundtat. Alle Versuche, den vorherigen Rechtszustand des Gefangenen wiederherzustellen, scheiterten jedoch an den Gerichten.

Am 13. Dezember wurde in Florida nach mehr als 20 Jahren Haft im Todestrakt Angel Nieves Diaz per Giftspritze getötet, der stets seine Unschuld beteuert hatte. Die Hinrichtung fand ungeachtet der Tatsache statt, dass ein

Hauptzeuge, der während des Prozesses für die Anklagebehörde aufgetreten war, seine Aussage mittlerweile widerrufen hatte. Der Tod von Angel Diaz trat erst nach 34 Minuten ein, nachdem ihm eine zweite Dosis an Giftsubstanzen injiziert worden war. Zeugen gaben an, der Gefangene habe während der Hinrichtung mit schmerzverzerrtem Gesicht verzweifelt nach Luft gerungen.

Andere menschenrechtsrelevante Entwicklungen

Im September sprach ein Bundesrichter Daniel Strauss und Shanti Sellz von der Anklage frei, sich mit der Beförderung illegaler Ausländer strafbar gemacht zu haben. Die beiden hatten versucht, drei verletzten und von der Hitze völlig erschöpften mexikanischen Migranten ohne Papiere aus der Wüste von Arizona herauszuhelfen, damit sie medizinisch versorgt werden konnten.

Ende des Berichtszeitraums waren im Kongress mehrere Gesetzesinitiativen anhängig, die eine restriktivere Einwanderungspolitik zum Ziel hatten. Einer der Gesetzentwürfe sah beispielsweise vor, die Möglichkeit, Menschen im Schnellverfahren des Landes zu verweisen, auszuweiten. Im Oktober stimmte der Kongress einem Antrag zu, der die Bereitstellung finanzieller Mittel für den Bau eines befestigten Grenzzauns zwischen Mexiko und den USA über eine Länge von rund einem Drittel des gemeinsamen Grenzverlaufs beinhaltete.

Im Berichtsjahr appellierte amnesty international an die US-Regierung, den Ehefrauen der in den USA zu langjährigen Freiheitsstrafen verurteilten kubanischen Staatsbürgern René González und Gerardo Hernández ein Einreisevisum zu erteilen, damit sie ihre Männer im Gefängnis besuchen können.

UNO-Menschenrechtsausschuss und UNO-Ausschuss gegen Folter

Der UNO-Ausschuss gegen Folter und der UNO-Menschenrechtsausschuss unterbreiteten der Regierung in Washington im Mai beziehungsweise Juli eine Reihe von Empfehlungen. Sie riefen unter anderem dazu auf, die Praxis geheimer Inhaftierungen und des «Verschwindenlassens» von Menschen zu beenden und das Gefangenenlager Guantánamo zu schliessen. Das Antifolter-Komitee forderte von der US-Administration darüber hinaus,

grausame Verhörmethoden zu unterbinden sowie Vorwürfe über Folterungen oder Misshandlungen gründlich und umfassend zu untersuchen und dabei die Frage der Verantwortung ranghoher Regierungsvertreter nicht auszuspähen.

Auch innenpolitisch sahen beide Ausschüsse Handlungsbedarf in den USA. Sie verlangten, den Einsatz von Elektroschockwaffen strikt zu reglementieren, die Haftbedingungen in den Hochsicherheitsgefängnissen zu überprüfen, um grausame Behandlung von Insassen auszuschließen, und Maßnahmen zu ergreifen, die es verhindern, dass weibliche Gefangene Opfer sexuellen Missbrauchs werden. Eine weitere Forderung galt der Beendigung der Praxis, inhaftierte schwangere Frauen anzuketten. Der UNO-Menschenrechtsausschuss rief ferner dazu auf, ein Hinrichtungsmoratorium in Kraft zu setzen und die Verhängung lebenslanger Freiheitsstrafen gegen Minderjährige ohne die Möglichkeit ihrer vorzeitigen Haftentlassung zu verbieten. Der Ausschuss bemängelte, dass im Zusammenhang mit Hurrikan Katrina im August 2005 arme Bevölkerungsgruppen, insbesondere Afroamerikaner, bei den Rettungs- und Evakuierungseinsätzen benachteiligt worden seien und auch die Wiederaufbaupläne ihren Bedürfnissen nicht hinreichend Rechnung trügen. An die Regierung wurde eindringlich appelliert sicherzustellen, dass die Rechte aller Hurrikangeschädigten auf Wohnraum, Bildung und Gesundheitsfürsorge ohne Ansehen der Person respektiert werden.

Quelle: Amnesty International Schweizer Sektion (Berichtszeitraum 2007) Programm Media/Lobbying Speichergasse 33 CH - 3001 Bern

Am 31. Mai 2010 setzte die rechtsgerichtete israelische Regierung Soldaten ein, um in internationalen Gewässern illegal Hilfsschiffe der Gaza-Freiheits-Flotilla zu entern, welche von der Freiheit für Gaza-Bewegung und der Türkischen Stiftung für Menschenrechte und Freiheit und humanitäre Hilfe organisiert worden war. Die Israelis ermordeten kaltblütig acht türkische Bürger und einen Bürger der Vereinigten Staaten von Amerika. Viele weitere wurden verwundet durch die Streitkräfte der „einzigen Demokratie im Mittleren Osten.“

Ungeachtet der Ermordung seines Staatsbürgers stellte sich Washington sofort auf die Seite der durchgeknallten israelischen Regierung. Die Türken reagierten anders. Der türkische Premierminister Erdogan kündigte an, dass

die nächsten Hilfsschiffe unter dem Schutz der türkischen Marine fahren würden. Washington jedoch brachte seine Marionette unter Kontrolle und bezahlte sie, damit sie den Mund hielt. Es gab einmal Zeiten, in denen die Türken ein kämpferisches Volk waren. Heute sind sie Marionetten Washingtons.

Das haben wir in der letzten Woche gesehen. Die türkische Regierung erlaubt den von der CIA und Israel organisierten Islamisten von außerhalb Syriens, Syrien vom Staatsgebiet der Türkei aus anzugreifen. In einigen Fällen schlug eine Mörsergranate laut Medienberichten, wenn man das glaubt, jenseits der türkischen Grenze ein. Das türkische Militär hat das als Vorwand benutzt, um mit Artillerie nach Syrien zu schießen.

Menschen, die mit gutem Grund nicht länger den amerikanischen und westlichen Medien oder den Vereinigten Staaten von Amerika und den westlichen Regierungen glauben schenken, dass die Mörsergranaten von Agenten der Vereinigten Staaten von Amerika oder Israels oder von den von ihnen unterstützten „Rebellen“ abgefeuert wurden, um der Türkei einen Vorwand zu liefern, einen NATO-Krieg gegen Syrien zu beginnen. Eine von der UNO genehmigte NATO-Invasion oder Luftangriffe wie in Libyen wurden von den Russen und Chinesen blockiert. Wenn es jedoch zu einem Krieg zwischen Syrien und der Türkei kommt, muss die NATO ihrem Mitgliedsland Türkei zu Hilfe kommen.

Einmal mehr sehen wir, dass Moslems von westlichen Ländern leicht beherrscht und abgeschlachtet werden, weil die muslimischen Länder es nicht schaffen, sich gegenseitig zu unterstützen. Anstatt sich gegenseitig zu unterstützen, lassen sich muslimische Regierungen dafür bezahlen, dass sie die christlich/zionistischen Kräfte des westlichen Blocks unterstützen.

Washington weiß das, und das ist ein Grund, warum Washington mit seiner Durchsetzung der Weltherrschaft im muslimischen Mittleren Osten begann.

Im Westen spricht das Propagandaministerium weiterhin vom „syrischen Aufstand.“ Es gibt dort keinen Aufstand. Die Vereinigten Staaten von Amerika und Israel haben Islamisten, die die säkulare syrische Regierung stürzen wollen, mit Waffen ausgestattet und nach Syrien geschickt. Washington weiß, dass das Land in sich gegenseitig bekämpfende Fraktionen

wie in Irak und Libyen zerfallen wird, wenn die syrische Regierung zerstört werden kann.

Amerikas europäische und japanische Marionettenstaaten sind natürlich in die Vorgangsweise Washingtons mit einbezogen. Von denen wird es keine Beschwerden geben. Aber warum schaut der Rest der Welt zu, wie Washington sich in die inneren Angelegenheiten von Ländern einmischt bis zum Punkt des Einmarsches, der Entsendung von Drohnen und Mordkommandos und der Ermordung großer Zahlen von Bürgern in sieben Ländern?

Bedeutet dieses Stillschweigen, dass die Welt Washingtons Anspruch akzeptiert hat, dass es das unentbehrliche Land ist mit dem Recht, über die Welt zu herrschen?

Warum lassen zum Beispiel Russland und Venezuela zu, dass die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika ihre politische Opposition finanziert?

Im amerikanischen Einparteiensstaat gibt es keine politische Opposition. Aber stellen Sie sich vor, es gäbe eine. Würde Washington tolerieren, dass seine Opposition von Russland oder Venezuela finanziert wird? Offensichtlich nicht. Diejenigen, die mit fremdem Geld gegen Amerika arbeiten, würden verhaftet und eingesperrt, aber nicht in Venezuela oder Russland, wo anscheinend Hochverrat legal ist.

Am 8. Oktober besiegte Hugo Chaves seinen von Amerika finanzierten Gegner Henrique Capriles 54% zu 44%.

Das wäre ein erstaunlicher Vorsprung in einer Präsidentschaftswahl in den Vereinigten Staaten von Amerika. Wie auch immer, in seiner letzten Wiederwahl hatte Chavez einen Vorsprung von 27%. Offensichtlich hatten Washingtons Geld und die Propagandaaktivitäten der von den Vereinigten Staaten von Amerika finanzierten NichtRegierungsOrganisationen Erfolg bei der Beeinflussung der Venezolaner und bewirkten den Rückgang von Chavez' Vorsprung auf 10%. Washingtons Einmischung ist eine massive Barriere für die Führung in anderen Ländern. Volle 44% der Menschen in Venezuela waren zu gehirngewaschen oder zu dumm, um für den Kandidaten ihres eigenen Landes zu stimmen und stimmten stattdessen für Washingtons Kandidaten.

Es ist außergewöhnlich, dass 44% der Wähler Venezuelas dafür stimmten, ein amerikanischer Marionettenstaat zu werden wie die Türkei, das Vereinigte Königreich, Frankreich, Deutschland, Italien, Spanien, Irland, Portugal, Slowakei, die Tschechische Republik, Polen, die baltischen Staaten, Skandinavien, Kanada, Japan, Südkorea, Australien, Mexiko, Belgien, Taiwan, Kolumbien, Pakistan, Jemen. Vielleicht habe ich ein paar übersehen.

Washington muss seine Marionetten dafür bezahlen, dass sie Washington vertreten statt ihrer eigenen Völker.

In seiner Überheblichkeit vergisst Washington, dass seine Herrschaft gekauft ist und nicht beliebt. Washingtons Marionetten haben ihre Integrität und die ihrer Länder verkauft für schnöden Mammon. Wenn das Geld ausgeht, ist's vorbei mit dem Weltreich.

Dann werden die Menschen Amerikas ebenso korrumpiert sein wie die ausländischen „Führer.“ In seiner Besprechung von Die Vereinigten Staaten von Amerika und Folter, herausgegeben von Marjorie Cohn (New York University Press, 2011) schreibt Anthony Gregory in Independent Review vom Herbst 2012: „In Reagans Amerika war ein beliebtes Thema in der Propaganda des Kalten Krieges, dass die Sowjets Menschen ohne Grund folterten und einsperrten, durch grausame Gewalt erfundene Geständnisse aus ihnen herausholten und die Gefangenen in unsäglich Weise behandelten, die hilflos waren gegen das volle herzlose Gewicht des kommunistischen Staates. Nicht anders als jedes andere Böse unterschied die Folter die Bösen, die Kommunisten, von den Guten, den Amerikanern und ihrer Regierung. Wie unvollkommen das System der Vereinigten Staaten von Amerika auch sein mochte, es hielt sich an zivilisierte Standards, die der Gegner ablehnte.“

2005, ein Jahr nach der Veröffentlichung der Folterfotos von Abu Ghraib zeigten Umfragen unter Amerikanern, dass 38% der Propaganda auf den Leim gegangen waren, dass Folter unter bestimmten Umständen gerechtfertigt sei. Nach weiteren vier Jahren der neokonservativen Befürwortung von Folter ergab eine 2009 von Associated Press berichtete Umfrage, dass 52% der Amerikaner Folter guthießen.

Folter war offensichtlich ein Instrument der Politik der Vereinigten Staaten von Amerika im Kalten Krieg. Folter wurde lateinamerikanischen Militärs in der US School of Americas beigebracht, welche in Panama und in der Folge

in Fort Benning, Georgia, betrieben wurde. Das war allerdings eine geheime Angelegenheit. Es dauerte bis zum neokonservativen Bush-Regime, bis Juristen des Justiz(!)ministeriums der Vereinigten Staaten von Amerika, Absolventen der besten Rechtsfakultäten, Rechtsgutachten erstellten, welche die Folter rechtfertigten, ungeachtet der Gesetze der Vereinigten Staaten von Amerika und des Internationalen Rechts, welches Folter verbietet und bis Präsident und Vizepräsident der Vereinigten Staaten von Amerika Folter offen zugaben und rechtfertigten. Einige der Verbrecher, die diese Rechtsgutachten erstellten, unterrichten jetzt in angesehenen Rechtsfakultäten. Einer wurde in den Bundesgerichtshof bestellt und sitzt dort als Richter, der andere für ihre Vergehen verurteilt.

Wir können mit Anthony Gregory zum Schluss kommen, dass nicht nur politische Regime im Ausland von Washingtons Bösartigkeit korrumpiert werden, sondern auch die Amerikaner selbst. „Nichts demonstriert besser die moralische Entartung der amerikanischen politischen Kultur als der Folterstaat Vereinigte Staaten von Amerika.“

Washington maskiert sich noch immer mit dem weißen Hut, und der größte Teil des Restes der Welt wird bezahlt, damit er bei der Maskerade mitmacht.

Der Internationale Gerichtshof

Das Hauptrechtsprechungsorgan der Vereinten Nationen ist der Internationale Gerichtshof (The International Court of Justice, ICJ). Er wurde im Juni 1945 durch die Charta der Vereinten Nationen gegründet und hat seine Arbeit im April 1946 aufgenommen. Der Sitz des Gerichtshofes ist im Friedenspalast in Den Haag (Niederlande). Damit ist es das einzige von den sechs Hauptorganen der Vereinten Nationen, dessen Sitz sich nicht in New York befindet.

Seine Mitglieder werden von der Generalversammlung und dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen für neun Jahre gewählt. Es sind 15 Richter von unterschiedlicher Nationalität, die in ihrer Funktion als Mitglied des Internationalen Gerichtshofs völlig unabhängig sind und nicht ihr Land vertreten. Die Anzahl der Richter kann sich bis auf 17 erhöhen, wenn ein in einem Verfahren beteiligter Staat kein Mitglied des Gerichtshofes ist. Dann besteht die Möglichkeit, dass ein Richter aus diesem Land „ad hoc“ am Verfahren teilnimmt.

Geregelt ist der Internationale Gerichtshof nach der Charta der Vereinten Nationen und dem Statut des Internationalen Gerichtshofs. So haben nur Vertragsstaaten des Statuts des Internationalen Gerichtshofs Zugang zum Gerichtshof. Dazu gehören alle Mitglieder der Vereinten Nationen (Artikel 93 Abs. 1 der UN-Charta); aber auch die Staaten, die lediglich das Statut ratifiziert haben und nicht Mitglied der Vereinten Nationen sind (Resolution 9 des Sicherheitsrates vom 15. Oktober 1946).

Der Internationale Gerichtshof hat die Aufgabe, in Einklang mit dem Völkerrecht, Rechtsstreitigkeiten, die ihm von Staaten angetragen werden, zu klären und Gutachten zu Rechtsfragen zu erstellen, die von autorisierten Organen der Vereinten Nationen und Sonderorganisationen angefordert werden.

Die Errichtung eines Internationalen Strafgerichtshofs ist ein Meilenstein bei der Bekämpfung von Kriegsverbrechen, Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Verbrechen der Aggression – auch wenn noch lange nicht alle Staaten das dem Gerichtshof zugrunde liegende Rom-Statut ratifiziert haben. Zwar ist die Akzeptanz des Rom-Statuts mit der Zahl der Ratifikationen (124 Staaten bis 21.11.2016) bemerkenswert hoch, aber immer noch weigern sich einige Länder, den Internationalen Strafgerichtshof anzuerkennen. Darunter befinden sich u.a. die USA, Russland und die Volksrepublik China. Gerade mächtige Staaten, wie die USA, verhindern durch ihre Haltung eine noch weitreichendere Anerkennung des Internationalen Strafgerichtshofs.

Die USA befürchten wegen ihrer weltweiten militärischen Präsenz, ihre Soldaten könnten vor den Internationalen Strafgerichtshof gezogen werden aufgrund von politisch motivierten Anklagen. Aus diesem Grund war ihnen die Schaffung einer unabhängigen Anklagebehörde, die auf eigene Initiative Ermittlungen einleiten kann, ein Dorn im Auge. Der Kompromiss einer richterlichen Vorermittlungsinstanz, die die Anklagebehörde kontrolliert, reichte den USA auch nicht aus.

Weiterhin waren sie mit der Aufnahme des Tatbestandes der Aggression in das Rom-Statut nicht einverstanden, da sie um ihre eigene Handlungsfreiheit fürchteten. Das Verbrechen der Aggression konnte nach dem Rom-Statut nicht verfolgt werden, da jegliche Bestimmungen dazu fehlten. Doch auch das

war den USA nicht ausreichend genug. Auf der Überprüfungskonferenz des Rom-Statuts haben sich die Vertragsstaaten auf eine Definition der Aggression geeinigt und Bestimmungen zu deren Verfolgung in das Rom-Statut aufgenommen. Bei dieser Konferenz waren die USA – da sie kein Vertragsstaat des Rom-Statuts sind – nur als Beobachter anwesend.

Was sich die Vertragsgemeinschaft des Rom-Statuts vorhalten lassen muss, ist die Frage, ob es gelingt, einen allgemein anerkannten Internationalen Strafgerichtshof zu etablieren, wenn einerseits politisch einflussreiche Staaten sich von diesem unabhängig erklären und andererseits der Strafgerichtshof bei der Strafverfolgung auf die Dienste und Beziehungen dieses Staates angewiesen ist.

Das Rom-Statut oder auch Römische Statut des Internationalen Strafgerichtshofs (Rome Statute of the International Criminal Court) vom 17. Juli 1998 ist ein völkerrechtlicher Vertrag, mit dem die Grundlage des Internationalen Strafgerichtshofes geschaffen worden ist. Es ist das Ergebnis eines langen Hinwirkens auf die Bestrafung und Verhinderung von Kriegsverbrechen, Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Kurze Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, die Greuelthaten des Zweiten Weltkrieges noch im Bewusstsein, ist es zur Verabschiedung der Konvention zur Verhinderung und Bestrafung des Verbrechens des Völkermordes (Resolution 260 vom 9.12.1948) durch die Generalversammlung der Vereinten Nationen gekommen, die in Artikel 6 ein internationales Strafgericht vorsah. Die Völkerrechtskommission erhielt den Auftrag, zu prüfen, ob „die Errichtung eines internationalen gerichtlichen Organs für die Durchführung von Verfahren wegen Völkermord wünschenswert und möglich ist“. Auch wenn aufgrund einer positiven Beurteilung ein Ausschuss zur Ausarbeitung eines Entwurfs für solch einen Gerichtshof beauftragt worden ist, kam es lange nicht zu einer Errichtung eines Strafgerichts. Gerade der Kalte Krieg hat einen nicht unwesentlichen Anteil daran, dass diese Idee über einen langen Zeitraum nicht Wirklichkeit werden konnte.

Erst mit dem Ende des Kalten Krieges und den positiven Erfahrungen der Ad-hoc-Tribunale in Jugoslawien und Ruanda lebte die Verwirklichung eines Internationalen Strafgerichtes wieder auf. Die Generalversammlung der Vereinten Nationen beschloss, einen Vorbereitungsausschuss für die

Errichtung eines Internationalen Strafgerichtshofes mit der Ausarbeitung eines konsolidierten Verhandlungstextes zur Vorlage an eine Diplomatenkonferenz einzusetzen. So kam es vom 15. Juni bis 17. Juli 1998 in Rom zu dieser Konferenz, um eine Konvention über die Errichtung eines Internationalen Strafgerichtshofes fertigzustellen und zu verabschieden. Diese Konferenz war von Erfolg gekrönt: Am 17. Juli 1998 ist das Rom-Statut verabschiedet worden und mit Inkrafttreten des Statuts am 1. Juli 2002 ist der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag eingerichtet worden.

Nach diesem Statut ist der Internationale Strafgerichtshof zuständig für Völkermord, Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Verbrechen der Aggression. Obwohl der Internationale Strafgerichtshof nach Artikel 5 Abs.1 d) für die Verbrechen der Aggression formal zuständig ist, fehlt es an einer Definition. So konnte die Gerichtsbarkeit in diesem Bereich gar nicht durchgeführt werden. Mit der ersten Überprüfungskonferenz des Rom-Statuts gemäß seines Artikels 123 in Kampala, Uganda, vom 31. Mai bis zum 11. Juni 2010 wurde das nachgeholt, trotz einiger Widerstände: Eine Definition zum Verbrechen der Aggression konnte durch die Resolution RC/Res.6 am 11. Juni 2010 beschlossen werden. Das Verbrechen der Aggression wird in „Artikel 8 bis“ nun definiert.

Auch für die Ausübung der Gerichtsbarkeit bei Verbrechen der Aggression besonders bezüglich der Rolle des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen ist man zu einem Ergebnis gelangt. Allerdings müssen die Vertragsstaaten des Rom-Statuts durch eine absolute Zweidrittelmehrheit frühestens 2017 dieser Ausübung der Gerichtsbarkeit zustimmen. Also kann bis dahin über die Verbrechen der Aggression immer noch nicht gerichtet werden. Bisher (Stand 15. Juli 2013) haben sieben Staaten die Änderungen des Rom-Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs bezüglich Verbrechen der Aggression (Amendments on the crime of aggression to the Rome Statute of the International Criminal Court) ratifiziert. Dazu gehört auch die Bundesrepublik Deutschland (Ratifikation am 3. Juni 2013).

Die Chefanklägerin des Internationalen Strafgerichtshofs, Frau Fatou Bensouda (Gambia) hat den Jahresbericht über die vorläufigen Prüfungshandlungen veröffentlicht. Begonnen worden ist mit der Veröffentlichung dieser Berichte im Jahr 2011 in Verbindung mit der Jahrestagung der Versammlung der Vertragsstaaten. Der Bericht zielt darauf

ab, das öffentliche Bewusstsein zu stärken und die Transparenz hinsichtlich des Vorprüfungsverfahrens und der damit zusammenhängenden Tätigkeiten des Amtes zu fördern. Der diesjährige 6. Bericht gibt einen Überblick über die Vorprüfungsarbeiten vom 1. November 2015 bis zum 31. Oktober 2016 in Bezug auf zehn betroffene Situationen für mögliche Untersuchungen. Darunter sind zwei neu eröffnete vorläufige Prüfungen betreffend die Lage in Burundi und Gabun. Weiterhin unter Beobachtung bleiben die Situationen in Afghanistan, Kolumbien, Guinea, Irak / Großbritannien, Palästina, Nigeria, Ukraine und die Lage der registrierten Schiffe der Komoren, Griechenland und Kambodscha.

Besonderes Interesse hat die Mitteilung der Chefanklägerin geweckt, dass geplant ist in naher Zukunft eine endgültige Entscheidung hinsichtlich der Situation in Afghanistan zu treffen.

Das Amt hat 112 Mitteilungen gemäß Artikel 15 des Rom-Statuts betreffend der Situation in Afghanistan erhalten. Die vorläufige Prüfung der Lage in Afghanistan wurde 2007 veröffentlicht. Afghanistan hat das Rom-Statut am 10. Februar 2003 ratifiziert. Daher ist der Internationale Strafgerichtshof seit dem 1. Mai 2003 für alle im Rom-Statut festgehaltenen Verbrechen in Bezug auf Afghanistan oder seinen Staatsangehörigen zuständig.

In diesem Zusammenhang sind die Taten, die angeblich von Angehörigen der US-Streitkräfte und der CIA begangen wurden, besonders brisant: Nach Mitteilung der Chefanklägerin liefern die zur Verfügung stehenden Informationen eine hinreichend sichere Grundlage für die Annahme, dass die Mitglieder der US-Streitkräfte und die US-amerikanische Zentrale Nachrichtenagentur (CIA) sich bei der Befragung von Gefangenen und zur Unterstützung der Verhöre sich der Folter, grausamer Behandlung und Vergewaltigung bedient haben. Diese Handlungen sind nach Artikel 8 Abs. 2 c) i) und ii) und nach Artikel 8 Abs. 2 e) vi) des Rom-Statuts strafbar.

Insbesondere scheinen die Angehörigen der US-Streitkräfte nach Angaben der Chefanklägerin mindestens 61 festgenommene Personen gefoltert, grausam behandelt und Menschenrechtsverletzungen auf dem Territorium Afghanistans zwischen dem 1. Mai 2003 und dem 31. Dezember 2014 begangen zu haben. Ein Großteil dieser Vorkommnisse hat angeblich 2003 – 2004 stattgefunden.

Darüber hinaus sollen die Mitglieder der CIA zwischen Dezember 2002 und März 2003 mindestens 27 festgenommene Personen gefoltert und grausam behandelt zu haben. Außerdem sollen Menschenrechtsverletzungen und / oder Vergewaltigungen auf dem Territorium von Afghanistan und anderen Vertragsstaaten des Rom-Statuts (Polen, Rumänien und Litauen) begangen worden sein. Die meisten Missbräuche sind angeblich im Jahr 2003 aufgetreten.

Die Chefanklägerin weist darauf hin, dass im Fall von Verbrechen, die im Ausland von US-Staatsangehörigen begangen werden, die US-Zivil- und Militärgerichte ihre Zuständigkeit ausüben können – auch wenn das Verbrechen in die Zuständigkeit des Internationalen Strafgerichtshofs (Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Völkermord) fällt. Im November 2015 erwiderte die USA auf das Komitee gegen Folter, dass „mehr als 70 Untersuchungen über Vorwürfe wegen des Missbrauchs von Inhaftierten durch Militärpersonal in Afghanistan zu einer Gerichtsverhandlung führten, und ca. 200 Untersuchungen zum Häftlingsmissbrauch entweder zu nichtgerichtlichen Strafen oder verwaltungstechnischen Maßnahmen führten. Hier sieht die Chefanklägerin aber keine Überschneidung, da die überwiegende Anzahl der Ermittlungen und Strafverfolgungen im Zusammenhang mit Vorkommnissen im Irak standen. Lediglich ganze 7 Gerichtsverhandlungen wurden aufgrund von Misshandlungen in Afghanistan im Jahre 2002 geführt.

Aus diesen Gründen sieht die Chefanklägerin keine wesentlichen Gründe zu der Annahme, dass die Eröffnung einer Untersuchung nicht im Interesse der Gerechtigkeit wäre.

Auch wenn die USA das Rom-Statut nicht ratifiziert hat, könnte ein Verfahren vor dem Internationalen Strafgerichtshof eröffnet werden, da die vorgeworfenen Verbrechen in Afghanistan stattgefunden haben sollen. Dieses Land gehört zu den Unterzeichner-Staaten. Und laut Statut müssen die Verbrechen sich in einem Mitgliedstaat ereignet haben oder Bürger eines solchen Staates sind Leidtragende der Verbrechen gewesen.

Quelle: Praetor Verlagsgesellschaft mbH

Jugendfront der PdA Österreichs gegründet

***Moritz Pamminger*³¹: Rede beim Gründungskongress der Jugendfront der PdA Österreichs, Linz, 15. Oktober 2022**

Liebe Genossinnen und Genossen!

Vor nicht einmal einem ganzen Jahr hat, damals aufgrund der Pandemiesituation online, die Jugendkonferenz der Partei der Arbeit Österreichs stattgefunden. Einige von uns, die heute anwesend sind, haben an dieser Konferenz bereits teilgenommen. Dabei haben wir uns, und ich zitiere aus dem entsprechenden Artikel in der Zeitung der Arbeit, Gedanken gemacht, „über die Gestaltung der notwendigen politischen Arbeit in und von der Jugend im Sinne der Arbeiterklasse“. Im Zentrum ist die Frage gestanden, „wie, wo und in welcher Form diese auf Basis des Marxismus-Leninismus stattfinden kann“.

Mittlerweile ist das, was wir damals noch recht abstrakt diskutiert haben, konkret geworden, nämlich in Form einer Organisation. Die Jugendfront der Partei der Arbeit Österreichs ist mit dem Abschluss dieses heutigen ersten Bundeskongresses offiziell gegründet. Dafür möchte ich zuallererst einmal einen großen Dank aussprechen an alle Genossinnen und Genossen, die in den letzten Monaten ihre Zeit und ihre Energie in den Aufbau der Jugendfront investiert haben, und somit dazu beigetragen haben, dass wir diesen Kongress heute abhalten können. Und ebenso möchte ich gleich zu Beginn den Dank an die Genossinnen und Genossen der Partei der Arbeit aussprechen, für das Vertrauen, die tatkräftige Unterstützung und die erfolgreiche Zusammenarbeit. Es ist ein Fakt, dass es in Österreich neben einer kommunistischen Partei – der PdA – auch einer kommunistischen Jugendorganisation bedarf. Gründe dafür finden sich sehr viele. Diese lassen sich auch aus den heute von uns beschlossenen politischen Thesen herauslesen. Ohne jetzt ein langatmiges Referat halten zu wollen, seien im Folgenden einige Facetten der aktuellen Lage der lernenden und arbeitenden Jugend im kapitalistischen Österreich kurz angesprochen.

³¹ Moritz Pamminger ist Vorsitzender der Jugendfront der PdA Österreichs

Zur Lage der Jugend

Wir haben es hierzulande mit einem Bildungssystem zu tun, das nahezu perfekt an die Interessen des Kapitals angepasst ist. Die Kinder und Jugendlichen sollen einerseits zu möglichst produktiven Arbeitskräften ausgebildet werden, welche ihren zukünftigen Chefs (oder Ausbeutern) den maximalen Profit erwirtschaften können. Vermittelt werden vor allem sogenannte Kompetenzen, die für das Kapital später verwertbar sein werden. Eine ernsthafte und umfassende Auseinandersetzung mit dem Lehrstoff, Kreativität, individuelle Wünsche und Besonderheiten finden hier keinen Platz.

Andererseits gilt es den Schülerinnen und Schülern, den Lehrlingen, sowie den Studierenden die Unveränderlichkeit des kapitalistischen Systems einzutrichtern. Ausbeutung, Leistungsdruck und Individualisierung werden positiv verklärt.

Eine der wichtigsten Funktionen, welche das österreichische Bildungssystem wahrnimmt, ist es, die Teilung der Gesellschaft, in jene, die den Reichtum produzieren, und jene, die ihn sich aneignen, auch für zukünftige Generationen nachhaltig zu zementieren. Dass Kinder und Jugendliche der Arbeiterklasse zu einer viel geringeren Wahrscheinlichkeit, die Matura machen oder gar studieren, als Kinder und Jugendliche der Kapitalistenklasse, ist ein altbekanntes Faktum. Und diese Ungleichheit ist ein notwendiges Merkmal des Bildungssystems einer jeden kapitalistischen Gesellschaft.

In den Berufsschulen des Landes wird am deutlichsten, was der zuvor schon angesprochene „kompetenzorientierte“ Unterricht tatsächlich bewirkt. Den Schülerinnen und Schülern wird hier nur ein absolutes Mindestmaß an Allgemeinbildung vermittelt. Und auch der praktische Unterricht, der auf das Berufsleben vorbereiten soll, geht oft nicht über betriebsspezifische, isolierte, schnell veralternde Kenntnisse und Fähigkeiten hinaus. Die Entlohnung für Lehrberufe ist vor allem in den ersten beiden Lehrjahren so gering, dass man sie nicht umsonst als „Entschädigung“ und nicht als Lohn bezeichnet. Nichtsdestotrotz produzieren Lehrlinge während ihrer Arbeitszeit, wie ihre Kolleginnen und Kollegen, Wert für den Kapitalisten, verrichten mitunter oft auch jene Arbeit, die keiner im Betrieb machen will. Begleitet werden diese

Umstände von der stetigen Sorge, nach dem Lehrabschluss nicht übernommen zu werden und in die Arbeitslosigkeit abzurutschen.

Was ich auch noch ansprechen möchte, ist die nun schon seit Monaten anhaltende Rekordinflation. Man hat sich zuletzt sicher sein können, dass mit dem Beginn eines neuen Monats und der Veröffentlichung der Inflations-Schnellschätzung der Statistik Austria abermals ein neuer Höchstwert der Teuerung erreicht worden ist. Und wir alle wissen auch, dass diese Werte nicht unbedingt der Inflationsrate entsprechen, mit der Familien der Arbeiterklasse tagtäglich konfrontiert sind, sondern von einigen Preisdämpfern noch reichlich nach unten korrigiert werden. Die Teuerung für Strom, Gas, Lebensmittel, Wohnraum, und so weiter, liegt noch bedeutend höher. Und für uns Jugendliche ist das natürlich spürbar, selbst wenn wir mitunter noch zuhause wohnen, beziehungsweise von unseren Eltern mitfinanziert werden. Zirka 18 Prozent der Kinder und Jugendlichen sind in Österreich armutsgefährdet, und das war bereits vor der aktuellen Teuerungswelle so. Dieser Prozentsatz liegt somit über dem der österreichischen Gesamtbevölkerung, der um die 14 Prozent beträgt. In absoluten Zahlen sind das, um die Drastik dieser Situation zu verdeutlichen, über 324.000 Kinder und Jugendliche.

Außerdem brauchen wir uns nicht einbilden, dass das, was außerhalb Österreichs passiert, die Jugend in Österreich nicht betrifft. Zwei wichtige Punkte seien hier erwähnt: Der Imperialismus beweist derzeit seine Friedensunfähigkeit mit vollem Erfolg. Die Kriege in Syrien, Jemen, Libyen oder der Ukraine werden aufgrund von Kapitalinteressen geführt und vom Monopolkapital dieser oder jener imperialistischer Staaten bereitwillig finanziert. Dass der Kampf um eine Neuaufteilung der Welt eine Notwendigkeit in der Epoche des Imperialismus ist, wird aktuell jeden Tag aufs Neue belegt. Die Völker dienen hier lediglich als Kanonenfutter und bezahlen für die Interessen ihrer Kapitalisten auch mit dem Leben. Dass eine herbeigeschworene „Globalisierung“ im Imperialismus internationale Beziehungen harmonisieren soll, ist nichts mehr als ein immer wieder aufs Neue erzähltes Märchen. Und auch das Erstarken neuer imperialistischer Staaten und Bündnisse, wie Russland, China, oder aber auch eine sich möglicherweise von den USA distanzierende EU, hat nicht zu Frieden geführt und wird auch nie zu Frieden führen. Innerimperialistische Widersprüche

nehmen in Zahl und Ausmaß zu, und werden außerdem vermehrt auch militärisch ausgetragen. Dass zumindest die technischen Kapazitäten für einen nuklearen Weltkrieg gegeben sind, sei hier auch erwähnt.

Und zuletzt: Die Ausbeutung und Zerstörung der Natur und des Klimas wird intensiviert und damit die Lebensgrundlage heutiger und zukünftiger Generationen gefährdet und zerstört. Die Verantwortung dafür trägt das Kapital. Sie sind es, die davon profitieren. Luftverpestung, Überfischung, Vergiftung der Gewässer, die Schaffung riesiger Mengen von nicht abbaubarem Müll, agrarische Monokulturen, Massentierhaltung und vieles mehr sind „Errungenschaften“ des Kapitalismus. Und die Kosten dafür tragen die Arbeiterinnen und Arbeiter sowie die Völker. Alleine aufgrund der Tatsache, dass die Jugend am längsten auf diesem Planeten zu leben haben wird, ist sie besonders davon betroffen.

Wir sind ständig mit dem Leistungsdruck in den kapitalistischen Bildungseinrichtungen konfrontiert, die uns zu maximal verwertbaren Arbeitskräften ausbilden sollen. Wer diesen Anforderungen nicht gerecht wird, läuft Gefahr, später einmal nur schlecht bezahlte und nicht erfüllende Arbeitsstellen zu bekommen. Als Kind aus ärmerem Haushalt ist das umso wahrscheinlicher. Die Armutsstatistiken und Inflationsraten sowie die alles andere als hoffnungsvollen Zukunftsprognosen dieser Kennzahlen befeuern solche Zukunftsängste in der Jugend noch weiter. Dass uns der Imperialismus zumindest potenziell an den Rand eines nuklearen Weltkrieges manövriert, leistet auch einen Beitrag. Und als ob das alles nicht genug wäre, zerstört der Kapitalismus den Planeten, weil eine kleine Klasse an Monopolkapitalisten davon profitiert.

Und dass psychische Erkrankungen in der Jugend extrem weit verbreitet sind und diese Verbreitung auch weiter zu wachsen scheint, braucht angesichts all dieser Tatsachen auch niemanden wundern. Leistungsdruck, psychische Belastung und Zukunftsängste sind notwendige Folgen dieses ausbeuterischen und ungerechten Systems. Das also ist die Lage der Jugend im Imperialismus und das sind unsere Zukunftsaussichten im Imperialismus.

Wenn wir also innerhalb dieses Systems offensichtlich keine Lösungen für all diese Probleme finden, so muss man das kapitalistische System hinterfragen, und nicht nur das, man wird es irgendwann auch stürzen müssen. Und wie die

Arbeiterklasse sich organisieren muss und eine revolutionäre Partei an ihrer Spitze benötigt, um dieses Unterfangen erfolgreich zu meistern, so gilt dies auch für die Jugend, deren objektive Interessen mit jenen der Arbeiterklasse im Allgemeinen zusammenfallen. Und genau aus diesem Grund, haben wir, hat die Jugendfront, begonnen, in Österreich aktiv zu sein. Es gilt, die Jugend zu agitieren, zu politisieren und in einer Front zu organisieren. Denn nur gemeinsam können wir den Kampf für unsere Interessen führen und gewinnen.

Liebe Genossinnen und Genossen!

Seitdem wir im März unsere Arbeit aufgenommen haben, ist einiges passiert. Unsere Gruppenstrukturen haben sich nicht nur gefestigt, sondern sind auch gewachsen. Wir haben in diesen Städten inhaltliche, Freizeit- und Sportveranstaltungen, Kundgebungen und Aktionen organisieren können. Unsere Agitation hat sich vor allem auf Schülerinnen und Schüler fokussiert. Alle Gruppen haben unsere Materialien an den Schulen verteilt, um unsere Organisation und unsere Positionen den Schülerinnen und Schülern vorzustellen. Neben dieser Form der Agitation, mittels Flyer und Sticker, haben wir auch unseren Auftritt auf Social Media etabliert und sodann auch immer weiter verbessern und professionalisieren können. Auf internationaler Ebene haben wir den Erfahrungsaustausch und die genossenschaftlichen Kontakte mit anderen kommunistischen Jugendorganisationen in Europa und weltweit aufbauen können.

Wir dürfen heute also durchaus stolz sein, auf das was wir erreicht haben. Und jetzt gilt es, diesen Weg weiterzugehen und die Arbeit mit noch größerer Überzeugung und Energie fortzusetzen. Wir haben es uns zur Aufgabe gesetzt, die arbeitende und lernende Jugend in Österreich kommunistisch, in der Jugendfront, zu organisieren. Das ist eine notwendige Aufgabe, aber auch eine, die sehr viel Arbeit erfordern wird. Wir müssen unsere Agitation und Propaganda intensivieren, unsere Präsenz in der Jugend vergrößern, wir müssen unsere Schulungsarbeit verbessern, ständig aus unseren Fehlern lernen. Zusammengefasst: Wir müssen den in Österreich lebenden Jugendlichen tatsächlich eine Organisation bieten, in welcher wir gemeinsam den Kampf für unsere Rechte führen können. Wir müssen die Jugend in einer Front organisieren, in einer gemeinsamen Front gegen das Kapital, seine

Regierung, das kapitalistische Bildungssystem sowie den Kapitalismus insgesamt.

Für die sozialistische Revolution! Hoch lebe die Jugendfront!

Tibor Zenker, Vorsitzender der Partei der Arbeit Österreichs (PdA): Rede am Gründungskongress der Jugendfront der PdA

Liebe Genossinnen und Genossen, sehr geehrte internationale Gäste, werte österreichische Gäste!

Ich darf dem ersten Kongress der Jugendfront im Namen des Parteivorstandes der Partei der Arbeit Österreichs herzliche Grüße übermitteln und euch auch einige Gedanken mit auf den Weg geben.

Wir haben zwar erst Vormittag, und doch kann ich bereits attestieren, dass heute ein guter, ein froher und für die revolutionäre Arbeiterbewegung historischer Tag ist. Denn heute ist der Tag, mit dem es in Österreich in aller Form wieder einen kommunistischen Jugendverband auf marxistisch-leninistischer Grundlage gibt, der unbeirrbar mit der marxistisch-leninistischen Kampfpartei der Arbeiterklasse, der PdA, verbunden ist. Mit dieser Gründung wird ein Zustand überwunden, der seit langem untragbar und unerträglich war, ein Zustand, der ein regelrechtes Hemmnis für die Weiterentwicklung des organisierten revolutionären Klassenkampfes bildete, ein Zustand, der junge Kommunistinnen und Kommunisten in den Sumpf des Opportunismus und Revisionismus sowie einer linksbeliebigen Orientierung zu ziehen drohte. Damit ist jetzt Schluss.

Diejenigen, die sich für den weiteren Weg in den Sumpf entschieden haben, werden im Kampf um den Sozialismus und Kommunismus keine Rolle mehr spielen, egal welchen Namen ihre Organisationen auf trügerische Weise tragen. Sie schließen sich denjenigen an, die sich der Sozialdemokratisierung, dem Wahlfetischismus und der almosenbasierten Kapitalismusverwaltung verschrieben haben. Wir tun gut daran, mit diesen Leuten nichts zu schaffen zu haben.

Diejenigen jungen Kommunistinnen und Kommunisten hingegen, die aufrichtig und aufrecht sind, die den Weg in den Sumpf nicht mitgehen

wollten und wollen, versammeln sich hier in Linz. Sie bilden die Jugendfront, deren Gründung notwendig ist. Es braucht einen revolutionären, marxistisch-leninistischen Jugendverband im Kampf gegen den Kapitalismus und Imperialismus, im Kampf gegen den Opportunismus und Revisionismus, im Kampf für den Sozialismus und Kommunismus. Es braucht ihn aber auch, um konsequent die Interessen der Jugendlichen und der jungen Menschen der Arbeiterklasse zu artikulieren, die Interessen der Schülerinnen und Schüler, der Studierenden, der Lehrlinge, der Jungarbeiter und Jungarbeiterinnen. Es braucht ihn, damit die Jugendlichen und jungen Menschen sich in einer gemeinsamen Struktur organisieren und aktiv werden können. Und es braucht ihn, nicht zuletzt, um die Revolutionärinnen und Revolutionäre von morgen heranzubilden, die künftigen Mitglieder und Kader der Partei. Denn die zentrale Aufgabe des Jugendverbandes ist es, wie Lenin sagte, seine Tätigkeit so zu gestalten, dass die Jugend, indem sie lernt, sich organisiert, sich zusammenschließt und kämpft, Kommunistinnen und Kommunisten mit allseitigen Fähigkeiten erzieht.

Liebe Genossinnen und Genossen!

Die grundsätzliche Notwendigkeit der Schaffung der Jugendfront der PdA wird durch die gegenwärtige Lage in Österreich und auf der Welt unterstrichen. Die Folgen der kapitalistischen Krise kommen uns im wahrsten Sinne des Wortes überaus teuer. Die Inflation, die Preistreiberei erreicht Rekordhöhen, die Profitsteigerung des Monopolkapitals ebenso. Die Einsicht über die Mechanismen dieses Zusammenhangs – die Ausbeutung der Lohnarbeit, die Ursachen von Krisen, Arbeitslosigkeit, Armut und Teuerung – ist das, was die marxistisch-leninistischen Organisationen der Arbeiterschaft voraushaben und ihr näherbringen müssen. Die Regierungen, die Staats- und Konzernmedien, die bürgerlichen Bildungseinrichtungen verschleiern das Wesen des Kapitalismus und seiner sozialen Verwerfungen. Wir müssen es offenlegen, die Menschen aufklären, mobilisieren, schulen und organisieren, sozialistisches Bewusstsein generieren. Die bürgerlichen Regierungen, ob nun konservativ oder sozialdemokratisch geführt, sind Regierungen des Kapitals und verhalten sich auch so. Ihre Sorge gilt den Profiten und ihrer Realisierung, selbst dann, wenn sie an das Volk Almosen verteilen, die ohnedies aus Steuergeldern der arbeitenden Menschen stammen. Wir betteln aber nicht um Almosen, sondern wir kämpfen für unsere Rechte, für höhere

Löhne, Sozialleistungen und Pensionen, was nur über die Massenmobilisierung der Arbeiterklasse möglich sein wird. Hierfür braucht es kämpferische Gewerkschaften, die den lähmenden Fesseln der sozialdemokratischen Führung und Bürokratie entrissen sind, es braucht die marxistisch-leninistische Partei – und es braucht die revolutionäre Jugend. Unsere Botschaft lautet: Es ist nicht einfach nur das tägliche Leben, das wir uns nicht mehr leisten können, sondern es sind die kapitalistischen Verhältnisse. Nachhaltige Verbesserungen, die den wahren Bedürfnissen der Arbeiterklasse entsprechen, verlangen den Sozialismus.

Die kapitalistische Krise wurde durch die Corona-Pandemie beschleunigt und verschärft – und momentan, angesichts der kälteren Jahreszeit, wird darüber diskutiert, ob die Pandemie nochmals durchstartet. Die Bourgeoisie ist sich uneinig, ob Alarmismus oder Abwiegung angebracht ist, aber an diesem Spiel brauchen wir uns nicht beteiligen. Für uns gilt weiterhin: In einer akuten Situation ist das zu tun, was zum Schutz der Bevölkerung notwendig ist, ohne in die bürgerlichen Rechte und Freiheiten ungebührlich einzugreifen. Nicht nur Ersteres, sondern gerade auch Letzteres ist der bisherigen Pandemiepolitik nicht gelungen, wie eine ganze Reihe von verfassungs- und gesetzwidrigen Verordnungen und Maßnahmen zeigte. Viel wichtiger ist für uns jedoch das Staatsversagen in Bezug auf das öffentliche Gesundheitssystem, wodurch die Pandemie erst so gefährlich werden konnte. Verantwortlich sind die Einsparungen und die mangelnden Ressourcen, die dem österreichischen Gesundheitswesen zugestanden werden – eine Verantwortung, die alle Bundes- und Landesregierungen der letzten Jahrzehnte und somit alle etablierten Parteien tragen. Wir benötigen ein kostenloses, hochwertiges, flächendeckendes und ausfinanziertes Gesundheitssystem für alle, in dessen Mittelpunkt nicht Kostenfragen und private Profitmacherei stehen, sondern das Leben und Überleben der Bevölkerung. Nur ein solches System, das uns der Kapitalismus natürlich nicht bieten kann, wird auch „pandemietauglich“ sein. Gesundheitsversorgung, Krankheit und Tod sind Klassenfragen. Das ist die eigentliche Lehre aus der Corona-Pandemie.

Im internationalen Rahmen ist der Ukrainekrieg momentan das bestimmende Thema. Wir haben von Anfang an gesagt, dass es sich um einen imperialistischen Krieg handelt, wie es sich um einen zwischenimperialistischen Konflikt handelt. Es geht um Einflussphären der

imperialistischen Blöcke, schlussendlich um die Neuaufteilung der Welt auf Basis der ungleichmäßigen kapitalistischen Entwicklung. In einer solchen Auseinandersetzung, einem Konflikt zwischen unterschiedlichen Räubern, werden Kommunistinnen und Kommunisten nicht für eine Seite Partei ergreifen. Die Russische Föderation führt keinen gerechten Krieg, wie manche behaupten, er hat weder einen antiimperialistischen noch einen antifaschistischen Charakter, weswegen wir ihn berechtigt als imperialistischen Krieg ablehnen. Aber wir stimmen bestimmt nicht in die antirussische Propaganda des Westimperialismus ein: Wir vergessen nicht, dass der Krieg in der Ostukraine bereits 2014 im Gefolge des Maidan-Putsches seitens des Kiewer Regimes begonnen hat, wir vergessen nicht die kriegstreiberische Rolle der USA, der NATO und der EU, und wir vergessen nicht die jahrzehntelangen Verbrechen dieser anderen, der westimperialistischen Seite.

Im Inneren verweigern wir der Bundesregierung und der EU den Burgfrieden. Wir verurteilen das neutralitätswidrige Agieren der ÖVP und der Grünen sowie des Großteils der Opposition, etwa in der Frage der Waffentransporte über österreichisches Territorium. Wir wenden uns gegen den Sanktions- und Wirtschaftskrieg, den die Bundesregierung mitträgt und der die Lage der österreichischen Bevölkerung massiv erschwert und weiter bedroht. Wir kritisieren den antirussischen Rassismus, der in den Medien grassiert. Wir lehnen Aufrüstungsprogramme, die EU-Militarisierung und Österreichs NATO-Anbindung konsequent ab. Wir wissen, wo unser Hauptfeind steht, nämlich im eigenen Land. Die Arbeiterinnen und Arbeiter müssen die Waffen gegen die Herrschenden, gegen die Bourgeoisie und das Monopolkapital richten, um den Frieden zu erzwingen. Einen nachhaltigen Frieden wird es jedoch erst geben, wenn der Übergang zum revolutionären Kampf zum Sturz der Kapitalherrschaft gelingt und die sozialistische Revolution siegt. Die Jugend spielt hierbei eine besondere Rolle, denn sie ist es, die von den Imperialisten auf die Schlachtfelder geschickt wird. Daher gehört der Kampf gegen den Militarismus zu den Kernaufgaben eines kommunistischen Jugendverbandes.

Liebe Genossinnen und Genossen!

Man könnte die Krisenfacetten der Gegenwart weiter ausführen. Evident ist zum Beispiel, dass der Kapitalismus nicht in der Lage und auch nicht willens

ist, den ökologischen Herausforderungen entgegenzutreten, d.h. der Umwelt- und Klimaproblematik – und damit die Zukunft der Menschheit auf diesem Planeten gefährdet. Doch ich möchte nicht zu weit abschweifen, sondern zum eigentlichen Thema, der Schaffung der marxistisch-leninistischen Jugendfront, zurückkehren.

Wir wissen, dass die vielseitigen Schwierigkeiten unserer Welt Ergebnisse der Klassengesellschaft des Kapitalismus sind – und dass es den Sozialismus braucht, um sie zu bewältigen. Wir wissen dies, seit Karl Marx und Friedrich Engels den wissenschaftlichen Sozialismus ausgearbeitet haben – und damit haben wir auch das nötige Werkzeug hierfür erhalten. Wir wissen spätestens seit Lenin um die Notwendigkeit des Kampfes gegen den Opportunismus, Reformismus und Revisionismus in der Arbeiterbewegung, die mit der Herausbildung des Imperialismus einhergehen. Im Gefolge der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, deren Sieg sich in wenigen Wochen zum 105. Mal jährt, wurde daher die kommunistische Weltbewegung in Abgrenzung zur alten, verrotteten Sozialdemokratie geschaffen. Auch in Österreich wurden damals, konkret im Herbst 1918, eine kommunistische Partei und ein kommunistischer Jugendverband gegründet, die im Rahmen der Kommunistischen Internationale eine erfolgreiche Bolschewisierung durchliefen und in den Jahren 1934 bis 1945 wesentliche Stützen des Kampfes gegen den Faschismus und 1938 bis 1945 gegen die deutsche Fremdherrschaft in Österreich waren.

Die Ersetzung des Kommunistischen Jugendverbandes (KJV) durch die „Freie Österreichische Jugend“ (FÖJ) nach Ende des Zweiten Weltkrieges erwies sich als falscher Weg – die zeitnahe volksdemokratische Umwälzung, die angenommen wurde, fand in Österreich nicht statt. Umgekehrt wurde die FÖJ während der Parteikrise in der zweiten Hälfte der 1960^{er} Jahre zu einem Einfallstor des modernen Revisionismus. Die Trennung der konsolidierten KPÖ von der FÖJ war notwendig und folgerichtig, ebenso die Gründung der Kommunistischen Jugend Österreichs (KJÖ) im Mai 1970 als explizit antirevisionistische Jugendorganisation.

Im Gefolge der Konterrevolution in der UdSSR und den sozialistischen Staaten Europas geriet die kommunistische Bewegung auch in Österreich in eine Krise, die noch nicht überwunden ist. In der KPÖ setzten sich bis 2004 jene Kräfte durch, die den marxistisch-leninistischen, überhaupt den

kommunistischen Charakter der Partei ungeachtet des Namens liquidierten, stattdessen eine linksbeliebige, reformistische Richtung ohne Klassenstandpunkt propagierten und die KPÖ zu einem Teil der so genannten „Europäischen Linken“ machten. Als der innerparteiliche Kampf verloren war, sammelten sich die marxistisch-leninistischen Kräfte ab 2005 in der Kommunistischen Initiative, aus der 2013 bekanntlich die Partei der Arbeit hervorging.

Die KJÖ nahm in dieser Zeit eine Sonderstellung als unabhängige Jugendorganisation ein. Zwar distanzierte sie sich vom opportunistischen KPÖ-Bundesvorstand, in der Steiermark blieb sie jedoch die Jugendorganisation der KPÖ. In anderen Bundesländern näherte sich die KJÖ der PdA an, insbesondere in Tirol, in Oberösterreich und im Burgenland gab es bis zuletzt ausgezeichnete Beziehungen. Eine zweckmäßige Konstellation war dies aber nie. Natürlich braucht es eine bundesweit einheitliche Jugendorganisation, die auch bundesweit auf die einzige marxistisch-leninistische, die einzige kommunistische Partei Österreichs, die PdA, orientiert und eng mit ihr verbunden ist.

Und genau deshalb sind wir heute in Linz zusammengekommen – nach entsprechender Vorbereitung: Wir haben dem zunehmend parteifeindlichen Treiben der KJÖ-Bundesleitung in den letzten Jahren nicht tatenlos zugesehen, sondern in der PdA eine Jugend-Arbeitsgruppe eingerichtet – zunächst in Wien und Ostösterreich –, um gegenüber dem absehbaren Bruch, der aus Graz und Wien forciert wurde, gewappnet zu sein. Vor etwa einem Jahr haben wir einen Jugendkongress durchgeführt, auf dem die Notwendigkeit einer neuen, bundesweiten marxistisch-leninistischen Jugendorganisation betont wurde. In den folgenden Monaten haben die Jugend-AG, junge Parteimitglieder, ehemalige, insbesondere oberösterreichische und Tiroler KJÖ-Mitglieder, die den Bruch der KJÖ-Bundesleitung mit der PdA nicht mittragen wollten, aber auch viele neue Sympathisanten und Sympathisantinnen aus dem gesamten Bundesgebiet den heutigen Tag vorbereitet. In verschiedenen Arbeitsgruppen und mit Unterstützung des Parteivorstandes der PdA wurden die Voraussetzungen debattiert und geschaffen, die in organisatorischer, struktureller, inhaltlicher, praktischer und formaler Hinsicht nötig waren – sie stehen heute zur Diskussion und Abstimmung. Gleichzeitig wurden bereits erste Aktivitäten

unter dem Namen Jugendfront gesetzt, internationale Beziehungen initiiert und eine Gründungskampagne durchgeführt, als deren Ergebnis heute ein bereits gut besuchter Kongress stattfinden kann. Auf dem letzten Parteitag der PdA, im April dieses Jahres, wurden zudem jene statutarischen Änderungen und Ergänzungen einstimmig beschlossen, mit denen die Jugendfront heute als Jugendorganisation der Partei in aller Form aus der Taufe gehoben werden kann.

Insofern ist dies heute nicht nur ein froher und guter Tag, sondern auch ein stolzer. Ihr könnt stolz darauf sein, was ihr im Vorfeld dieses Kongresses bereits geleistet und erreicht habt – und wir können darauf mit berechtigtem Optimismus aufbauen. Es gibt mit der Jugendfront wieder eine kommunistische Jugendorganisation in Österreich, die man auch berechtigt mit diesem Adjektiv beschreiben kann; die klar an der Seite der marxistisch-leninistischen Partei, der PdA, steht; die sich als Teil der internationalen kommunistischen Bewegung versteht; die sich konsequent abgrenzt von opportunistischen und reformistischen Parteien, sei es die KPÖ oder die Europäische Linkspartei und deren andere Mitglieder; die unzweifelhaft eine wichtige organisatorische Rolle spielen wird im revolutionären Klassenkampf und im Kampf für den Sozialismus.

Liebe Genossinnen und Genossen!

Ich möchte die Beratungen dieser Versammlung nicht weiter aufhalten. Der Parteivorstand der PdA kann sich glücklich schätzen, nach fast einem Jahrzehnt unzulänglicher Verhältnisse im Jugendbereich nun endlich über eine verlässliche und engagierte Struktur mit ebensolchen Mitgliedern zu verfügen.

Ich freue mich auf die kommenden Monate und Jahre unseres gemeinsamen Wirkens, auf den wertvollen Beitrag, den die Jugendfront zur Stärkung der PdA und der revolutionären Arbeiterbewegung leisten wird, und wünsche euch allen noch einen erfolgreichen Kongress.

Für Frieden und Sozialismus!

Es lebe der Marxismus-Leninismus!

Es lebe die Jugendfront der PdA!

Freiheit!

Aus der Leser/innen-Post

Vitali K.: Die Artikel des Gen. Jacobs waren die Interessantesten, aber auch die schwierigsten

Lieber Frank,

alle offensiv-Hefte bekomme ich regelmäßig. Das letzte, 5/2022, kam am 9. August und ist schon lange mit Interesse gelesen.

Der Stellung der KKE zum imperialistischen Krieg in der Ukraine (S.23) stimme ich zu. An die Frage, ob Rußland imperialistisch ist oder nicht, soll man wissenschaftlich herangehen, nicht bloß Lenin's Schemata anpassen. Erst soll man die Übergang Rußlands zum Kapitalismus marxistisch analysieren, d.h. die Entwicklung der PV und PK analysieren (welche PV sei veraltet?). Und man darf dabei nicht Erscheinung und Wesen verwechseln.

Gen. Geppert hat recht, daß (S.44/45) "es heute nicht nur die reine militärische Gewalt als Krieg gibt". Der Gattungsbegriff der anderen Formen ist ein Kalter Krieg. Die beiden sind dazu Klassenkriege.

Sehr interessant für mich ist der Artikel des Gen.Stiller (S.51). Er hebt "mangelhaften Kenntnissen der Dialektik" hervor. Im Artikel gibt es interessante Einzelheiten über russische Ökonomik. Er beruft sich auf die indische Zeitschrift "Revolutionary Democracy" - seltsam, so ein Titel ist bei Trotzisten üblich.

Die Artikel des Gen. Jacobs waren die Interessantesten, aber auch die schwierigsten für mich - so ist seine Sprache (die von Marx verstehe ich leichter). Worüber er schreibt, schreibt bei uns wohl nur Khabarova. Es hat mir geholfen, etwa 70-80% zu verstehen. Ich habe einen Fehler gemerkt auf S.106: Marx spricht vom Wert (nicht Geld!) als einem „automatischen Subjekt"... Es wäre für Gen. Jacobs bestimmt von Interesse, mit einigen

Werken von Khabarova Bekanntschaft zu machen. Im Juni hat Jürgen noch zwei Bände von Khabarova erhalten, einige von ihren politökonomischen Werken.

Mit kommunistischem Gruß, Vitali

Genosse Günterowitsch: Meine Meinung zu dem Artikel „Folgen des Ukraine-Krieges, Zur Widerlegung einiger unhaltbarer Behauptungen bezüglich des Krieges“ von T.Spanidis und R.Vermeloh in „offen-siv“ 8/2022

Ich möchte vorausschicken, dass ich nicht vorhabe einen wissenschaftlichen Beitrag zu schreiben und auch nicht alle Quellen benenne, an deren Aussagen ich mich erinnere und die ich anführe. Ich schreibe einfach die Gedanken auf, die ich beim Lesen des Artikels hatte und die vollkommen subjektiv meine Einstellung und meine Gefühle beschreiben.

Ich möchte mich auch nicht als Kommunist bezeichnen, denn den Glauben an den Kommunismus habe ich schon in der Mitte der 70-er Jahre verloren, als ich das erste Mal die SU bereiste und die große Anzahl der Probleme mitbekam, die das Land, das nach eigener Verkündung den Kommunismus aufbaut, hatte und die mir als DDR-Bürger unbegreiflich waren.

Als ich dann Anfang der 80-er Jahre in der SU studierte, wurde meine Verwunderung und mein Unverständnis über die Zustände in der SU noch viel größer, weil ich jahrelang das unmittelbare Leben der einfachen Menschen beobachten konnte. Nach einem Jahr Aufenthalt formulierte ich auf der Parteiversammlung der deutschen Studenten folgende Aussagen: Nennt mir bitte eine Sache, die wir, getreu dem Motto unserer Partei, „Von der SU lernen, heißt siegen lernen“, von der SU lernen können und die uns voranbringt. Außerdem sagte ich, dass, wenn man 10000 DDR-Bürger in unsere Studienstadt transferieren würde, damit sie hier leben, diese nach einem halben Jahr eine Rebellion inszenieren würden, weil die Zustände so unmöglich sind.

Ich bin aber immer für Sozialismus gewesen und der Untergang bzw. die feindliche Übernahme der DDR war eine der größten Tragödien in meinem Leben. Die Konterrevolution hatte gesiegt und ich musste mich in den

folgenden Jahren mit den siegestrunkenen „Besserwessis“ auseinandersetzen, die gar nicht daran dachten, ihre „Brüder und Schwestern“ aus dem Osten als gleichwertig anzusehen und uns mehr als Beute betrachteten, die man ungestraft schlachten kann.

Zum Artikel:

Zunächst zu der Frage, ob der Eingriff der RF in die Kampfhandlungen im Donbass berechtigt war. Meiner Meinung nach und das hat Putin wiederholt zum Ausdruck gebracht, ging es nicht in erster Linie um die Verhinderung eines Angriffs der NATO auf Russland, sondern darum, die Bevölkerung des Donbass vor den bereit stehenden Truppen des ukrainischen Regimes zu beschützen, die ein Gemetzel unter der Zivilbevölkerung angerichtet hätten und bis an die russische Grenze vorgerückt wären (die entsprechenden militärischen Planungskarten der ukrainischen Armee wurden von den Russen erbeutet und vorgelegt) . Es ist für mich unbestritten, dass die Ukrainer Mitte Februar 2022 mit ca. 250 000 Soldaten mit schwerer Technik an der Frontlinie zu den Donbass-Republiken aufmarschiert waren und den verstärkten Beschuss der Republiken als Angriffsvorbereitung begonnen hatten, was auch von den anwesenden internationalen Beobachtern bestätigt wurde.

Putin hat nicht umsonst den Begriff „Genozid“ gegenüber Kanzler Scholz bezüglich der Handlungen der ukrainischen Truppen (im Weiteren: USK) im Osten der Ukraine verwendet und ich denke über 14000 Tote in 8 Jahren (das sind 146 Tote/Monat durchschnittlich) durch ukrainische Einwirkung kann man durchaus so benennen. Es ging also darum, eine Weiterführung dieses Genozids zu verhindern, was von Scholz mit einem Lachen abgetan und als lächerlich bezeichnet wurde. Im Weiteren haben viele hochgestellte ukrainische Politiker offen verkündet, dass es ihnen darum geht, die Russen abzuschlachten, wenn diese nicht freiwillig die Ostukraine verlassen oder sich ergeben. Der begrenzte Truppeneinsatz durch die RF zeigte auch, dass sie in der Anfangsphase überhaupt nicht vorhatten, größere Gebiete der Ukraine einzunehmen. Wie in dem Artikel richtig festgestellt wurde, ist es im Allgemeinen üblich, für einen Angriff auf Verteidigungsstellungen eine Überlegenheit von 3:1 bis 6:1 zu schaffen. Bei den in 8 Jahren stark

befestigten Stellungen der USK, die mit Betonunterständen und -bunkern versehen und tief gestaffelt waren, ist von einer großen zahlenmäßigen Überlegenheit auszugehen, um diese Verteidigung zu durchbrechen. Die Russen hatten die Verteidigung des Donbass mit ca. 100000 bis 150000 Soldaten begonnen und wenn man ca. 50000 örtliche Verteidiger dazunimmt, kommt man nicht einmal auf die Stärke der gegenüberstehenden USK, es konnte also keine Rede von einem ernsthaften Angriffskrieg sein. Der weitere Verlauf und die Veränderung der Ziele der Russischen SK in der Ukraine sind auf die Handlungen der USK und des kollektiven Westens zurückzuführen, die unbedingt eine Schwächung Russlands durch einen langanhaltenden und auszehrenden Krieg erreichen wollten und dafür „bis zum letzten Ukrainer“ kämpfen wollten und immer noch wollen.

In erster Linie müssen sich die europäischen Hauptmächte, die zugelassen haben, dass Minsk II durch die verschiedenen ukrainische Regierungen nicht umgesetzt wurden, den Vorwurf gefallen lassen, dass sie absolut nichts getan haben, um diesen Krieg zu verhindern. An GB und die USA geht der Vorwurf, dass sie, im März diesen Jahres, als die Verhandlungen zwischen der Ukraine und der RF fast zu einem positiven Ergebnis gekommen waren und eine friedliche Lösung des Konfliktes nahe schien, alles taten, um diesen Frieden zu verhindern.

Im Artikel wird behauptet, dass die Russen den Krieg mit Tausenden Leben meist junger Rekruten bezahlen und übersehen dabei, dass die RF den Krieg mit Berufssoldaten und eben keinen Rekruten führt (das war die Lehre aus dem Grusinienkrieg) und dass Putin sogar am Anfang verhindert hat, dass jugendliche Freiwillige in die SK aufgenommen werden. Er hat die Altersgrenze für Vertragssoldaten angehoben, als klar wurde, dass die Kräfte nicht ausreichen. Die Teilmobilisierung wurde erst ausgerufen, als die Front über 1000 km lang war und es keine Kräfte gab, die das eingenommene Territorium absicherten, in dem es häufig zu Überfällen und Terrorakten durch ukrainische Spezial- oder angeworbene Kräfte kam.

Ich weiß nicht, ob der Gründer der „Wagner-Gruppe“ ein Nazi ist. Ich weiß aber, dass diese Gruppe aus hochqualifizierten ehemaligen Berufssoldaten aus verschiedenen Ländern der GUS (u.a. auch aus Ukrainern) besteht und sie sich einen sehr guten Ruf in vielen Teilen der Welt, u.a. in Syrien und einigen Ländern Afrikas, erarbeitet haben, indem sie Ortskräfte ausbilden, die dann

die Sicherung ihres Landes in die eigenen Hände nehmen können. Sie besetzen die Länder nicht und beuten oder rauben sie auch nicht aus, wie das ihre westlichen „Berufskollegen“ oft machen und dabei in diesen Ländern totalen Schiffbruch erleiden.

Es wird behauptet, dass die beiden Donbass-Republiken dauerhaft und vollkommen am Tropf Moskaus hängen. Dies ist eine Behauptung, die schon vor dem Beginn der militärischen Spezialoperation (MSO) falsch war, denn durch Putin wurden die Zollgrenzen für die Waren aus diesen Republiken geöffnet und mit russischen gleichgestellt. Schon damals wurde von den wesentlichen russischen Politikern eingeschätzt, dass die Republiken ökonomisch auf eigenen Füßen stehen und sich im Wesentlichen selbst finanzieren können, da auch einige Unternehmer aus Russland in den Republiken investierten und z.B. den kompletten Kohle-Eisen-Stahl-Produktionszyklus wieder in die Gänge gebracht haben und diese Produkte nach Russland liefern. Sicher werden keine geringen Finanzmittel aus Russland in die beiden Republiken fließen, doch das wird nicht zum Schaden Russlands sein, wie auch das Beispiel der Krim zeigt, die heute einen wesentlichen Beitrag zum BIP der RF leistet und die heute ökonomisch und sozial wesentlich besser dasteht, als zu ukrainischen Zeiten. Der Durchschnittslohn auf der Krim ist schon auf der Höhe des Durchschnittslohnes im russischen Bezirk Rostow. Damit hat sich also die Lage der örtlichen Arbeiter verbessert und auch in den „befreiten“ Gebieten der Donbass-Republiken wird sich die Lage so entwickeln. Diese Gebiete werden gegenüber der restlichen Ukraine, sofern sie denn weiterhin bestehen sollte, eine Schaufensterfunktion übernehmen, die dazu führen wird, dass sich weitere Gebiete an diesen Republiken und damit an der RF orientieren.

Die Darstellung der Auswirkungen der westlichen Sanktionen auf die russischen Werk tätigen in dem Artikel ist nicht aktuell, denn die Mehrzahl der Bevölkerung ist der Meinung, dass von den Auswirkungen wenig zu spüren ist und selbst westliche Reporter geben sich erstaunt über die Fülle des Angebotes und die niedrigen Preise in den russischen Geschäften.

Zu den hohen ökonomischen Kosten des Krieges, die sicher hoch sind, muss ich sagen, dass sie aber weitaus niedriger sind, als der Westen vorhergesehen hat, denn der russische militärisch-industrielle Komplex arbeitet wesentlich effektiver und kostensparender als ihre westlichen Gegenspieler.

An dieser Stelle möchte ich auch einige Bemerkungen zu der so pauschal aufgestellten Behauptung machen, dass Russland ein imperialistisches Land sei.

Ich sehe Russland als staatsmonopolistischen Staat, der eine ausgeprägte staatliche Wirtschaftslenkung hat und dadurch auch den Rüstungsbetrieben die Abnahmepreise vorgibt, nachdem diese ihre Preiskalkulationen vorgelegt haben und diese kontrolliert wurden. Es werden keine Preissteigerungen und Zeitverzögerungen zugelassen, die nicht objektiv bedingt sind. Konkurrenz unter den Herstellern gleichartiger Produkte wird oft dadurch verhindert, dass diese Hersteller in einem Konzern vereinigt werden, aber die einzelnen Konstruktionsbüros erhalten bleiben und so einen internen Wettbewerb um die beste Lösung austragen, die dann von allen übernommen wird (so beim Jagdflugzeugbau mit Suchoj und MiG geschehen). Es wird auch offen gesagt, dass die Rüstungsbetriebe an den Staatsaufträgen nicht sehr viel verdienen und ihren Hauptverdienst im Export oder der zivilen Produktion erzielen müssen. Das entspricht so gar nicht einem imperialistischen Herangehen, von einer Verschmelzung des Industrie- und Finanzkapitals und Kapitalexport im großen Maße ganz abgesehen.

In der Forbes-Liste der reichsten Milliardäre der Welt sind jede Menge chinesische, aber kaum russische zu finden, die sich noch in Russland aufhalten. So ist auch der Vorwurf, dass Putin unter dem Einfluss russischer Oligarchen stünde, kaum aufrechtzuerhalten. Im Gegenteil, Putin hat jede Menge dieser Oligarchen aus dem Land geekelt, teilweise enteignet, sowie einen großen Teil gezwungen, im Interesse des Landes zu arbeiten und die Gewinne im Land zu reinvestieren und nicht in's Ausland zu verbringen. Die Regierung hat auch Extragewinne, die durch die Ausführung staatlicher Projekte in privaten Konzernen entstanden sind, teilweise abgeschöpft, wie z.B. in der Metallindustrie.

Projekte, die von Privatfirmen nicht zeitgerecht und im vorgesehenen finanziellen Rahmen geplant wurden, werden auch teilweise dem Militär übertragen, wie der Bau von ca. 20 vollständigen Krankenhäusern in verschiedensten Regionen des Landes oder der Bau eines schwierigen Abschnittes einer Eisenbahnstrecke.

Es ist auch zu beachten, dass in der RF sehr viel in sozialen Fragen getan wird. So ist die medizinische Grundversorgung und die Schulbildung nach wie vor kostenlos. Die „Gasifizierung“ neuer Regionen wird vorangebracht und mit staatlichen Finanzen unterstützt. Der Wohnungsbau übertrifft inzwischen alle jährlichen m²-Rekorde, die zu Sowjetzeiten aufgestellt wurden und beträgt jährlich fast 1 Million m². Die Hypothekenzinsen werden staatlich niedrig gehalten und vor allem jungen Familien gewährt. Die Nahrungsmittel und der öffentliche Nahverkehr sind billig und werden subventioniert. Sicher gibt es noch jede Menge Probleme, aber wenn man durch die russischen Städte geht, sieht man kaum Obdachlose, Bettler, Betrunkene oder Drogenabhängige, wie es in den westlichen „zivilisierten“ Ländern an der Tagesordnung ist.

Ein Zusammenhang wird in dem Artikel überhaupt nicht erwähnt, nämlich, dass es in dem Konflikt um die Auseinandersetzung der nationalen Kräfte der Bourgeoisie mit dem internationalen globalen Kapital geht, d.h. der Kräfte, die die traditionellen menschlichen Werte bewahren wollen mit den Globalisten und Transhumanisten, den Vertretern der Theorie der „Goldenen Milliarde“, für die der Mensch nur ein Renditeobjekt ist und die nur einige abhängige gefügte „Diener“ benötigen, die für den Unterhalt der globalen „Eliten“ sorgen. Dafür reichen aber ein Bruchteil der heutigen Menschheit, so dass von vornherein eingeplant ist, die nicht benötigten auf irgend einem Wege zu vernichten, was auch der „Gesundung“ der Umwelt dient, da die Überbevölkerung als wesentlicher Grund für die Umweltschäden angesehen wird. Die „Pandemie“ mit Covid war da schon einmal ein Versuchsballon (in englischen Fachzeitschriften wird davon ausgegangen, dass das Covid-Virus in amerikanischen Laboren entwickelt wurde), doch hatte man sich bei der Einschätzung der Folgen grob verrechnet.

Zu der Frage des Einsatzes von Atomwaffen kann ich nur sagen, dass ich diese Frage viel ernster nehmen würde, als dies in dem Artikel dargestellt wird. Es wird nun schon seit Wochen in fast allen westlichen Massenmedien hysterisch die Theorie verbreitet, dass Putin in der Ukraine Massenvernichtungswaffen einsetzen werde, wenn seine Streitkräfte in Bedrängnis geraten sollten. Dabei wird auch von den russischen Sicherheitsorganen eingeschätzt, dass die Wahrscheinlichkeit einer westlichen Provokation in Form einer „false-flag-Operation“ sehr hoch ist, da die

mediale Vorbereitung dazu schon läuft. Man hat doch schon die verschiedensten Verbrechen den Russen untergeschoben, ohne es zu einer objektiven unabhängigen Untersuchung der Vorfälle kommen zu lassen. Das fängt bei den Vergiftungen von Skripal und Navalny an und setzt sich in den „russischen Verbrechen“ von Butcha oder im syrischen Duma, dem Beschluss des AKW in Saporischschja und der Sprengung von NS1 und 2 fort.

Deshalb halte ich die Gefahr eines Atomkrieges für durchaus real und es sind nicht die Russen, die diesen anstreben oder für führbar halten, im Gegensatz zu vielen westlichen „Falken“, die auch in den westlichen MSM immer öfter zu Wort kommen und, wie Fr. Truss in GB, bereit sind, den roten Knopf zu drücken, wenn sie es für notwendig halten.

Zum Abschluss kann ich nur sagen, dass ich mit vielen Dingen, die Putin sagt oder macht, auch nicht einverstanden bin, aber dass er Russland gerettet hat, indem er die Wirtschaft wieder aufgebaut und stabilisiert, die militärische, Energie- und Ernährungssicherheit des Landes gewährleistet hat, ist sicher sein historischer Verdienst.

Mir ist eine Welt unter Führung der RF, Chinas und den anderen BRICS-Staaten, zu denen sich immer mehr gesellen werden, lieber als die Herrschaft der „alten“ Eliten, die im Verlauf der letzten 500 Jahre auf Kosten der anderen Völker gelebt und die natürlichen Ressourcen der ganzen Welt ohne jegliche Hemmungen ausgebeutet und damit ihren vorzüglichen Lebensstandard erzielt haben.

Mit sozialistischem Gruß, Günterowitsch

Walter Haberkorn: Leserbrief zur offen-siv 7-2022 „Das Geheimnis des Krieges – Der deutsche Imperialismus und der Ukraine-Krieg“

In dem Sonderheft „Das Geheimnis des Krieges – Der deutsche Imperialismus und der Ukraine-Krieg“ gibt es eine Stelle, die zum Anlass genommen werden soll, um eine in letzter Zeit häufiger geäußerte Verirrung zu kritisieren.

Es steht dort: „Hier reproduziert sich auf zwischenstaatlicher Ebene das Verhältnis von Kapital und Proletariat: herauspressen, was geht, ohne die

Quelle zu ruinieren. Auf Staatsebene ist bei abhängigen Staaten der Zins das, was beim Proletariat der Lohn ist. Nur umgekehrt: Der niedrigere Zins entspricht dem höheren Lohn. Und so wie sich im 19. Jahrhundert das System kapitalistischer Ausbeutung erst mit dem Verständnis des Lohnsystems erschließt, so hängt die Entlarvung des imperialistischen Ausbeutungssystems der Teilannexionen mit Beginn des 21. Jahrhunderts am Verständnis des Zinsmechanismus.“ (offen-siv 7-2022, S.39)

Man bekommt neuerdings öfter zu hören, starke Staaten würde schwächere ausbeuten. Ausbeutung also jetzt als ein Verhältnis zwischen Staaten, nicht mehr Klassen?

Wir müssen uns zuerst fragen, was Ausbeutung im marxistischen Sinne überhaupt ist. Ausbeutung ist die Aneignung von Wert, den man nicht selbst erzeugt hat. Da jeder Wert Produkt menschlicher Arbeit ist, ist Ausbeutung Aneignung fremder Arbeit bzw. Ausbeutung fremder Arbeitskraft. Ausgebeutet wird also nur die Arbeiterklasse, ein Kapitalist in einem schwächeren Staat wird von den ausländischen Imperialisten allenfalls um einen Teil der fremden Arbeit gebracht, die er selbst nur aus der Arbeiterklasse seines Landes ausgebeutet hat.

Es ist natürlich so, dass die Ausbeutung in den schwächeren kapitalistischen Staaten im imperialistischen Weltsystem schärfere Züge annimmt, als in den Hauptmächten, da die Arbeiterklasse dort von den „eigenen“ und ausländischen Kapitalisten ausgebeutet wird. Ebenso wird natürlich durch die Verschiebung von Profiten bzw. Werten zu den Hauptmächten die ökonomische Entwicklung in den schwächeren Staaten gehemmt.

Das bedeutet aber nicht, dass das ganze Land bzw. Volk ausgebeutet wird, denn der Wert wird ja nicht von der ganzen Nation, nicht von Kapitalisten und Arbeitern gemeinsam erzeugt, sondern zu 100% von den Arbeitern.

So auf dieser Stelle herumzureiten mag kleinkariert wirken, aber eine klare Unterscheidung ist hier wichtig. Würde nämlich das ganze Land, das ganze Volk, d.h. Kapitalisten und Arbeiter ausgebeutet, hätten Proletariat und Bourgeoisie in den schwachen Staaten einen gemeinsamen Ausbeuter, das ausländische Kapital, also auch einen gemeinsamen Feind und folglich einen gemeinsamen Kampf zu kämpfen.

Ein solcher Schluss wäre grundverkehrt und führt die ganze Bewegung auf Abwege, denn tatsächlich werden die Arbeiter sowohl von den „eigenen“ als auch den ausländischen Kapitalisten ausgebeutet. Die Arbeiter können also weder in den schwachen noch den starken Staaten im imperialistischen Weltsystem mit einer Bourgeoisie zusammenarbeiten, wenn überhaupt hätte die nationale Bourgeoisie mit den ausländischen Kapitalisten ein gemeinsames Interesse an der Fortsetzung der Unterdrückung und Ausbeutung des Proletariats. Die Arbeiterklasse kann also nur **alle** ihre Ausbeuter bekämpfen und muss dazu in ihrem Handeln den Sozialismus auf die Tagesordnung setzen, wo er längst hingehört und jede Illusion in gemeinsame Interessen mit der nationalen Bourgeoisie begraben.

I.J. Ondracek: Sehr geehrter Genosse!

Im offen-siv gibt es eine Diskussion, ob Russland imperialistisch ist und ob Solidarität mit Russland richtig ist.

Spätestens seit der Naziherrschaft gelten Russen als minderwertige Menschen, die zu Unrecht ein zu großes Land besitzen, und sie zu vernichten galt als eine Wohltat. Der heutige Krieg gegen Russland hat die gleichen Ziele wie der von Nazi-Deutschland. Es ist ein Rassenkrieg westlicher Nationen gegen die Slawen.

Die internationale Finanzmafia sucht immer die Dummen, die bereit sind, für ihre schmutzigen Interessen zu kämpfen. Letztes Mal sind es die Deutschen gewesen, jetzt sind es die Ukrainer – das Kanonenfutter. Es ist erstaunlich, wie die Faschisten in der Lage sind, das Volk zu fanatisieren. Am besten, wenn die Slawen gegen Slawen Krieg führen und sich gegenseitig umbringen, zur Freude des Westens.

Im offen-siv gibt es Ansichten, dass Russland kapitalistisch ist und deshalb keine Unterstützung verdient. Als die gierigen Verbrecher aus Europa einen Vernichtungskrieg gegen die Indianer führten, war das auch in Ordnung, weil die Inkas z.B. kein besseres Gesellschaftssystem hatten als die europäischen Mächte? Und die russischen Völker – das sind die Indianer Europas! Genauso wie die amerikanischen damals besitzen sie ein großes, reiches Land und haben wenig Bevölkerung. Soll es der domestizierten und dressierten

westlichen Arbeiterklasse egal sein, wenn das russische Volk vernichtet wird, ist das eine kommunistische Sichtweise?

Den 2. Weltkrieg hat die Sowjetunion nur gewonnen, weil an der Spitze der Genius J.W. Stalin stand und weil sie eine bessere, demokratische Wirtschaftsordnung hatte – Sozialismus. Stalin hat die USA und England auf seine Seite gezogen, hat sich die Unterstützung der Kirche gesichert und hat auch die Antikommunisten für den gemeinsamen Kampf gewonnen. Er hat gesagt, jetzt geht es nicht um Sozialismus oder Kapitalismus, es geht darum, die Völker der Sowjetunion vor der Vernichtung zu retten.

Ohne China hat das heutige Russland schlecht Karten. Die Feinde haben fünfmal mehr Bevölkerung und mindestens zweimal so viele Waffen.

Genauso wie die besten Könige Spartas hat J.W. Stalin erkannt, dass privater Reichtum sehr schädlich ist für die Sicherheit des Staates und das Glück und die Zufriedenheit und Einigkeit des Volkes.

Ukraine-Krieg. Ursachen.

Die USA alleine – außer Deutschland und England – haben 5 Milliarden Dollar ausgegeben, um den faschistischen Maidan-Putsch zu organisieren. Die Sieger haben angefangen, alles Russische zu verfolgen. Die antifaschistischen Teile der Ukraine haben sich deshalb von Kiew getrennt. Donetsk, Lugansk und die Krim. Kiew hat sich zum Ziel gesetzt, die Separatisten militärisch zu besiegen. Russland hat unmissverständlich dargelegt, dass es Lugansk und Donetsk verteidigen wird.

Also, wer sich gewünscht hat, dass die Russen in den Konflikt eingreifen, brauchte nur diese zwei Republiken angreifen. Direkt vor dem 22.02.22 haben Ukrainer mit Kanonen, Raketen und Bomben Lugansk und Donetsk massiv angegriffen (OSZE: Auf Lugansk 960 Explosionen, Donetsk über 1000!) So etwas ist Vorbereitung auf einen Bodenangriff. Die us-amerikanischen und britischen „Militärberater“ haben den Angriff entweder genehmigt oder befohlen, um die Russen zum Einmarsch zu bewegen, um sie später als Aggressoren zu brandmarken, was auch geschehen ist. Ohne dieses massive Bombardement hätten die Russen nicht interveniert.

Die internationale Finanzmafia, geführt durch die USA und England, brauchte diesen Krieg unbedingt, um die EU, Russland und besonders Deutschland

wirtschaftlich zu vernichten. Die oberste Schicht der Reichen kann unheimliche Gewinne machen, und der Krieg ermöglicht es, den Lebensstandard der staatlichen Sklaven drastisch zu senken. Der wird wahrscheinlich unter den der sozialistischen Staaten vor 30 Jahren fallen.

Die westliche Arbeiterklasse ist durch Jahrhunderte so dressiert und domestiziert, dass sie die Sklaverei liebt, so wie der Hund den Herren liebt. So lange das Volk nicht verhungert, droht dem Kapitalismus keine Gefahr. Sie wissen, wie weit sie die Schraube anziehen können. Dazu haben sie die „Denkfabriken“. Aus Liebe zum Kapitalismus wählen die Staatssklaven die Sklavenhalter selbst an die Macht, und das in einer geheimen Wahl! Im antiken Griechenland, dem alten Rom oder den USA zur Zeit der Sklaverei wäre es unmöglich gewesen, die Sklaven wählen zu lassen. Die wussten nämlich, dass sie Sklaven sind.

Welche Form der Sklaverei haben wir heute?

In Sparta vor 2200 bis 3000 Jahren hat es Staatssklaverei gegeben. Die Sklaven waren Besitz des Staates und der Staat lieh sie an die freien Bürger gegen die Verpflichtung zum Militärdienst.

Der heutige Kapitalismus ist auch Staatssklaverei – wie in Sparta. Der Staat besteht aus zwei Klassen. Alle Selbstständigen sind freie Bürger. Alle, die nicht selbstständig sind, sind Staatssklaven. Der Staat sorgt dafür, dass sie sich vermehren, sorgt für Ausbildung und ein Gesundheitswesen. Der Staat leiht die arbeitsfähigen, ausgebildeten Sklaven an die privaten Bürger – die Unternehmer. Die müssen dem Staat für die Sklaven bezahlen und müssen den Sklaven genug bezahlen, so dass sie davon leben können. Wenn der Sklave nicht gebraucht wird oder wenn sich seine Arbeit nicht lohnt oder wenn er krank wird, wird er dem Staat zurückgegeben.

Für die Unternehmer ist die Staatssklaverei viel günstiger als Privatbesitz. Die Sklaven müssen nicht gekauft werden, was mit Risiko verbunden wäre, Sorgen für das Essen, Behausung und Bewachung entfallen. Dressierte Sklaven arbeiten auch viel besser, sie lieben die Arbeit – und ihr Gesundheitszustand nach dem Gebrauch ist dem Unternehmer egal. (Nicht so dem Staat.)

Für die Sklaven hat sich auch einiges gebessert. Sie können sich frei bewegen, können heiraten und so weiter. Unternehmer bevorzugen, dass es immer mehr Sklaven gibt als Arbeitsplätze, so dass arbeiten dürfen sehr begehrenswert ist, sonst bleibt der Traum vom Konsum verwehrt. Dem Staat sind die arbeitslosen Sklaven lästig, deshalb versucht er, sie in eine Beschäftigung zu bringen.

Die kommunistischen Parteien haben entweder keine Verbindung mehr zur Arbeiterklasse – oder sind sie kommunistisch nur dem Namen nach? Den Untergang haben sie selbst verschuldet durch ihre Teilnahme am Antistalinismus. Heute spielen sie keine Rolle mehr.

Mit freundlichem Gruß, I.J. Ondracek

Frank Flegel, Gerhart-Hauptmann-Str. 14,
37194 Bodenfelde-Wahmbeck
Postvertriebsstück,
DPAG, H 14360
Entgelt bezahlt

